G20 EXPLORER

★ ★ ★

DAS WAR DER GIPFEL

G20 Logo

Mi





autonomes

Blättchen

#30 Sep - Nov 2017



Moin!

Ein sonniger Tag Ende August. Das Bierchen ist getrunken, die Wunden geleckt, Einschätzungen zu Hamburg liegen auf dem Tisch, da unterbrechen zwei Nachrichten die Spätsommerstille: 1. Weil er in Hamburg zwei Flaschen auf einen vollgepanzerten Bullen geworfen haben soll und bei seiner Festnahme eine Schutzhaltung eingenommen habe, wurde ein 21-jähriger zu 2 Jahren und 7 Monaten Knast wegen schweren Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung, des besonders schweren Angriffs auf Volstreckungsbeamte und Widerstandes verurteilt.

Nachricht 2: Ein Bulle aus Ludwigslust und ein Anwalt, der in der Rostocker Bürgerschaft sitzt und dort stellvertretender Fraktionsvositzender der Regierungspartei ist, sollen geplant haben, Linke zu internieren und zu ermorden. Es wurden keine Haftbefehle ausgestellt.

„Wirklich ich lebe in finsteren Zeiten!
Der arglose Wicht ist töricht. Eine glatte Stirn
Deutet auf Unempfindlichkeit hin. Der Lachende
hat die furchtbare Nachricht
Nur noch nicht empfangen.
Was sind das für Zeiten...“ (B.Brecht)

Nach den aufwühlenden Tagen in Hamburg schlägt der Staat nun zurück. Für uns ist das kein Grund zu Jammern, sondern für Solidarität. Wir rufen dazu auf, die in U-haft Sitzenden, die Verurteilten und diejenigen zu unterstützen, die von den Vefahren betroffen sind. Machen wir uns nichts vor: Es werden noch mehr Leute zu Knast verurteilt werden. Als miltante Linke in Deutschland sind wir nach längerer Zeit wieder damit konfrontiert, dass viele von uns eingeknastet werden.

Es sollte uns klar sein, dass unser Handeln zu konsequenten Reaktionen des Staates führt, wenn wir die Ebenen des Protestes verlassen. Deswegen scheint es uns wichtig, uns so zu organsisieren, dass wir trotz Repression handlungsfähig bleiben und, andererseits, uns durch eine offene und solidarische Auseinandersetzung mit Repression stärken, damit alle lernen, dem Druck standhalten zu können.

Aber vergessen wir nicht, dass die Verurteilungswut des Staates auch eine Reaktion auf unseren Erfolg ist. Viele beurteilen die Tage in HH als solchen. Soll der Hund ruhig bellen, kläffen und beißen - wir haben ihn schließlich geärgert.

Für viele hat sich in Hamburg ein kleines Fenster geöffnet. Auch das Verbot von linksunten wird daran nichts ändern. Aber die Folgen der Stilllegung werden langsam spürbar. Bleibt zu hoffen, dass es den Genoss_innen gelingt, möglichst schnell eine neue digitale Plattform zu basteln. Auf diesem Weg schicken wir einen solidarischen Gruß vom Blättle an das Projekt linksunten.indymedia und an die von Repression Betroffenen in Freiburg.

In dieser Ausgabe finden sich eine Menge Texte zu den Ereignissen in Hamburg und die nachfolgende Repression. Aber das ist nicht das einzige Thema.

Eine ganze Welle von Angriffen auf digitale Infrastruktur in Frankreich, Italien und Belgien in diesem Sommer hat uns dazu bewogen, unterschiedliche Einschätzungen zu deren gesellschaftlicher Wirkungsweise wiederzugeben. Vielleicht lässt sich diese Diskussion hier im Blättchen weniger hysterisch als auf digitalen Plattformen führen. Also schreibt uns eure Gedanken dazu!

Überhaupt wäre es schön, wenn uns so viele Texte erreichen würden, dass wir die Qual der Wahl hätten, weche wir veröffentlichen können. Naja, ein wenig Regenerationszeit im Sommer sei allen gegönnt. Aber für die kommende Ausgabe wünschen wir uns wieder mehr exklusive Texte für euer und unser Autonomes Blättchen - und Geld!!! Also alles wie immer.



Impressum:

Nr. 30 September - November 2017

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:
2188 A430 857F 1DCE E089
B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:
normalerweise alle drei Monate:
1. Dezember*, 1. März, 1. Juni, 1. September*

ViSdP:
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

In diesem Blättchen...

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Kurze Unterbrechung der Reibungslosigkeit anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg.

Dokumentation:

„Heute Morgen haben wir die Kabelstränge entlang mehrere Hauptstrecken der Bahn in Brand gesetzt. Die Bahn nutzt die Kabelkanäle neben den Gleisen nicht nur für die interne Signalübermittlung sondern vermietet die Schächte auch an andere Datennetz-Betreiber. Wir unterbrechen die alles umfassende wirtschaftliche Verwertung. Und damit die so stark verinnerlichte Entwertung von Leben. Wir greifen ein in eines der zentralen Nervensysteme des Kapitalismus: mehrere Zehntausend Kilometer Bahnstrecke. Hier fließen Waren, Arbeitskräfte, insbesondere Daten.

Daten als Basis der Erfassung zur Be- und Verwertung von allem. Daten, die als Flussmittel notwendig sind für die Zusammenfassung aller (Arbeits-)Prozesse zu einer lernenden, sich stetig optimierenden Maschine. In Deutschland soll sie zukünftig Industrie 4.0 heißen.

Die G20 treffen sich im Juli, damit die Maschine möglichst rund läuft. Es geht um die Stabilität der Weltwirtschaft. Wie immer. Und es geht um Afrika, als neokoloniale Erweiterung der Maschine. Nicht mehr nur zur Erbeutung von Rohstoffen, sondern zur Erschließung neuer Verwertungsmöglichkeiten, neuer Märkte, neuer Arbeitskräfte. Und zur Verlagerung der EU-Außengrenze nach Nordafrika zur Abwehr derjenigen, die sich nach Zerstörung ihrer Lebensbedingungen durch die G20 auf den Weg machen. Die ‚Partnerschaft mit Afrika' soll einen Sicherheitswall ökonomisch erzwingen, der die Arbeit der europäischen Grenzsicherung übernimmt. Damit die Maschine noch runder läuft und weniger hässliche Bilder produziert.

Wir werden die Maschinisten nicht aufhalten, noch nicht. Aber wir zeigen auf, wie es möglich ist, die Maschine zum Stottern zubringen, obwohl wir selbst Teil der Maschine sind und immer tiefer in sie eingepasst werden sollen.

Wir rufen unseren Widerspruch in das Gedächtnis der Maschinisten.
So wie im Juli beim Gipfel der G20 in Hamburg.
Massenhafter Widerspruch wird für die ganze Welt sichtbar werden.
Und ermutigen.
Nicht länger zu warten.
Nicht mehr nur hoffen.
Handeln.
Probieren, scheitern. Erneut probieren, besser scheitern.
Gewinnen vielleicht.
In jedem Fall weiter kommen.
Unseren Weg gehen.
Leben also.
Jetzt!

Das einzige Maß für die Krise des Kapitalismus ist der Grad der Organisierung der Kräfte, die ihn zerstören wollen.

Shutdown G20 – Hamburg vom Netz nehmen!"

anonym

Einige Infrastruktur-Angriffe im Sommer 2017

22.8. *Puy-de-Dôme* (Frankreich) Technikgebäude eines Funkmasten in Brand gesetzt
14 Radiostationen und der Mobilfunk mehrerer Anbieter fallen aus.

14.8. *Bitche* (Frankreich) Ein Funkmast brennt.
Kein Telefon, kein Internet - auch zehn Tage später kann der Betreiber Orange das 4G-Netz noch nicht wieder in Betrieb nehmen.

7.8. *Genes* (Italien) Zwei Relais-Stationen brennen in Solidarität mit den Inhaftierten in Florenz, Hamburg und Ferrara

20.7. *Villefranche-sur-Saône* (Frankreich) Kabelbrand an der Bahnstrecke Lyon-Dijon

17.7. *Saint-Laurent-sous-Coiron* (Frankreich) Brandanschlag auf Funkturm
Die „gegnerische Kommunikation geht in Rauch auf".

12.7. *Saint-Ouen* (Frankreich) Glasfaser-Kabel gekappt. Über einen Monat lang kein Datenverkehr für das „Ökoviertel" und den zukünftigen Sitz der Regionalregierung der Ile de France.

12.7. *München* Kriegsinfrastruktur sabotiert
Kabelbrand an der Bahnstrecke zu den Kriegsprofiteuren Krauss-Mafei, MAN, MTU, BMW, Linde AG zwischen Allach und Unterföhring.

6.7. *Rheinland* Brandanschlag auf Signalleitung der Kohlebahn
Parallel und in Bezug zum G20 wird die Kohlebahn von RWE lahmgelegt.

23.6. *Vilvorde* (Belgien) Sendemast fängt Feuer
Bis zu einer Höhe von 25 Metern steht der Funkmast in Flammen.

19.6. *Leipzig, Hamburg, Berlin, Dortmund, Köln, Bad Bevensen* 13 Kabelbrände legen Bahnbetrieb und Kom-

munikation lahm. In Sachsen wurden u.a. mehrere Polizeieinheiten darunter auch das nationale Abwehrzentrum vom Netz genommen.

15.6. *Drome* (Frankreich) Sendeanlage eines Fernseh- und Mobilfunkturms in Brand gesetzt
Anarchist*innen bekennen sich zu dem Brandanschlag.

7.6. *Trentin* (Italien) – Gleich mehrere Sende- und Funkmasten auf dem Monte Finonchio gehen in Flammen auf. Sendeanlagen der RAI, Mobilfunkmasten betrieben von Telecom, Vodafone und Wind und Anlagen des Militärs „Heute sind wir es, die euch zensieren (A)“

Sabotage und Brandanschläge in Europa

Dokumentation:

„Wenn Stille beängstigend ist, dann vielleicht weil wir durch die Abwesenheit von gewohnten Geräuschen dazu neigen uns selbst abzulehnen. Wenn wir in die stille Dunkelheit vordringen ist es nicht unüblich zu uns selbst zu sprechen, eine Melodie zu pfeifen oder laut nachzudenken um nicht von der Angst aufgefressen zu werden. Dies ist nicht einfach und vielleicht bedarf es sogar ein wenig Übung da unsere Gehirne konditioniert wurden Stille als Gefahr und Dunkelheit als Risiko zu identifizieren. Es ist die Qual die die Leere provoziert, es ist das Gefühl am Rande eines Abgrunds zu stehen und nicht in der Lage zu sein unsere Augen von dem Abgrund, der sich vor uns auftut, abzuwenden. Dennoch sind es auch diese Momente in denen mensch dazu neigt näher zu sich selbst zu seien, ohne eine Vermittler*in, mit Geistesgegenwart und wesentlich bestimmteren Emotionen.



Es is schwierig in der modernen Welt Stille oder Dunkelheit zu finden. Industrielle Geräusche begleiten uns, permanent senden die Apparate ihre elektronischen Geräusche aus, und selbst wenn nicht, dann gibt es fast immer jemanden der*die das Nichts mit Geschwätz füllen wird, welches genauso undurchdringbar wie oberflächlich ist. Heutzutage ist die Angst vor dem Nichts, die Qual der Stille, erhöht durch die permanente Konnektivität. Niemals allein, niemals von Stille umgeben, niemals vorm Abgrund und somit niemals von Angesicht zu Angesicht mit uns selbst. Rufe und Stimmen aus dem „Inneren“, das ganze Universum von Vorstellungskraft, Bewusstsein, Sensibilität und Reflektion werden zum verstummen gebracht, ignoriert und plattgedrückt, um ersetzt zu werden von einem Bombardement aus Informationen, E-Mails, Terminen, Verbraucherwarnungen und Erinnerungen. Somit vervollständigt die moderne Welt das innere Universum des Individuums.

Mit einem ausgelöschtem Inneren wird sich das menschliche Wesen in dem idealen Zustand wiederfinden um die Sklaverei zu akzeptieren und mehr noch, es wird die Sklaverei umarmen, ohne die Fähigkeit zu haben zu erkenne wo es sich befindet:

Gefangen im Netz

All dies ist allerdings nicht neu. Die Geschichte der Unterdrückung hat nicht mit dem Smartphone begonnen. Noch vor gar nicht allzu langer Zeit wurde der menschliche Geist hauptsächlich mittels einer Galaxis von Camps konditioniert. Das Fabrik-Camp, des Erziehungscamp(was die Schule ist), das Kontrollcamp (was die Autorität der Familie ist) und die Kultstätten. Dennoch, gab es trotz der Verwobenheit all dieser Herrschaftstrukturen immer noch, relativ gesehen, viel Leere. Es war dieses Nichts das die Revolte in den Camps befeuerte und umgekehrt. Die Augen der meuternden Gefangenen sind dennoch vom Horizont jenseits der Mauern gefesselt, wobei es nicht darauf ankommt ob uns ihre Vorstellung des Horizonts zufriedenstellt oder nicht. Obwohl die verschiedenen Arten von Camps gewiss nicht verschwunden sind, zielt die permanente kapitalistische und staatliche Restrukturierung, besonders durch die weit verbreitete zunehmende Einführung von Technologie, in ihrer Totalirität. jenseits von der erhöhten Ausbeutung und Kontrolle, auf die Beseitigung jeder Art von Leere. Der Spruch der permanenten Konnektivität ist der Kern dieser tödlichen Symphonie. Online sind wir immer ein bisschen auf der Arbeit, ein bisschen bei der Familie, ein bisschen im Supermarkt, ein bisschen beim Konzert. Conneted ist mensch ständig den Anordnungen der Macht, den Vorladungen zu konsumieren und den Augen der Kontrolle, ausgeliefert. Wir stehen dem Kapital gänzlich zur Verfügung, wir sind die Sklaven welche unsichtbare Ketten tragen.

Jemand hat mal gesagt dass wenn die Gesellschaft ein Freilluftgefängnis ist, dann sind es diese Antennen und diese Kommunikationsrelais, die überall gegen den blauen Himmel kontrastieren, die die modernen Gefängniszellen darstellen und die Glasfaserleitungen und die Elektrokabel der Stacheldraht. In der Tat scheint es für jene, die die davon träumen die Reproduktion der Herrschaft zu stoppen, unerlässlich zu sein dass sie auf eine andere Weise und woanders hinschauen können. Es ist

zwar nicht so dass die örtliche Polizeistation nicht länger die Aufmerksamkeit der Feinde jeglicher Autorität auf sich ziehen sollte oder dass die Fenster der Bank es nicht länger verdient haben eingeschmissen zu werden oder dass das Gericht nicht bekommen sollte was es verdient; aber es stimmt halt auch dass Herrschaft eine Unmenge von relativ kleinen und ungeschützten Konstruktionen auf der Erde ausgebreitet hat; von welchen mehr und mehr, wenn nicht sogar alles abhängt. Es ist in diesen kleinen Dingen in denen sich das unsichtbare Netz materialisiert, welches uns umschließt, und welches es dem Staat und dem Kaptital ermöglicht sich zu restrukturieren. Es sind diese Adern der Herrschaft, welche die Ausbeutung und Unterdrückung bewässern, die angegriffen werden können und womit die technologischen Prothesen und ihr versklavtes Geschätz zum Schweigen gebracht werden können.

Dies ist was geschah als ein Feuer die technischen Gerätschaften und Kabel des Fernsehsenders France 3 am 21. April 2017 in Vanves (Hauts-Seines), Frankreich, zerstört wurden und die Übertragung unterbrochen war. Dies ist was geschah als anonyme Hände in Morbihan, Frankreich, am 4. Mai, fünfzehn Minuten vor dem Präsidenten Fernsehduell, das Orange-Telefonkabel durchtrennten was tausende von Zuschauer*innen und hunderte von Unternehmen ihrer Konnektivität beraubte. Dies ist was geschah als am 7. Juni, einen Tag nach der Verurteilung einer anarchistischen Gefährtin wegen Bankraubs durch das Gericht von Aachen, auf dem Monte Finonchio in Trentino, Italien, mehrere Sender und Stromkästen für Radio, Fernsehen, Mobilfunk und Militärfunk durch Feuer zerstört wurden. Dies ist was geschah als am 12. Juni in Hamburg eine U-Bahnstation in Brand gesetzt wurde. (A.d.Ü.: Wahrscheinlich ist eine Mobilfunkantenne nahe einer U-Bahnstation gemeint). Dies ist was ein paar Tage später in Piégros-la-Clastre, Frankreich, geschah als Nachteulen eine Fernsehsendeanlage und eine Mobilfunkantenne in Brand setzten und später verkündeten dass „die Masten die überall wachsen sind sensible und verwundbare Punkte da hier der Fluß konzentriert wird und es ein paar Liter Benzin genügen um sie ernsthaft zu beschädigen“. Am 23. Juni wurde in Vilvoorde in Belgien eine Sendeantenne durch ein freiwilliges Feuer zerstört.



Diese wenigen Beispiele, wahrscheinlich weit davon entfernt vollständig zu sein und lediglich aus einigen Wochen rausgesucht, zeigen das die Unterbrechung überall möglich ist. Es muss auch gesagt werden dass wir, anders als die Autoritären welche sich die Umwälzung der Welt nur mithilfe der Erstürmung der Tempel der Macht und durch das Organisieren von großen Massen vorstellen können, was eine unmögliche Symmetrie mit einem viel besser ausgestatten Feind wäre; als Anarchist*innen die Beweglichkeit kleiner Gruppen wichtig finden, die Fähigkeiten des Individuums, das Ausbreiten von [unseren] Feindseligkeiten mehr als ihre Zentralisierung und die Beziehung zwischen Individuen durch Gegenseitigkeit, Vertrauen und Wissen.

Diese Art des Organisierens erscheint uns wesentlich interessanter um den, aufgrund der Verwobenheit aller seiner Strukturen immer mächtigeren Feind, anzugreifen. Konfrontiert mit der Ausbreitung von einer Unmenge kleiner Sendeeinheiten, ist nichts angebrachter als mit einer Unzahl, autonom agierender, kleiner Gruppen, welche die Möglichkeit besitzen sich zu koordinieren, wenn es sinnvoll ist, die alte Kunst der Sabotage gegen die Adern der Macht zu praktizieren. In der Stille die sie Maschinen aufzwingen, in der Störung die sie der „wirklichen Zeit“ von Unterdrückung hinzufügen, werden wir uns selbst in Angesicht zu Angesicht mit uns selbst wiederfinden. Dies ist eine unumgängliche Voraussetzung für eine Praxis der Freiheit.“

anonym
Übersetzte Erklärung von cettesemaine.info/breves/

München: güterverkehr unterbrochen

Dokumentation: „I come like the furious tempest

zwischen allach und unterföhring existiert ein für münchen zentraler schienensabschnitt für rüstungskonzerne, deren zulieferbetriebe und weiterer kapitalistischer firmen. das schienennetz wird auschließlich für den güterverkehr zum transport von metallen, pkws und nutzfahrzeugen verwendet. krauss-maffei, man, mtu, bmw, die linde ag und der euroindustriepark besitzen hier direkte schienenanbindungen.

daher haben wir in der nacht vom 11.7. auf dem 12.7. an zwei stellen wo sich die schienen verdichten brandsätze quer über die kabelstränge gelegt (die kabelstränge befinden sich unter den parallel zu den schienen verlaufenen gehwegplatten). um die kurzschluss wahrscheinlichkeit zu erhöhen haben wir lange nägel in die mit benzin gefüllten plasikflaschen gemischt. die brandsätze wurden durch außen angebrachte wunderkerzen gezündet.

die logistik und infrastruktur von ausbeutung und herrschaft sabotieren“

anonym

Vom Kurzschluss zum sozialen Blackout

Der untenstehende Text wurde anlässlich eines anarchistischen Treffens im Jahr 2012 verfasst, hat aber seitdem eher an Bedeutung gewonnen. Die Strukturen der Herrschaft und der Ausbeutung bleiben nicht immer gleich. Sie ändern sich und verwandeln sich im Laufe der Geschichte, aus Gründen, die mit ihrem Hang zur Selbsterhaltung zusammenhängen und folglich einem direkten und unbestreitbaren Verhältnis zur sozialen Konfliktualität stehen. Wenn man bis in die 70er Jahre starke Spannungen und bedeutende Turbulenzen im produktiven Bereich wahrnehmen konnte, die sich logischerweise auf dem Gebiet der grossen Fabriken konzentrierten, oder zumindest mit allen Blicken dahin gerichtet, so scheint sich die Konfliktualität heute, im alten Europa, in andere Bereiche „verschoben" zu haben. Was nicht daran hindert, dass die Ausbeutung fortdauert, bei der Arbeit sowie anderswo, sicherlich aber auf andere Weise als zuvor, sicherlich auf „dezentralisiertere" Weise, sicherlich besser gegen die eventuellen Infragestellungen aus dem „Innern" geschützt.

Heute geht es im Grunde darum, die Analyse der Strukturen der Macht und der Ausbeutung weiterzuführen, sie zu aktualisieren und zu vertiefen. Die alten Modelle wurden bereits verlassen, auch wenn es noch immer Leute gibt, die weiterhin an die Konstituierung des „Proletariats" als Kraft und an seine Bekräftigung innerhalb der produktiven Sphäre glauben. Eine solche „neue" Analyse wurde bereits vor einigen Jahrzehnten begonnen, heute aber scheint es, dass sich ein zusätzlicher Schritt aufdrängt.

Die Grundlage der Ausbeutung, oder besser, ihrer Selbsterhaltung, liegt in der sozialen Reproduktion. Es gibt nicht nur die offensichtliche Suche nach Macht und Akkumulation, sonder auch die Konflikte, die im Innern ihrer Logik untergebracht sind, reproduzieren die Ordnung der Dinge. Festzustellen ist, dass der Arbeiter die Ausbeutung produziert und dass die Ausbeutung den Arbeiter reproduziert. Ebenso wie der Bürger die Macht produziert und die Macht den Bürger reproduziert. Die Möglichkeiten, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, befinden sich nicht mehr da, wo die alten Bücher der revolutionären Bewegung sie verorteten, und auch nicht in einer neuen Version eines langsamen und endlosen Prozesses der Bewusstwerdung, sondern anderswo. Und es ist dieses aufständische Anderswo, das wir analysieren und ausprobieren müssen.

Die Ausbeutung und folglich die soziale Reproduktion folgen nicht mehr konzentrationshaften Linien, wie sie es in der Vergangenheit tun konnten. Die grossen Industriekomplexe mit ihrer Kreierung von Arbeitern, die fähig sind, sich untereinander wiederzuerkennen, sind vorbei; die grossen Kampfverbände, die fähig sind, tausende Leute zu begeistern und zu mobilisieren, sind vorbei. Die Ausbeutung hat sich heute so sehr diversifiziert und dezentralisiert, dass sie das Aufkommen eines kollektiven Subjektes, eines „Proletariats" verunmöglicht, selbstverständlich ohne dass dies bedeutet, dass es keine „Proletarier" mehr gäbe. Die Ausbeutung strebt es nicht mehr an, sich in einer grossen Struktur zu konzentrieren, sondern, auf dem ganzen Gebiet kleine Strukturen zu verstreuen, die alle durch Energie- und Kommunikationsnetze verbunden sind, welche die Produktion unter ständigem Fluss und eine dichte Reproduktion der Herrschaft ermöglichen. Wenn die heutige Gesellschaft einem grossen Gefängnis unter offenem Himmel gleicht, dann wären seine Stacheldrähte aus Glasfaser und seine Wachtürme wären vielmehr Kommunikationsantennen.

Wenn wir diese Entwicklung unterstreichen, dann nicht aus blosser Neugierde und Lust daran, zu verstehen, wieso die soziale Konfliktualität heute nicht mehr dem alten, gut geordneten Schema des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie folgt, den beiden gut indentifizierbaren Blöcken, die sich um eine Festung streiten, sondern, um Interventionswege zu entdecken, Punkte, an denen es möglich ist, die Ausbeutung, und somit die soziale Reproduktion, anzugreifen. Diese Wege finden sich unserer Meinung nach unter anderem in den Infrastrukturen, von denen die Wirtschaft und die Macht abhängen. Diese dezentralisierte und höchst komplex gewordene Infrastruktur hat die neuen Formen der Ausbeutung ermöglicht (es genügt, an die heutige Notwendigkeit zu denken, in jedem Moment per Mobiltelefon erreichbar zu sein, in der Logik der Flexibilisierung der Arbeit), und in ihr ist es folglich, wo die Ausbeutung von heute angegriffen werden kann. Die Glasfaserkabel, die Transportnetze, die Energieversorgung, die Kommunikationsinfrastrukturen wie die Mobilfunkantennen: dies ist ein ganzer Interventionsbereich, der aufgrund seiner Natur unkontrollierbar ist, in dem es kein Zentrum mehr gibt, dass es zu erobern gilt, und keine Position mehr gibt, die es zu halten gilt, in dem die Dezentralisierung, durch die Logik der Dinge, eine dezentralisierte, informelle, aus kleinen Gruppen bestehende, auf den Angriff abzielende Organisation impliziert.

Viele Personen haben die Verletzlichkeit dieser Infrastrukturen aufgezeigt, aber es gibt noch viel Klärungs- und Aufzeigearbeit zu machen. Man könnte nur schon damit beginnen, die praktischen Ratschläge zu empfangen und zu vertiefen, die aus der zeitgenössischen Konfliktualität hervorkommen. Anstatt sich auf die Konfrontationen mit der Polizei zu fokussieren, würde man besser daran tun, zu betrachten, wie in gewissen Aufruhren in den Metropolen und ihren Peripherien die Infrastruktur angegriffen wird: Sabotage der öffentlichen Beleuchtung, Brandstiftungen von Generatoren und Elektrotransformatoren, Sabotagen der Transportachsen der Eisenbahn oder des öffentlichen Verkehrsnetzes. Eine aktuelle Analyse der Metropole könnte beispielsweise die Wichtigkeit der Transporte (von Menschen, von Waren, von Informationen) nicht unbeachtet lassen. Aber die Aufklärungsarbeit kann sich nicht darauf beschränken. Wir brauchen präzise Angaben, präzise Analysen und präzise technische Kenntnisse.

Selbstverständlich hat die Möglichkeit und die Notwendigkeit des verstreuten Angriffs gegen die Infrastrukturen der Macht wenig Sinn, wenn sie nicht in eine breitere Projektualität eingeschrieben ist. Auch wenn es bestimmt immer gut und angebracht ist, zu sabotieren, darf man nicht vergessen, dass es bei allem ein Vorher, ein Während und ein Nachher gibt. Wenn Brüche in der Normalität, in der sozialen Reproduktion, Möglichkeiten bieten, dann müssen diese bereits im Voraus erdacht werden. Was tun im Falle einer Kappung der Elektrizität? Was tun, wenn die öffentlichen Transportmittel nicht mehr funktionieren und inmitten einer Stadt ein unglaubliches Chaos erzeugen? Abgesehen davon, dürfte diese ganze Frage der Infrastruktur nicht als etwas betrachtet werden, das von den anderen Konfrontationsbereichen getrennt ist. Sie kann freilich in jedes beliebige Kampfprojekt integriert werden. Wenn die Konfliktualität heute ungleich und verstreut ist, ohne ein „zentrales" Terrain, dann geht es nicht darum, wieder eine Zentralität zu finden oder zu konstruieren, die die verstreuten Feindlichkeiten in einem einzigen revolutionären Projekt vereinigen würde, sondern darum, zwischen den verschiedenen Konfliktualitäten Brücken aufzubauen und zu schlagen. Ein präziser Angriff gegen die Infrastrukturen hat beispielsweise immer Konsequenzen, die breiter sind als ein Aspekt der Macht. In einem Aufruhr die Beleuchtung eines Viertels zu kappen, ist nicht nur eine Frage davon, die Vorstosse der Ordnungskräfte zu erschweren, sondern wird Echos haben, die weit über jede technische Erwägung des Moments hinausgehen. Man lebt nicht gleich, wenn es dunkel ist. Dieser Aspekt ist noch viel eklatanter im Bezug auf das Energienetz; wo die Konsequenzen oft weit über das erste, vorgestellte Ziel hinausgehen werden.

Zweitens geht es nicht darum, diese Überlegungen und Vorschläge als Vorwände für eine grosse Technikerverschwörung zu nehmen, die die Städte ins Dunkel, oder vielmehr, wie es heute der Fall wäre, in ein Informations- und Kommunikations-Blackout tauchen würde. Was es auszuarbeiten gilt, das sind Projektualitäten, und seien es auch bescheidene, die all jenen diese Angriffsmöglichkeit aufzeigen, die auf einer radikalen Grundlage kämpfen wollen, und somit nicht nur den Revolutionären. Die Frage auf eine militaristische Weise anzugehen, erneut die Zentralisierung gegenüber der Verstreuung zu preisen, über alles in Sachen „Effizienz" nachzudenken, zeugt davon, von dem, was gesagt wurde, rein gar nichts verstanden zu haben. Was heute „neu" ist, das ist beispielsweise nicht die Möglichkeit, eine Elektrozentrale in Angriff zu nehmen, um die Stadt ins Dunkel zu tauchen, sondern die Möglichkeit, überall das integrierte und verstreute Stromnetzwerk in Angriff zu nehmen. Diese Möglichkeit erfordert keine grossen Organisationen, und auch keine Formalisierungen der subversiven Spannung, sie ermöglicht direkte, einfache und leicht zu reproduzierende Angriffe.

Wenn es stimmt, dass die Stabilität der etablierten Ordnung seit einigen Jahren am bröckeln ist, wenn es stimmt, dass das Verschwinden der alten Kampfmodelle und der Vermittlungsorganisationen von neuen Formen der sozialen Konfliktualität gefolgt wird, die viel weniger kontrollierbar und viel wilder sind, dann müssten wir unsere theoretische und praktische Aufmerksamkeit auf das richten, was dazu beitragen könnte, diesen unkontrollierbaren Sumpf auszuweiten. In diesem Sumpf kann uns nichts garantieren, dass es die anarchistischen Ideen und die Freiheit sein werden, die den Sieg davon tragen, was aber sicher ist, das ist, dass er für diese Wünsche bereits einen viel fruchtbareren Boden bietet.

Einige Untergräber des sozialen Gebäudes

Zum Kabelbrand als Aktionsform

„Es ist keineswegs besonders revolutionär, auf die Sympathien des Volkes zu scheißen"

Ein Schuss ins eigene Knie: Warum Kabelbrände als militante Aktionen nicht erfolgreich sein könne. Versuch einer solidarischen Kritik

Absichtlich herbeigeführte und mit politischer Rhetorik verzierte Kabelbrände im Bahnbetrieb sind ein in regelmäßigen Abständen wiederkehrendes Phänomen, das zumindest in Deutschland jedes Mal exakt dieselbe Wirkung zeitigt: Die Hofpresse des Feindes, die ansonsten auch gerne mal gelungene Aktionen vollständig verschweigt oder in den Bereich der Kurzmeldungen verbannt, schlachtet diese Dinger tagelang aus. Und aus der Bevölkerung ergießen sich abertausende Hassbotschaften gegen die gesamte Linke in die sozialen Medien.

Die letzte derartige Form von Militanz war in sich stimmig und ereignete irgendwann 2014. In sich stimmig war sie deshalb, weil die Verkehrtheit der Aktion mit der Dummheit des Bekennerschreibens in Einklang stand.

Das verhält sich dieses Mal anders. Das Bekennerschreiben ist durchdacht, gut formuliert, die Überheblichkeit und Massenfeindlichkeit der Selbstbezichtigung von 2014 kommt in ihm nicht mehr vor. Im Gegenteil, die Autor*innen schließen mit: „Das einzige Maß für die Krise des Kapitalismus ist der Grad der Organisierung der Kräfte, die ihn zerstören wollen." Ob man nun teilt, dass das einzige Maß der Krise des Kapitalismus der Grad der Organisiertheit seiner Gegner*innen ist, oder nicht; zumindest sagt diese Passage ganz klar: der Kapitalismus wird nur dann beseitigt werden können, wenn diejenigen, die unter ihm leiden, die ihn abschaffen wollen, sich organisieren. Mehr noch, diejenigen, die das Papier schrieben, wollen Widerstand weltweit „sichtbar machen" und „ermutigen".

Wenn man das liest, fragt man sich ernsthaft, wie sie – vorausgesetzt, das Schreiben ist kein Fake und die Autor*innen nehmen ihre Gedanken irgendwie ernst – auf die Idee kommen konnten, dass diese Aktion ihrem eigenen Anliegen irgendwie dienlich sein könnte.

Denn es ist ja keineswegs so, dass es keine empirischen Erfahrungen zu den Auswirkungen dieser Aktionsform gab. 2013 gab's eine solche Geschichte in Berlin. Effekt: Hass gegen alles Linke. 2014 gab's dieselbe Aktion nochmal. Effekt: Hass gegen alles Linke. Und jetzt 2017 gibt's die Geschichte erneut. Was erwartete man?

Jetzt kann man sagen (und genau solches sagen in den Kommentarspalten auf Indy und sonstwo Verteidiger*innen der Aktion): Interessiert uns nen Scheiss, weil die deutsche Bevölkerung besteht ohnehin nur aus Arschlöchern, die nichts verstehen. Das ist konsequent und reduziert Militanz auf eine Art nihilistischer Masturbation. Man zündelt für's eigene Wohlbefinden, dem Gros der Gesellschaft, das man hasst und verabscheut, hat man nichts mehr mitzuteilen.

Das Bekennerschreiben selbst allerdings spricht eine andere Sprache. Es will ja aufrütteln und im Endeffekt „organisieren". Wenn man aber „organisieren" will, dann kann man sich nicht davor drücken, bei militanten Aktionen als den entscheidenden Faktor miteinzubeziehen, welche Auswirkungen sie auf diejenigen haben, die man organisieren will. Das war das entscheidende Kriterium bei dem, was man „bewaffnete Propaganda" nannte, genauso wie im Guerilla-Krieg.

Die Bewegung 2. Juni schrieb einmal: „Na klar sollten die Aktionen der Bewegung 2. Juni populistisch sein – im wahrsten Sinne des Wortes: volkstümlich. Sie sollten Menschen politisch für uns gewinnen und sie nicht dem Staat in die Arme treiben. Es ist keineswegs besonders revolutionär, auf die Sympathien des Volkes zu scheißen." Und weiter: „Und Beifall, also Zustimmung zu einer Aktion oder Politik der Guerilla zu bekommen, heißt doch, dass das Eis des allgemein herrschenden Bewusstseins gebrochen wird und ein Ansatz für die Unterstützung revolutionärer Politik entsteht. Der ‚Beifall' schafft das Wasser, ohne dass es keine Verbreiterung, keine Mobilität, keine Logistik, keine Aktionsmöglichkeiten für die Guerilla gibt."

Die letzten Endes nihilistische Arroganz gegenüber dem, was die Bevölkerung denkt, ist kein Zeichen von Radikalität. Sie ist ein Ausdruck der Schwäche und des fehlenden Glaubens an die Möglichkeit des eigenen Sieges. Denn letztere hängt wesentlich damit zusammen, dass wir anderen Menschen, Menschen, die uns noch nicht verstehen, unsere Ziele erklären können. In der poetischen Aneinanderreihung von Satzfragmenten im Bekennerschreiben kommt das subtil zum Ausdruck:„Probieren, scheitern. Erneut probieren, besser scheitern. Gewinnen vielleicht." - Dass man probieren kann und dann scheitern wird – das ist gewiss. Aber „gewinnen"? Naja, „vielleicht".

Dass die Kabelbrandaktion kaum jemanden, der nicht ohnehin schon überzeugt ist von der Richtigkeit der Zerstörung des Kapitalismus, überzeugen wird, lässt sich wirklich schlecht bestreiten. Dass sie umgekehrt viele tausende entweder in ihrer ohnehin vorhandenen Ablehung von „Linksextremisten" bestärken wird, oder bei Menschen, die uns neutral oder gar wohlgesonnen gegenüber stehen, Ablehnung hervorrufen wird, ebensowenig.

Denkt man darüber ohne Abwehrreflexe nach, wird man nicht anders können als zu sagen: Die Aktion war sicher ‚militärisch' gut vorbereitet, sie hat auch immense Wirkung entfaltet. Und dennoch hat sie die Wirkung, die das Bekennerschreiben als Ziel erkennen lässt, vollständig verfehlt. Mehr noch: Man hätte nach 2013 und 2014 im Vorhinein wissen können, dass sie kontraproduktiv ist.

Was Che Guevara einst als Bedingung jedes Guerilla-Krieges gesehen hat, gilt nicht weniger für militante Aktionen auf niedrigerem Level: „Die Guerilla-Kämpfer brauchen die volle Unterstützung der Menschen in dem Gebiet [in dem sie agieren]. Das ist eine unumgängliche Voraussetzung." Wer sich dieser Bedingung selbst entledigt, indem er sich das Wasser abgräbt, in dem er schwimmen will, tut sich keinen Gefallen. Irgendwann sitzt man dann auf dem Trockenen und der Kampf gegen den sich faschisierenden Kapitalismus zusammen mit ein paar Dutzend, meinetwegen hundert Gleichgesinnten ist zwar vielleicht heroisch, er wird aber letzten Endes nicht siegreich sein.

lowerclassmag.com

Zu „schwach" um die „Richtigen" zu treffen

Einige Anmerkungen zur lebhaften Kritik an Kabelbränden

Insbesondere auf linksunten.indymedia.org wurde über die Kabelbrände „Shutdown G20" im Vorfeld des Hamburger Gipfels gestritten und noch mehr diffamiert. Wir wollen im Folgenden den hysterischen und *unpolitisch* diffamierenden Teil der Hetze außen vor lassen und uns mit der politischen Kritik befassen. Es scheint jedoch einen beträchtlichen Anteil *politisch* motivierter Hetze in der Debatte zu geben.

Der zentrale Vorwurf: Die mangelnde Zielgenauigkeit der Aktionen. Unbeteiligte in großer Anzahl seien ebenso betroffen wie das „eigentliche Ziel" solcher Aktionen. Aber ist das vermeintlich eigentliche Ziel ein einzelner Konzern?

Viel der vorgetragenen Kritik von linker bis linksradikaler Seite geht davon aus, dass Herrschaft noch immer ein rein äußerliches Verhältnis sei. Selbstverständlich

gibt es noch einige klassische Nischen, auf die diese Sicht noch anwendbar scheint – aber es werden zunehmend weniger. Wollen wir uns auf diejenigen konzentrieren, in denen unser altes, überkommenes linkes Muster noch annähernde Gültigkeit aufweist? Je stärker Machtstrukturen zerfasern und wir in ihnen eingebunden sind – erhaltend und sogar verstärkend mitwirken, desto weniger stimmig sind vermeintlich „chirurgische" Schläge gegen sauber auszumachende Machtzentren. Was also tun gegen komplexere Machtstrukturen? Versuchen einige der Kritiker*innen mit der Schärfe ihrer Ablehnung der Kabelbrände eventuell die Anwendbarkeit eines historisch überholten Methodenbündels zu retten? Sollen Aktivist*innen wirklich den alten Zopf bis zur absoluten Wirkungslosigkeit wieder und wieder abspulen? Soll sich überhaupt etwas ändern, fragen wir ganz ernst und ohne Häme?

Die Aktionen sind kontraproduktiv – sie „verärgern das Volk": Wir verspielen als Linksradikale jede Sympathie mit dieser Art von Aktionen, so der Vorwurf. Mehr noch erzeugen die Kabelbrände einen „Hass gegen alles Linke". Angesagt seien eher „smarte" als „militante" Aktionen. Wer sich von diesem leicht populistischen Ansatz gedanklich löst, könnte umgekehrt fragen: Braucht es für alle direkten Aktionen Beifall im unmittelbaren Hier und Jetzt?

Die Aktivist*innen handeln aus der Marginalität heraus – das ist unbestritten. Die Kabelbrände mit ihren weit gestreuten Blockade-Auswirkungen sind (derzeit) nicht dazu angelegt, „mehrheitsfähige Praxis" zu werden. Aber muss jede Aktivität breite Zustimmung erfahren und unmittelbar vermassungsfähig sein? Legen wir diesen Maßstab auch an politische Hackerangriffe an? Selbstverständlich sollte die Verbreiterung das politische Ziel sein, aber das gelingt militanten Aktionsformen in den seltensten Fällen ad hoc. Es ist nicht zwingend ein avantgardistisches Konzept, wenn Aktionsformen einer längeren Diskussions- und Verbreiterungsphase bedürfen. Das Fällen oder Sprengen von Strommasten innerhalb der Anti-Atom-Bewegung war anfangs ebenfalls nicht unumstritten – und das nicht nur wegen seiner Lebensgefahr bei der Durchführung.

Erschreckend viele „Linke" sind in ihrer explizit politischen Kritik der Kabelbrände nahe bei Sahra Wagenknecht, die sich diffamierend von der „unpolitischen Randale" in der Schanze distanziert: „Wie krank muss man sein, wenn man glaubt über Gewalt und blinde Zerstörung den Kapitalismus zu besiegen". Vielleicht steht die Frage eines „Siegs" aber aktuell gar nicht an. Vielleicht ist die Zerstörung von Macht, vielleicht sogar nur die Zerstörung der Option auf weitere Anhäufung von Macht aktuell ein treffenderes Rezept militanten Handelns.

Uns scheint, die Aktionen vom Typ Kabelbrand, also Angriffe auf Infrastruktur der Güter-, Personen-, Energie- und Datenströme zielen viel weniger auf eine instantane, gesellschaftlich-mehrheitliche Zustimmung. Sondern vielmehr auf die Stärkung einer radikalen Opposition.

Sollten wir als Linke nicht eher neue (durchaus experimentelle) Räume möglichen Handelns aufstoßen, als an den alten politischen Konzepten festhalten. Konzepte, von denen wir merken, dass sie immer weniger greifen in einer Welt der Fragmentierung, also des Zerfalls sozialer Strukturen aber auch der brüchigen Transformation ehemaliger Machtinstitutionen.

Interessant ist, dass sich viele der Argumente gegen die „diffuse Streuwirkung" solcher Angriffe mit denen decken, die gegen den riot als politische Randale während des Gipfels vorgebracht wurden. Es ist vielleicht nicht angesagt, Jakob Augstein zu zitieren, aber sein Einwand gegen das Überreagieren angesichts einiger Dutzend abgebrannter Autos mit Verweis auf das eigene Involviertsein in kapitalistische Gewaltverhältnisse trifft durchaus ins Schwarze:

„Vorstellbar wäre noch der Hinweis, dass die Besitzer dieser Autos, die sich unschuldig und unbeteiligt wähnen, plötzlich daran erinnert werden, dass sie beides eben nicht sind – unschuldig und unbeteiligt. Denn das Auto, das eine Familie in Hamburg-Ottensen gekauft und bezahlt hat und das da am Wochenende angezündet wurde, ist selber kein wertneutraler Gegenstand, sondern ein politisches Objekt. Es besteht aus Rohstoffen, die unter den Terms of Trade einer von den G20 beherrschten Welt gefördert und gehandelt wurden: Kupfer aus Chile, Bauxit aus Guinea oder Seltene Erden aus China – geschürft, transportiert, verarbeitet unter Bedingungen, die man mit gutem Gewissen weder den Menschen noch dem Planeten zumuten kann. Aber die Familie aus Ottensen hat kein schlechtes Gewissen. Wir alle haben kein schlechtes Gewissen. Wir erkennen die Gewalt nicht, die wir selber ausüben. Nur die, die wir selber erfahren."

Zuletzt der Nihilismus-Vorwurf: Einige „Genoss*innen" werfen den Aktivist*innen „nihilistische Masturbation" vor – also die selbstbezogene Reduktion einer rotzigen, unvermittelten Negation durch Destruktion. Bisher, so unsere Recherche haben die Gruppen die für diese Art von Aktionen Verantwortung übernommen haben, ihr Handeln und ihre Motivation dafür (teils ausführlich) erklärt. Teils sogar mit einer zweiten Erklärung, die in der Lage war, auf die (nicht ausbleibende) mediale politische Diffamierung zu reagieren. Das ist ungewöhnlich für eine linksradikale Praxis und zeugt eher von einem ausgeprägten Vermittlungswillen.

Uns haben die Aktionen sehr wohl ermutigt und wenn wir die Stimmung bei Diskussionen während des Gipfels richtig deuten, dann haben sie durchaus zu einer offensiv-militante Stimmung vor und während des Gipfels beigetragen. Wir verspüren große Lust, über die inhaltliche Ausrichtung dieser Aktionen zu diskutieren. Kaum eine der zahlreichen Kritiken hat sich bislang damit auseinandergesetzt. Die Aktionen müssen auch in ihrer Wirkung auf die Linksradikale noch über die verengte Kritik der Erscheinungsform hinauskommen. Es sollte also weiter gestritten werden.

anonym

Der Gipfel

Es folgt eine sicher unvollständige Kurz-Chronik der Ereignisse in Hamburg, um die Geschehnisse für die folgende Debattenbeiträge in Erinnerung zu rufen.

Sonntag 2.7. Polizei unterläuft Gerichtsentscheidung - Räumung des Protestcamps in Entenwerder sorgt für enormes Medien-Echo und schweißt das durchaus heterogene Protestspektrum zusammen.

Farbanschlag auf das Haus von Katharina Fegebank (Die Grünen)

Dienstag 4.7.

Camp im Wohlerspark wird von Bullen weggeknüppelt. Der Hass steigt. Errichtung mehrerer kleinerer Camps – erstaunliche Hilfsbereitschaft der (besetzten) Kirchen. Auch das Schauspielhaus und das Millerntor-Stadion öffnen ihre Türen für Schlafplatz-Suchende.

Abends Pferdemarkt Kreuzung besetzt. 6000 Co*rnernde* überwinden nach und nach die Ohnmacht der letzten Tage und lassen das Wasserwerfer-Arsenal immer wieder ins Leere fahren.

Mittwoch 5.7

Gegengipfel eröffnet.

Lieber tanz ich als G20 – Eine selbstbewusste, bunte Mischung von mehr als 15.000 Teilnehmer*innen.

„1000 Gestalten" bietet medienwirksame Protestperformance

Ein Hardware-Defekt an einem Verteiler in Hamburg legt gemäß Morgenpost vom 6.7. seit einer Woche O2- Festnetz-Leitungenen in Groß Borstel lahm.

Porsche-Zentrum Eidelstedt brennt – 12 Luxusfahrzeuge brennen aus. 1,5 Mio Schaden. 40 Feuerwehrleute brauchten 2 Stunden um das Feuer zu löschen

In Ratekau bei Lübeck brennt ein Streifenwagen aus

Donnerstag 6.7.

„Welcome to Hell"-Demonstration direkt beim Auftakt von der Polizei angegriffen -Wenig Festnahmen, dafür gezieltes Verprüglen durch die Polizei. Panik, viele Verletzte. Die Demo wird kurz nach 20 Uhr abgebrochen. Ein neuer Demonstrationszug mit einem Teil der Verbliebenen formiert sich später.

In Altona, St.Pauli und der Schanze entlädt sich die Wut als erstes: Banken und Geschäft eingeworfen, Autos angezündet. Barrikaden auf mehreren Straßen. Der Bahnhof Altona muss kurzzeitg gesperrt werden.

Luxuskarre auf der Holstenstr. angezündet

20:50 Wohnhaus des Innensentors Andy Grote (Wohlwillstr.) wird attakiert.

23 Uhr In der Osterstraße (Eimsbüttel) und in der Waitzstraße (Othmarschen) werden zahlreiche Geschäfte und Banken eingeschmissen. Krähenfüße gestreut. Polizeihubschrauber mit Lasern geblendet.

Polizeiwache in Horn eingeschmissen



An vielen (unterschiedlichen!) Stadtteilen kommt es zu heftigen Aktionen durch Kleingruppen. Die Polizei verliert bereits jetzt die Kontrolle über weite Teile der Stadt.

Freitag 7.7.

Ab 7 Uhr morgens:

Angriff auf Bullen vor dem Hotel „Hyatt“ (Putin und Trudeau)

250-300 Vermummte ziehen über die Elbchaussee nach Altona durch die Fußgängerzone:

Dutzende Fahrzeuge werden in Brand gesteckt. Das Rathaus Altona entglast. Die Wache der Bundespolizei am Bahnhof Altona wird angegriffen, ein Streifenwagen mit Molli angezündet, bei Ikea die (vom Vortag noch verbliebenen) Scheiben zerstört und Mollies gegen die Fassade geworfen. Nach mehr als 30 Minuten löst sich die Gruppe ohne Festnahmen auf. Polizei-Einsatzleiter Dudde dazu: „ Ich kann nicht die ganze Stadt mit Polizeikräften zustellen.“

Mehrere Rauchwolken über Hamburg sind kilometerweit zu sehen

300 Leuten von BlockG20 gelingt es vom Berliner Tor aus auf die Protokoll-Route zu gelangen. Die Wagenkolonne des US-Präsidenten muss einen Umweg fahren.

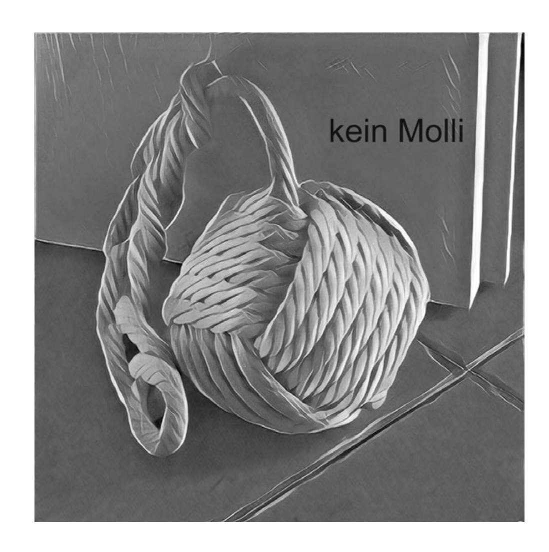
Hafenblockierer*innen besetzen eine zentrale Brücke

9:30 Uhr Scheiben bei mongolischem Konsulat in Ottensen eingeworfen

Bildungsstreik: 2000 Schüler*innen ziehen unter dem Motto „Jugend gegen G20“ durch Hamburg.

Melania Trump kann nicht am „Gattinnen“-Programm des G20 teilnehmen. Aufgrund der Störaktionen kann das BKA ihre Sicherheit beim Verlassen des Hauses nicht garantieren.

Ein deutsch-amerkianisches Treffen der Außenminister muss ebenfalls abgesagt werden.





Nachmittags Demozug Richtung Elbphilharmonie:

Das Hotel Empire Riverside an der Davidstr. wird mit Steinen eingedeckt

Insgsamt 3000 zusätzliche Bullen werden nach Hamburg gefahren / geflogen. (Im September stellt sich heraus, dass statt der bis dahin angegeben 23.000 insgesamt über 31.000 Bullen in Hamburg waren)

Olaf Scholz : *„Ich appeliere an die Gewalttäter mit ihrem Tun aufzuhören, sich zurückzuziehen und ihre Gewalttaten nicht mehr auszuüben, sondern ein friedliches Miteinander in dieser Stadt weiterhin möglich zu machen.“*

19 Uhr Pferdemarkt mehr als 8000 Leute sammeln sich. Zunächst mehr in St Pauli danach mehr und mehr in der Schanze. Die Situation entgleitet der Polizei vollends. Wasserwerfer und Prügeltrupps der Polizei beeindrucken kaum noch und werden von Aktivist*innen massiv attackiert und zurückgedrängt. Für sechs Stunden ist die Schanze komplett frei von uniformierter Polizei. Zahlreiche Angriffe auf sich nähernde Polizeieinheten, Plünderung Rewe und Budni bei offenem Zu- und Abgang tausender Passant*innen. Neue Qualität: Viele „Unorganisierte“ strömen in die Schanze und beteiligen sich an der Errichtung des temporären Freiraums.

GSG9, SEKs aus Bayern und Sachsen und die österreichische Cobra stürmen spät abends mit Schießbefehl die Schanze

500 Leute plündern anderen Rewe auf der Altonaer Str, zünden Autos an und errichten am Bahnhof Schlump eine große Barrikade.

Ein Gipfel-Delegationsfahrzeug brennt in der Nähe der Schanze vollständig aus

Samstag 8.7.

Am frühen Morgen: kleinere Auseinandersetzungen mit der Polizei vor der Flora

Autos (darunter ein Streifenwagen aus Thüringen) werden angesteckt

U-Bahnverkehr zwischen Schlump und Rathaus von 80 Blockierer*innen dicht.

17.7. Deutsche Botschaft in Paris in Solidarität mit den G20-Gefanegen angegriffen

19.7. Bielefeld Sechs BullenSixpacks abgefackelt

2.8. und 9.8. Polizeiwachen in Flensburg und Tarp angegriffen

Deutlich mehr Polizisten im Einsatz

Die Zahl der im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg eingesetzten Sicherheitskräfte hat deutlich über der bislang bekannten Zahl gelegen. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervorgeht, waren mehr als 31.000 Sicherheitskräfte Anfang Juli im Einsatz. Unter den Einsatzkräften waren demnach unter anderem knapp 23.200 Polizisten aus allen Bundesländern, mehr als 5500 Bundespolizisten und mehr als 2500 Kräfte des Bundeskriminalamts. Die Zahl der Sicherheitskräfte war bislang mit etwa 20.000 angegeben worden.

Drohnen über dem Gipfel

Die Bundespolizei hat beim G20-Gipfel drei Drohen eingesetzt. Die knapp 5 Kilo schweren Fluggeräte waren mit Video- und Wärmebildkameras ausgerüstet. Mit den Drohnen überwachte die Bundespolizei vor allem Einrichtungen und Gleise der Deuschen Bahn, etwa das weitläufige Gelände des Rangierbahnhofs in Maschen. „Der Einsatz von Drohnen wird bei vergelichbaren Groß- und Grenzlagen zum Standerdrepertoire gehören“, dagete Dieter Romann, Präsident der Bundespolizei. Auch an den Grenzen zu Dänemark, Tschechien, der Schweiz und Frankreich setzte die Bundespolizei Drohnen ein.

Knapp 1000 Personen bei Grenzkontrollen zurückgewiesen

Die Bundespolizei hat während der Grenzkontrollen zum G-20-Gipfel insgesamt 910 Personen zurückgewiesen. Insgesamt wurden bei den Kontrollen, die am 12. Juni starteten, 744 Personen festgenommen und 4300 unerlaubte Einreisen sowie 1480 unerlaubte Aufenthalte festgestellt.

Das Bundesinnenministerium hatte Kontrollen für alle deutschen Schengen-Binnengrenzen angeordnet. Sie sollten „Sicherheitsbelangen Rechnung tragen“ und die „Anreise potenzieller Gewalttäter in das Bundesgebiet verhindern“, wie das Innenministerium angekündigt hatte.

Die öffentliche Verschwörung: der Aufruhr in Hamburg

Manchmal ist es ein kleiner Zufall, welcher den Lauf der Dinge beeinflusst. Niemand hätte es vorher gedacht, am wenigsten die Akteure selbst in diesem Moment. Aber vielleicht fühlten sie das was sie gerade tun, größere Ausmaße annimmt, wer weiß. Hätten die wenigen Aktivisten am Arrivati Park auf dem Pferdemarkt in Sankt Pauli am frühen Freitag Nachmittag gedacht, was sie auslösen, ob sie es getan hätten? Vermutlich waren sie einfach nur noch frustriert von endloser Polizeigewalt, von ständigen Schikanen, von dem seit Tagen unablässigen andauernden Lärm der Hubschrauberrotoren, dieses endlose, nervende, sich in den Kopf einbrennende Geräusch. Vielleicht haben die „yellow press“ Vertreter mit ihrer Bürgerkriegsrhetorik doch recht, aber so scheint uns die Dystopie eines tatsächlichen Bürgerkriegs, live an zu schauen im nahen Osten, hier völlig vermessen, wenn jedoch am ehesten durch das ständige knattern der Rotoren versinnbildlicht.

Aber erlebt haben sie noch keine Bürgerkrieg.

Doch zurück zu jenem Arrivati Park, der Dauerkundgebung, als Rastplatz gedacht, um den Aktivist*innen einen Ruheraum zu geben. Diesen darf es nicht geben, folglich stellt die Polizei wie immer einen ihrer Wasserwerfer bereit. Niemals darf sich jemand ungestraft oder gar unbeobachtet versammeln, und doch ist es die hilflose Geste der bereits aus dem Ruder laufenden Situation. Seit Tagen nun schon steigert sich das übliche, nur maximierte, politische Schaulaufen welches wir alle kennen. Gestern haben die Bullen die Demonstration am Fischmarkt zerschlagen; Chaos, Barrikaden, Glasbruch und endlose umher streifende Banden waren die Folgen. Seit fast 24 Stunden nun bewahrheitet sich das Versprechen der organisierten Autonomen, der Aktivist*innen: wir werden die Stadt lahmlegen, wir werden überall angreifen, unkalkulierbar. Entsprechend am Ende sind die Kräfte der öffentlichen Ordnung. Ihr Versprechen ist den Gipfel zu schützen. Dafür benötigen sie Unmengen an Material und Personal. Ihre Kräfte langen bei weitem nicht für den gesamten urbanen Raum von Hamburg. Dies zeigte sich bereits Donnerstag Abend, doch erst recht Freitag früh. Hier rechneten die Bullen mit Leuten an der Messe, schließen sich ein in ihrer Burg, nicht kalkulierend das die Menschen auch woanders angreifen würden. Beeindruckend der Mut der Kämpfenden am Morgen, noch beeindruckender die Menge der Kämpfenden zur zweiten Welle. Selten klappt die Vermittlung, das Zusammenspiel der verschiedenen Kräfte so gut wie in diesen Tagen.



Doch nun hier, am Arrivati Park, gehen wieder ein paar gegen die Provokation der Bullen vor, sie wagen es, stellen sich auf die Straße, vielleicht wirft auch jmd. eine Flasche gegen den Wawe. Banalität und völlig egal zu dieser Zeit. Die Bullen antworten wie immer, der Wawe spritzt die Leute von der ohnehin gesperrten Straße, obendrauf gibt es wieder 2 Ladungen Richtung Kundgebung, als kleine Dreingabe sozusagen. Doch irgendwer anderes steht auch hier, und schiebt eine Mülltone auf die Straße, also mehr Wasser, mehr Knüppel. Und irgendwo steht der RT livestream.

Es ist früher Abend, völlig erschöpft vom stundenlangen Kämpfen fallen wir in das Appartement. Wir kommen direkt aus dem Riot, müssen kurz verschnaufen. Schauen aus dem Fenster, der Wasserwerfer heult auf und spritzt, wahllos, Passanten an. Hier sitzen Leute auf dem Sofa, und schauen irgendeinen livestream. Er zeigt den Pferdemarkt, ein paar Leute kippen Mülltonnen auf dem Schulterblatt. Wir legen uns kurz hin und essen. Nach 30 Minuten Schlaf schauen wir uns auch den livestream an: Am Schulterblatt werfen Leute Flaschen von verschiedenen Seiten auf Bullen, der Wasserwerfer spritzt in alle Richtungen, die Stimmung steigt. Scheiß auf die Demo, wir gehen raus auf die Straße. Um uns herum laufen Dutzende, jede Kreuzung werden es mehr. Bald laufen Hunderte in Richtung Schulterblatt. Es ist die absurde Metaebene unserer Zeit. Du kämpfst, kannst aus dem Fenster Leuten beim kämpfen zu schauen, und du wie Millionen andere sehen im Fernseher dich und andere kämpfen. Und so kommt es das neben uns hunderte, tausende zur Schanze strömen.

Dort, Menschen und Feuer auf der Straße, beginnt das, was wir in Deutschland noch nie erlebt haben. Wir, die jung geborenen, hatten keine solche Erfahrung. In der Schanze, ändert sich das, was wir Politik nennen, unsere Identitäten, unsere Aktionen, in etwas, was wir vielleicht am ehesten als öffentliche Verschwörung /public conspiracy beschreiben können. Es ist kein Aufstand, aber kurz davor. Es ist eine Rebellion, ein Aufruhr, gestartet und verteidigt von jenen „uns“, den klassischen Aktivist*innen die wir seit Tagen in der Stadt unterwegs sind. Doch weiter getragen wird jene Rebellion von all jenen, welche angelockt wurden vom Spektakel und der Selbstbestimmung. Dieser Teil der Gesellschaft, lange abgeschrieben von selbiger, angelockt von der Verheißung gegen die Bullen zu kämpfen. Und das ist was hier passiert. Begonnen als Gipfel-Protest gegen G20, wird dies zur sozialen Revolte gegen die Bullenschweine, zur sozialen Rebellion. Im Schein der Feuer ist wieder alles möglich. Das Gefühl der Riots, Selbstbestimmung erfahrbar für so viele mehr. Nicht bruchlos, doch niemals so nah erfahrbar wie in diesem Moment.

Wir halten das Schulterblatt. Das Zusammenspiel verschiedener Faktoren (das Konzert der Irren zu schützen, zu wenig Kräfte, angeblich die Leute auf Dach und Gerüst, die stärker werdende Mischung von „uns“ und allen anderen, führt dazu, das dieses Viertel für mehrere Stunden unregierbar ist.) Unkontrollierbar. Zeit für kleine Mädchen sich Getränke im Rewe zu besorgen. Zeit, das einige Atzen versuchen sich bis zur Geldkassette der Haspa hindurch zu arbeiten. Zeit, die wir nur bedingt genutzt haben.

Es löst sich jenes “uns” und “die” auf. Nicht widerspruchslos. Nicht einwandfrei. Aber stärker und größer als wir es jemals in Deutschland dieser Zeit zu hoffen, zu träumen gewagt hätten. Im Kampf um die Barrikaden, im gemeinsamen Teilen des Sekts gibt es erst mal keinen Unterschied mehr. Die Verachtung für die Autoritäten ist in allen Augen zu sehen. Alle machen mit. Du musst nicht seit Monaten auf irgendwelche Plena rennen, die dies und jenes absprechen und wieder verwerfen. Du musst nur auf das Telefon oder den TV schauen, kommen und mitmachen.

Dieser Moment ist das Große in Hamburg. In diesem Moment bekommt das Treffen der Irren endgültig keine Aufmerksamkeit mehr. Es geht um den sozialen Konflikt der offen zu Tage tritt. Der aufgestaute Hass auf die Bullen, bei immer größeren Teilen der Bevölkerung, ein Leben lang genährt, eine Woche lang angestachelt, bricht sich Bahn. Die Verelendung. Das Gefühl, nein das Wissen, dass diese Gesellschaft nichts mehr zu bieten hat. Das wir uns holen müssen was uns sowieso gehört.

Der Rewe spendiert. Alles allen, allen alles!

Auch wenn wir für ein paar Stunden das Gefühl hatten, ein Aufstand war es noch nicht. Dafür war unser Vorgehen zu planlos, zu abhängig von Zufällen auf allen Seiten. Nicht gewollt von allen Leuten. Ihr liebe Lesenden, der Großteil ist nicht bereit für einen Aufstand. Zuviel Angst vor der eigenen Konsequenz, wie wir bei manchen Leuten sehen. Es ist in Ordnung. Angst gehört dazu. Hoffen wir das wir eines Tages mehr Mut als Angst haben werden.

Und viel lernen müssen wir noch. Unsere Kräfte besser einteilen. Strategischer denken wenn wir tatsächlich ein Gebiet, ein Territorium verteidigen wollen. Absehbar war das die Bullen nicht ausreichend Kräfte haben, beschäftigt das Konzert zu schützen. Erst danach gibt es genug zum Eingreifen. Aber nicht genug um alles andere zu kontrollieren.

Wir hätten stärker Richtung Bullenwache, Richtung Stresemannstraße, drängen müssen. Das Areal erweitern, das Potential der Ansammlung nutzen. Es scheint uns absurd wenn sich nun Leute beschweren, dass in der Schanze sexistische Parolen gerufen wurden. Als wenn wir keine Sexisten wären, auch wenn wir das Gegenteil behaupten, und auch versuchen. Der Rest der Menschen ist es noch weniger. Aber es steht uns allen frei zu diskutieren, uns zu beschweren, zu intervenieren und agieren. Wir können nicht erwarten das Menschen in einer solchen Situation „perfekte Revolutionär*innen“ wären. Aber wir können erklären das die Bullen keine „Fotzen“ sind, oder gar deshalb Scheiße, sondern Scheiße weil sie Bullen sind. Wir können und haben vielen erklärt, das Flaschen nicht aus 60 Meter geworfen werden sollten, sondern die Leute nah ran gehen müssen, sonst verletzen sie uns selbst. Fast alle haben das direkt verstanden. Dafür haben so unglaublich viele Menschen Flaschen geworfen, so dass wir sogar bereit sind, sie kurz über unseren Köpfen zerschellen zu spüren. Das nächste Mal dann eben mit Helm.

Haben wir früher gelacht als die Alten erzählten wie man beim Plündern als erstes den Schnaps zerschlägt. Unvorstellbar. Heute wissen wir es besser, das nächste Mal gibt es nur noch Sekt und Bier, keine Volltrunkenen mehr die Feuerlöscher in die brennenden Barrikaden werfen.

Wir haben wenig Erfahrungen, wir müssen besser werden. Die Barrikade 3 Meter vor dem alten Auto der Anwohner*innen bauen, nicht nebenan. Dies kann später den Unterschied zwischen Sympathie und Ablehnung machen. Wir werden weiter keine bewohnten Gebäude anzünden und sowas unterbinden, sofern in unserer Macht stehend.

Doch geplündert wurde nahezu ausschließlich in Ketten, Läden welche sich mit den Protesten solidarisierten wurden ausnahmslos verschont oder verteidigt. Wir können nur den Freundinnen von Crimethinc zustimmen: „Next time people open up a police-free zone, let’s fill it with the lives we all deserve.“

Und an die bellenden Hunde: „Some have criticized the rioters who barricaded the Schanze district and drove out the police for hours as being “apolitical,” engaging in “mindless chaos.” On the contrary, nothing is more political than creating such a space like this, in which we may once again become the protagonists of our own social and political lives rather than letting the authorities impose their order on us. „

Das nächste mal werden wir besser. Erfahrungen machen, scheitern, nachdenken, wieder probieren, besser scheitern. Dieses mal war schon ganz gut.

Wir laufen nach Hause. Unterwegs ein Kiosk, Bier. Eine Hundertschaft bayrischer Bullen hält auf der Kreuzung. Orientierungslos, fertig. Und die ganze Kreuzung ruft: „Ganz Hamburg hasst die Polizei“. Diese Einheit würde sich normalerweise nicht mal eine Schmähung gefallen lassen. Hier werfen alle Kronkorken, Tabak, Müll. Leute stellen sich vor die Bullen, beschimpfen diese: Haut ab, geht zurück nach Bamberg. Die Bullen ziehen ab, weiter, irgendwo hat ihr Chef gesagt brennt es gerade mehr. Unser Sitznachbar, erklärt uns das er 5 Sprachen spricht, aber hier nie willkommen war. Nun zeigt er uns sein Handyvideo, er beim Flaschen werfen..

Wir stoßen gemeinsam an und verabschieden uns mit dem Hinweis, sich immer gut vermummen.

Aufstehen, ausprobieren, scheitern. Nachdenken, wieder aufstehen, ausprobieren, besser scheitern.

Diesmal war schon ziemlich gut. Bis zum nächsten Mal!

Die unsichbaren Freunde

„Freude schöner Götterfunken..."

Einige Gedanken von „Autonome aus dem Irgendwo" zu den Protesten gegen den G-20 Gipfel in Hamburg vom 6.-8. Juli 2017

Die Szenerie erinnerte zunächst etwas an den Schah Besuch von 1967 in West-Berlin. Während in der Deutschen Oper der Schah des Iran, der Despot Reza Pahlavi, der jegliche Opposition gnadenlos unterdrückte und dessen Geheimdienst SAVAK in den Kerkern des Regimes folterte und Systemgegner*innen ermordete, genüsslich den Klängen der Zauberflöte von Mozart lauscht, prügelten draußen auf der Straße die Polizisten wie enthemmt auf Demonstrierende ein, der Kriminalbeamte Karl-Heinz Kurras erschießt den Studenten Benno Ohnesorg in der Krummen Straße 66 mit einem Schuss in den Hinterkopf.

50 Jahre später bequemen sich die größten und einflussreichsten Herrscher und Herrscherinnen, Autokraten, Diktatoren und Scheichs der neuen und alten Weltordnung – weltweit verantwortlich für Kriege, Armut, ökonomische Ungleichheit und Ausbeutung – in die feine Elbphilharmonie, um andächtig Beethovens 9. Sinfonie zu genießen, während auf den Straßen in St. Pauli, Altona und dem Schanzenviertel die Polizei fieberhaft versucht, das Demonstrationsverbot aufrecht zu erhalten und den Protest zu bändigen.

Doch diesmal verliert die Polizei die Kontrolle, der Widerstand der G20-Gegner*innen ist zu stark, zu vielfältig und unberechenbar; es entlädt sich die Wut auf den Straßen, keine 500 Meter entfernt vom Austragungsort, den Messehallen. Barrikaden werden gegen wild anrennende Polizei und deren Wassermonster errichtet, verteidigt und später angezündet – riesige Flammen lodern gen Himmel, einzelne Läden (REWE, Budni) werden aufgemacht und deren Waren solidarisch verteilt oder als Brennmaterial genutzt – eine polizeifreie Zone entsteht und kann für mehrere Stunden gehalten werden.

Es entstehen genau jene Bilder, die die Herrschenden nie sehen wollten. Am nächsten Tag titelt die Hamburger Morgenpost: AUßER KONTROLLE - im Hintergrund ein brennender BMW, Vorzeigeprodukt deutscher Automobilkunst.

Wir bewerten die Protest-und Widerstandsaktionen gegen den G20-Gipfel als Erfolg. Auch wenn wir nicht mit jeder Aktion einverstanden sind, einzelne Aktivitäten stark kritisieren oder entschieden ablehnen. Wir haben ihnen gehörig die Show vermiesst und unmissverständlich klargemacht, dass unser Widerstand gegen ihre gewalttätige Politik nicht zu verhindern gewesen war - auch nicht mit 31.000 Bullen, gefühlten 100 Wasserwerfern, Räumpanzern, 185 Hunden, 70 Pferden und 28 eingesetzten Helikoptern. „Wir haben die gesamte bundesdeutsche Polizei in Hamburg", wie der Einsatzleiter Hartmut Dudde im Vorfeld sagte. Es gebe umfangreiches Equipment aus allen Teilen der Republik und „Wenn wir es brauchen, packen wir es aus."

Tausenden Menschen ist es gelungen, mehrmals in der größten städtischen Verbotszone Deutschlands (38 Quadratkilometer) zu demonstrieren, etliche Blockaden der Polizei (Freitag) zu durchbrechen, um bis in Sichtweite der Elbphilharmonie zu gelangen, einzelne Delegationsteilnehmer*innen kurzfristig zu blockieren und zu stoppen, oder zum Umdrehen zu zwingen, Melania Trump am Verlassen ihrer Unterkunft zu hindern, mindestens ein Hotel einer Delegation farblich zu markieren, militante Interventionen gegen kapitalistische Konzerne (Porsche Zentrale, Ikea, Immobilienunternehmen, Banken, Handelsketten in Einkaufsmeilen usw.) oder staatliche Institutionen (Rathaus Altona) durchzuführen, sowie etliche Autos zu zerstören.

Die Vielfalt und Kreativität des Widerstands ist unsere Stärke – von „1000 Gestalten" bis Blockade-Aktionen, von Critical Mass (2000 Fahrräder) bis Spontandemos, von militanten Aktionen bis zur Großdemo, von Theaterperformances bis Musikkonzerten, von Cornern bis Raves, von Blockaden der Hafenlogistik bis zum Bildungsstreik – unterstützt von angrenzenden mit uns größtenteils sympathisierenden Vierteln, in denen viele Menschen ebenfalls gehörig die Schnauze voll hatten von dem Gipfel, den Begleitumständen, den Beeinträchtigungen, dem ständigen Lärm der Hubschrauber und vielem mehr. Am Ende war dann doch mehr möglich, als viele von uns vorher für möglich hielten.

Trotzdem ist es notwendig, eine genaue Aufarbeitung zu leisten, vieles auch selbstkritisch zu hinterfragen, sowie differenziert die Ereignisse zu betrachten und zu analysieren – und vor allemnicht die Gefangenen, Verletzten und Traumatisierten zu vergessen.

Die Geister, die sie riefen:

Bereits im Vorfeld machten Politiker*innen und die Polizei kräftig Stimmung gegen jegliche Form von Protest gegen die G20 und versuchten ihn zu de-legitimieren und zu kriminalisieren. Der Versuch, die Camps zu verbieten, das klar rechtswidrige Verhalten der Polizei trotz Entscheidung des Verwaltungsgerichts, Schlafplätze zu genehmigen (zumindest für 18 Stunden bis zum Montag, als das Gericht das Vorgehen der Polizei im Nachhinein legalisierte), schreckte mit Sicherheit eine nicht klar zu beziffernde Zahl von Aktivist*innen ab, nach Hamburg zu kommen.

Die Polizei baute ein provisorisches Gefängnis, leerte ein anderes für die Protestierenden, protzte damit, innerhalb von einer Minute an jedem Ort in Hamburg präsent sein zu können und baute Tag für Tag ein ständig wachsendes Bedrohungsszenario auf, das nichts Gutes erahnen ließ. Das massive und gewalttätige Auftreten der Polizei beim Abriss der Zelte in Entenwerder waren ein Ausdruck davon.

Andererseits ging ihre Rechnung der aggressiven Eskalationsstrategie nicht auf – die allermeisten von uns haben sich nicht abschrecken lassen und eine Welle der Solidarität entstand als Reaktion auf ihre Verbotspolitik. Noch am Montag war die Stimmung angesichts der Abschreckungsstrategie mäßig, wurde diese durchbrochen durch die Solidarität der Hamburger*innen, die seit Wochen mit der Besatzungspolitik konfrontiert waren. Doch bereits am Dienstagmorgen hatten Menschen aus Hamburg über diverse Schlafplatzbörsen über 1500 Übernachtungsunterkünfte für Protestierende vermittelt, das St. Pauli-Stadion und einige Theater öffnete ihre Türen. Durch die Besetzung von mehreren Kirchengeländen, geduldet und unterstützt durch die Gemeinden und deren freundlichen Pfarrer*innen, konnten dann doch noch mehrere Camps mit wichtiger Infrastruktur aufgebaut werden. So kamen viele zurück in die Viertel und mussten nicht in abgelegenen Camps mühselig ihren Weg in die Innenstadt suchen – für uns ein klarer Vorteil. Schlussendlich wurden dann noch 300 Schlafzelte auf dem Camp im Volkspark in Altona genehmigt.

Das Cornern am Dienstag (4.7.) und der Rave am Mittwoch (5.7.) mit 25-35.000 Teilnehmer*innen machten endgültig deutlich, dass wir uns nicht so leicht die Straße werden nehmen lassen. Die Initiative lag wieder in unseren Händen, die Stimmung war gekippt, wir konnten diesem Gefühl der Ohnmacht etwas entgegensetzen.

Entgegen der Befürchtungen vieler konnte die Welcome to Hell - Demo am Donnerstag (6.7.) trotz medialer und staatlicher Hetze 12.000 bis 15.000 Menschen zum Auftaktort am Fischmarkt mobilisieren. Die Abschreckungspolitik des Hamburger Senats und der Polizei ging ins Leere. Die hohe Beteiligung werten wir als Erfolg. Danach wurde die Demo brutal von der Polizei zerschlagen: Vorwärts rückende Wasserwerfer und massiver Wasserstrahl auch auf Leute, die auf Dächern saßen sowie wild auf in den Blöcken stehenden Demonstrierende einprügelnde und Pfefferspray einsetzende Polizei führten zu vielen Verletzten und Schwerverletzen. Die Bilder, wie die Polizei mit aller Gewalt die Menschen an die zwei Meter hohe Mauer drängte, die sich auf einer Seite des Demonstrationszuges in der Hafenstraße befand, erinnerte fatal an die Massenpanik während der Loveparade in Duisburg am 24. Juli 2010, bei der 21 Menschen starben. Nur durch das beherzte Eingreifen, die an die Mauer Gedrängten hochzuziehen sowie den solidarischen Ketten der Blöcke, die den Angriff der Bullen abfederten unter Einsatz ihrer Körper und einzelner Flaschenwürfe gegen die prügelnden Bullen, wurde eine Massenpanik verhindert und konnte Schlimmeres abgewendet werden. Die Polizei nahm an dieser Stelle durch ihre ungehemmte Brutalität die Gefährdung von Menschenleben billigend in Kauf.

Nach der Zerschlagung der Demospitze und der Räumung des Fischmarktes konnten sich später dennoch etliche Demonstrationszüge neu formieren und Tausende strömten nach St. Pauli und in die Schanze, und nahmen sich dort die Straße.

Allerdings wollen wir an dieser Stelle auch Kritik an der Organisation der Welcome to Hell-Demo formulieren.





1.) Der Ort: Viele hatten im Vorfeld bereits Kritik geäußert, in der Nachbetrachtung sind sich fast alle einig, dass die Wahl des ORTES, die Demo genau an dieser Stelle aufzustellen und loslaufen zu lassen mit einer zwei Meter hohen Flutschutzmauer auf der einen Seite und einer langen Häuserschlucht mit nur einer kleinen Lücke auf der anderen Seite, sehr ungünstig war. Es gab quasi keine Fluchtmöglichkeiten, um den Angriffen der Staatsmacht auszuweichen. Hier hatte es die Polizei leicht, uns anzugreifen und einzumachen. Dieser Ort war eine Falle .

2.) Das Konzept: Wir denken, dass es viele Faktoren gab, die im Vorfeld deutlich gemacht haben, dass diese Demo sich nicht bewegen soll. Da ist das Ereignis des Gipfels selbst – weltpolitisch inszeniert und damit unter hohem Druck. Da ist die Erfahrung vom 21.12.2013 in Hamburg, als die Polizei die Solidaritätsdemo für die Rote Flora am Schulterblatt nach nur 25 Metern stoppte und angriff. Da sind die Ankündigungen des für seine Eskalationsstrategie bekannten Einsatzleiters Hartmut Dudde und im Gegensatz dazu keine Auflagen – wie seltsam. Und da ist ein Haufen medialer Hetze und verbales Hochrüsten -leider auf beiden Seiten. Völlig überflüssig fanden wir in diesem Zusammenhang die Ankündigung von einem der Organisator*innen, dass sich hier „einer der größten schwarzen Blöcke Europas versammeln würde“ - das haben wir als angeberisch, poserhaft und unnötiges Muskelspiel empfunden. Was sollte das? Aber auch wir müssen selbstkritisch das Konzept eines von verschiedenen Gruppen öffentlich angekündigten großen schwarz vermummten Blocks auf einer Demonstration hinterfragen, den wir – eventuell oder wahrscheinlich - nicht ohne weiteres durchsetzen können. Schon gar nicht an diesem Ort.

Dazu passt, dass sich später in den Verhandlungen mit der Polizei darauf geeinigt wurde, die Vermummung (teilweise) abzulegen. Also, wenn das kein Widerspruch ist: Erst zum „größten Block“ aufzurufen und sich dann gleich am Anfang entmummen - wozu dann dieser martialische Aufruf? Zudem haben auch gar nicht alle mitbekommen, dass sich entmummt werden sollte, es wurde nicht gut in die hinteren Blöcke kommuniziert.

Das roch alles sehr nach Falle und u.a. deshalb haben sich auch einige autonome Strukturen nicht an den schwarzen Blöcken beteiligt, die auch kleiner waren als die Polizei behauptete und andere sich gewünscht hatten. Die Kritik lag den Organisator*innen vor, die sich für das von ihnen favorisierte Konzept entschieden. Am Abend (6.7) schreibt der Demoanmelder selbst in einer Presseerklärung, dass „was sich in den letzten Tagen angekündigt hat, hat sich heute Abend bestätigt: es gab bei der Polizei nie das Interesse, die Welcome to hell Demo überhaupt laufen zu lassen“. Auch die Demoveranstalter*in selbst haben es für möglich gehalten, dass die Demo nicht laufen wird.

Deshalb fragen wir uns: Warum wurde stattdessen nicht gleich zu Beginn darauf verzichtet, sich aufzustellen, oder kurz danach, als die vier Wasserwerfer schon die Demospitze blockierten, die Demo aufzulösen und das Alternativkonzept Plan B, Reclaim St. Pauli zu fahren? „Deshalb rufen wir dazu auf, in dem Fall der vorzeitigen Beendigung unserer Demo zusammen zu halten, spontan und unberechenbar zu sein und sich in großen Gruppen zu bewegen – laut und sichtbar."

So stand es auch auf der Webseite. Auch wenn es im Nachhinein immer einfacher ist, wir denken, die Auflösung hätte sofort erfolgen müssen. Waren die Strukturen zu schwerfällig, zu langsam, die Einschätzungen zu vage? Das sind Fragen, auf die wir bisher keine Antworten gefunden haben.

Am Ende war es gut, dass Plan B auch so funktioniert hat, vielleicht etwas schwerfällig, aber dann ist doch viel gelaufen: kaputte Scheiben bei Ikea und dem Gericht, brennende Protzautos, etc. Gleichzeitig hatten sich andere Gruppen gleich entschieden, sich eigene Orte zu suchen und haben mehrere Geschäfte in zwei Einkaufsstraßen (z.B. Waitzstraße) entglast.

Die Formierung des Widerstandes am Freitag und Samstag

Unsere Widerstand und Protest und der Tausender anderer, die nicht einverstanden sind mit der ungerechten Politik der G20-Staaten, folgte an diesen beiden Tagen vielfältig und facettenreich. Der zahlenmäßig stärkste Ausdruck waren die rund 80.000 Demonstrierenden auf der Großdemo am Samstag, während dem Demoaufruf des bürgerlichen „Hamburg zeigt Haltung" knapp 5000 Menschen folgten.

Der Freitagmorgen begann mit ambitionierten Blockaden, also dem Versuch, in der Zone höchster Sicherheitspriorität zu stören. Hier – so ist es uns erzählt worden – kam es auch zu einem schönen Moment sich ergänzender Aktionsformen. So soll der Rote Finger, der es später geschafft hat, auf der Strecke des US-Präsidenten Trump zu blockieren, bereits eingekesselt gewesen sein, als sämtlich Bullen plötzlich hektisch in ihre Busse sprangen, weil andere Aktivist*innen in Altona eine Scherbendemo veranstaltet haben. Diese Scherbendemo selbst war in Teilen leider kein Ausdruck zielgerichteter Militanz, neben zahlreichen gut ausgewählten Geschäften fanden wir es richtig bekloppt, die Scheibe eines Linienbusses einzuschlagen und Fahrer und Insassen in Angst zu versetzen; auch etliche Kleinwagen waren wahllos. So müssen wir uns fragen: was sind die Limits und Kriterien unserer Aktionen?

Die morgendlichen Blockaden gingen dann später unkontrolliert und spontan weiter, es war gut, dass sich immer wieder Leute zusammengefunden haben, besonders nach der Demo in Richtung Elbphilharmonie gab es zahlreiche Aktionen.

In unserer stärksten, kraftvollsten Phase ist es uns aber kaum gelungen, direkt auf die Protokoll- und Transportstrecken der Delegationen zu gelangen bzw. diese länger zu blockieren, um wirklich effektiv die Konvois der Herrschenden zu stoppen oder den Delegierten in ihren Hotels oder direkt an den Messehallen mehr auf die Pelle zu rücken. Am Freitagabend hat die Polizei uns in der Schanze und in St. Pauli gehalten, die eigentlichen Ziele, die Protokollstrecken oder die Messehallen, den Ort des G20-Treffens unweit der Schanze, sind nicht mehr versucht worden zu erreichen, zu blockieren und anzugehen. Hier fehlten auch von unserer Seite entsprechende Impulse, die Situation hat auch unsere Vorstellungen weit überholt.

Freitagabend entstand für ein paar Stunden in einigen Straßen in der Schanze eine polizeifreie Zone, Barrikaden brannten und wurden verteidigt, einige Scheiben von Läden wurden eingeworfen und einige wenige Läden enteignet. Das begreifen und definieren wir als Akte und Formen von Protest und Widerstand gegen das G20-Treffen, die Polizeigewalt, die massive Besetzung der Viertel durch die Polizei sowie gegen die kapitalistische und rassistische Realität. Tausende haben sich daran beteiligt, mal mehr, mal weniger, passiv und aktiv – es war eine bunte Mischung von Menschen, die ihre Unzufriedenheit über die Verhältnisse artikulierten.

Widerstand und Militanz müssen zielgerichtet und vermittelbar bleiben. By the way, es war nicht alles so wahllos wie es später dargestellt wurde, der Apple-Store etwa war gut gewählt. Während die einen Sachen ins Feuer werfen wollten, haben andere entschieden, sich zu bereichern.

Mehrere Geschehnisse können wir aber nicht gutheißen und wir finden es gut, dass Menschen eingriffen, als versucht wurde, Feuer in Läden zu entfachen, wo Wohnungen und Wohnhäuser darüber oder direkt daneben liegen, wie es bei dem Shop Flying Tiger Copenhagenoder der HaSpa am Schulterblatt passiert ist.Auch in Situationen wie dem Einschmeißen von Scheiben kleinerer Läden sowie dem Abfackeln von Kleinwagen oder Autos eines Altersheims, wie in St. Pauli geschehen, ist nicht unsere Politik. Sie bedürfen einer kritischen Reflexion und in der jeweiligen Situation eines verantwortlichen Handelns. Hier sind oft eher organisierte autonome Gruppen eingeschritten. So schreiben einige Ladenbesitzer der Schanze in einer Stellungnahme zum Wochenende vom 13.7. u.a., dass offenbar gut organisierte, schwarz gekleidete Vermummte teilweise gemeinsam mit Anwohnern eingeschritten sind, um andere davon abzuhalten, kleine, inhabergeführte Läden anzugehen. Die anderen Vermummten die Eisenstangen aus der Hand nahmen, die Nachbarn halfen, ihre Fahrräder in Sicherheit zu bringen und sinnlosen Flaschenbewurf entschieden unterbanden. Die auch ein Feuer löschten, als im verwüsteten und geplünderten „Flying Tiger Copenhagen" Jugendliche versuchten, mit Leuchtspurmunition einen Brand zu legen, obwohl das Haus bewohnt ist."

Wir sind uns auch darüber bewusst, dass eine polizeifreie Zone nicht unbedingt eine befreite Zone bedeutet, es spiegelten und reproduzierten sich eben auch jene Verhältnisse wider, von denen unsere Gesellschaft durchzogen ist: Dazu gehören Mackertum und die Stilisierung von patriarchaler Männlichkeit. Deshalb ist es umso wichtiger, verantwortlich einzugreifen.

Verantwortlich eingreifen kann aber auch bedeuten, nicht oder schlecht Vermummte darauf hinzuweisen oder ihnen eine bessere Vermummung anzubieten, wenn sie eine Barrikade verteidigen oder bei REWE noch schnell was holen. Und es kann auch heißen, die tausenden von Menschen am unverantwortlichen Fotografieren zu hindern, insbesondere wenn viele Personen deutlich erkennbar und identifizierbar sind. Die mindestens 10.000 an die Polizei gesandten Foto-und Filmdateien offenbaren ihren denunziatorischen Charakter. Hierin wird auch deutlich, dass nicht alle in der Schanze, weder die Bewohner*innen noch die Ladeninhaber*innen, notwendigerweise auf unserer Seite sind – eine Verklärung oder Verherrlichung des Viertels hilft hier überhaupt nicht weiter. Zudem gab es gerade unter den sich beteiligenden Kids viele, deren Viertel eben nicht die gentrifizierte Schanze ist und die ihre ganz eigene Wut über die Verhältnisse mitgebracht haben. Und nicht zu vergessen: es war der Hamburger Senat, der den Ort gewählt hat und angrenzend an die Schanze sein weltpolitisches Mega-Event veranstalten wollte.

Andererseits stimmen wir sowohl der Roten Flora als auch dem Welcome to Hell Bündnis insofern zu, dass eine selbstkritische Aufarbeitung der Ereignisse notwendig ist und dass es wichtig ist, die Menschen in der Nachbarschaft in ihren Ängsten, ihrem Unverständnis und Fragen ernst zu nehmen. So schrieb das Welcome to Hell Bündnis auf ihrer Webseite vom 8.7.: „G20 das war's"

„Mit Blick auf die Dynamik, die sich gestern Abend im Schanzenviertel entwickelte, sind wir noch nicht zu einer gemeinsamen abschließenden Einschätzung gekommen. Ein paar Punkte wollen wir dennoch bereits jetzt anmerken: Es lässt uns – bei allen Unterschieden in Nuancen der Wahrnehmung und Bewertung – natürlich nicht unberührt, wenn am gestrigen Abend in der Schanze eine Dynamik entstand, die von dort anwesenden oder wohnenden Menschen als Bedrohung wahrgenommen wurde und offenbar auch bedrohliche Situationen produziert hat. Der Gipfel ist nun vorbei und es ist Zeit genug, eine genaue Rekonstruktion und Auswertung aller Einzelaktionen auch des Freitagabends vorzunehmen und das auch über unsere Szene hinaus zu diskutieren. Klar ist, dass wir diese Diskussion nicht im Rahmen aufgeheizter medialer Berichterstattung führen wollen und werden, und uns auch nicht in Debatten darüber verstricken wollen, wie „das Viertel" die ganzen Ereignisse bewertet. „Das" Viertel gab es noch nie. Und so haben wir auch gestern und heute Stimmen gehört, die genervt oder wütend waren, oder alles und uns einfach nur Scheiße fanden. Aber ebenso wurde auch reichlich Sympathie und Solidarität zum Ausdruck gebracht."

Distanzierung, Widerstand und wer definiert eigentlich, was Gewalt ist ?

Nachdem es nach den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm vor allem die Interventionistische Linke (IL), Attac und auch ein Sprecher der ALB gewesen waren, die sich von militantem Vorgehen der Demonstrierenden distanziert hatten, waren es diesmal zuerst Personen, die uns nahe stehen, die sich distanzierten. Das hat uns überrascht, weil es sich hierbei um Leute handelt, die auf eine lange Erfahrung mit Medien zurückblicken können und deren Statements wir häufig gut fanden. Die Distanzierungen finden wir politisch fatal.

Nachdem er Distanzierungen am Freitag tagsüber noch vermieden hatte, äußerte sich Andreas Blechschmidt (Sprecher der Flora), der zu dem Zeitpunkt gehörig unter Druck stand, wie folgt:

in der taz vom 8.7. sagt er in einem Telefoninterview:

„Es gehe nicht mehr um politische Inhalte, sondern nur um das Event. Die Schanze auseinander zu nehmen sei falsch... und das Nulltoleranzkonzept der Polizei... sei keine Rechtfertigung, wahllos Geschäfte anzugehen."

Anstatt sich differenziert zu äußern, wie das später die Rote Flora in ihrem Statement vom 12.7. („Wir sind radikal, aber nicht doof") getan hat, wird mit dieser pauschalen Aussage alles, was am Abend passiert ist, entpolitisiert und abgewertet. War denn das Verteidigen der Barrikaden gegen eine anrennende Polizeihorde, die in den Tagen zuvor etliche Demonstrierende und Journalist*innen in unzähligen Gelegenheiten angegriffen und verletzt hatten, unpolitisch? Oder ist gemeinschaftliches Plündern, also die bewusste Aneignung und Umverteilung von Waren etwa aus einem REWE, einem der größten Lebensmittelkonzerne Deutschlands, unpolitisch? Und was heißt wahllos Geschäfte anzugehen? Da gibt es viele andere Beobachtungen, die sagen, dass viele Läden verschont blieben.

Für uns sind das sehr wohl politische Akte und eine Form der Selbstermächtigung in einer von kapitalistischer Verwertung durchdrungenen Gesellschaft und diese Aussagen Blechschmidts sind entsolidarisierend.

Andreas Beuth (Rechtsanwalt und Demoanmelder der Welcome-to-Hell-Demo) geht noch weiter.

Auf Nachfragen des Journalisten des Hamburger Abendblattes an ihn als „Mitorganisator der Demonstration „Welcome to hell":

„Wir repräsentieren die gemäßigten Autonomen in Europa und haben diese Menschen nicht eingeladen. Die Gruppen, die wir kontaktiert haben, sind keineswegs mit dem Vorsatz gekommen, hier zu Brandschatzen und schwere Gewalt zu verüben. Das lehnen wir generell ab."

Laut MoPo hat er die Ereignisse des Freitagabends Militanten zugeschrieben, die erst am Freitag angereist seien:

„Ich habe selbst Italienisch, Spanisch, Französisch gehört. Die haben wir aber nicht eingeladen, die haben auch vorher nicht mit uns gesprochen.“ (MoPo)

Deutlicher kann man sich kaum distanzieren und vor allem: entsolidarisieren! Dann aber auch noch die internationalen Genossen und Genossinnen zu diffamieren und als Gruppen zu denunzieren, schießt nun wirklich den Vogel ab. Damit spielt er der Strategie der Bullen in die Hände, die Aktionen besonders internationalen Leuten zuzuschreiben. Und was sollen die Nicht-Deutschen G20-Gefangenen in Hamburg nun denken von solchen Aussagen des Demoanmelders der Welcome to Hell-Demo, zu der sie ausdrücklich eingeladen waren?

Unsere Solidarität gilt selbstverständlich allen G20-Gefangenen und wir begreifen die internationale Vernetzung sowie gemeinsame internationale Kämpfe als elementar in der Entwicklung eines Internationalismus, der das politische Handeln aus dem nationalen Rahmen löst.

Und dann stellt er sich auch noch als „Sprecher der Autonomen“ vor (NDR). Wir sagen eindeutig: Andreas Beuth ist nicht unser Sprecher und wir haben diese Leute eingeladen!

Aber sicher war es auch eine Schwäche autonomer Strukturen, die auf Presseanfragen nicht kollektiv in der Schnelle und unter Druck reagieren konnten.

Politische Konsequenz dieser Distanzierung war jedenfalls, dass auch für andere Akteur*innen der Druck stieg, sich zu distanzieren.

Bezüglich der Freitag Nacht empfehlen wir allen, wieder auf den Teppich zu kommen und verbal abzurüsten. Es gab keinen Bürgerkrieg, kein verwüstetes Viertel, die meisten Geschäfte machten Montag bereits wieder auf, der Verkehr rollt wieder, und den betroffenen Läden und Autobesitzer*innen wurden unbürokratisch und schnell Entschädigungszahlungen des Hamburger Senats und der Bundesregierung (40 Millionen Euro) versprochen. Dass die Entschädigungen jetzt so schnell fließen, während beispielsweise die Angehörigen der NSU-Opfer erst monate- und jahrelang als Verdächtige terrorisiert wurden, um am Ende entwürdigende Zahlungen von ein paar Tausend Euro pro Person zu erhalten (insgesamt eine knappe Million Euro für alle 33 Opferfamilien), wirft ein deutliches Licht auf die Politik in diesem Land, in der das Privateigentum in Form von Autos und Geschäften, als Fundament unseres Systems, schützenswerter behandelt wird als Menschenleben. Das ist das Gesicht von Deutschland, das sich jetzt so ungemein empört und von „Mordbrennern“ (Martin Schulz, SPD-Kanzlerkandidat) spricht .

Unser Widerstand, unser Protest – auch wenn er sich in Zerstörung und Angriffen auf die Staatsgewalt äußert – ist eine legitime Reaktion auf die bereits existierende Gewalt unserer Herrschafts- und Machtverhältnisse, in denen wir global leben.

Wenn der Wohlstand einiger Weniger auf der Ausbeutung des Restes der Menschheit basiert entlang post-kolonialer und rassistischer, patriarchaler Politik - dann ist das Gewalt. Der Kapitalismus, der die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht, der zu unglaublicher ökonomischer Ungleichheit und Ungerechtigkeit führt, ist Gewalt. Wenn die ärmere Hälfte der Bevölkerung so viel besitzt wie die 85 reichsten Menschen dieses Planeten oder wenn sieben von zehn Menschen in Ländern leben, in denen die Kluft zwischen arm und reich sich in den vergangenen 30 Jahren vergrößerte, oder wenn 800 Millionen Menschen auf dieser Welt nicht genug zu essen haben, dann ist das Gewalt. Wenn 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind oder tausende jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil die Festung Europa die Geflüchteten auf Abschottung setzt, dann ist das Gewalt. Wenn Oury Jalloh, gefesselt in Einzelhaft in der Dessauer Polizeiwache, verbrennt und keiner die Verantwortung übernimmt oder wenn die deutsche Polizei und Geheimdienste offensichtlich mit Neonazi-Strukturen und den NSU-Morden verstrickt sind – dann ist das Gewalt. Wenn Deutschland Krieg in Afghanistan führt oder nach Deutschland Geflüchtete Menschen dorthin wieder abschiebt, dann ist das Gewalt. Wenn Russland die Vergewaltigung in der Ehe als straffrei erklärt und in vielen anderen Ländern Frauen unter patriarchalen Gesetzen leiden, dann ist das Gewalt. Wenn Deutschland und andere Staaten Waffen produzieren und sie gewinnbringend verkaufen, damit in anderen Regionen der Erde diese Waffen in Kriegen eingesetzt werden, dann aber die Menschen, die vor genau diesen Kriegen flüchten, abweist, dann ist das Gewalt. Wenn neoliberale Arbeitsmarktgesetze in Frankreich massiv Arbeiter*innenrechte beschneiden oder wenn Arbeiter*innen unter sklavenähnlichen Bedingungen in den Foxconn-Fabriken Chinas für Apple‘s I-Phone schuften – dann ist das Gewalt. Und wenn dieser Planet tagtäglich noch mehr den Bach runtergeht, die Umweltzerstörung zunimmt, das Klima sich erwärmt, die letzten Winkel unberührter Natur vernichtet und ausgebeutet werden für die Profitinteressen – dann ist das Gewalt. Die Gewalt war schon da, bevor wir kamen und sie hat vielerlei Gestalt.

Doch zurück nach Hamburg 2017: Einen interessanten Gedanken entwickelte der Journalist Jakob Augstein in seinem Artikel für „den Freitag“, als er die angezündeten Autos, der Deutschen Heiligtum, in den globalen Zusammenhang eines weltumspannenden wirtschaftlichen Systems stellte.

„Vorstellbar wäre noch der Hinweis, dass die Besitzer dieser Autos, die sich unschuldig und unbeteiligt wähnen, plötzlich daran erinnert werden, dass sie beides eben nicht sind – unschuldig und unbeteiligt. Denn das Auto, das eine Familie in Hamburg-Ottensen gekauft und bezahlt hat und das da am Wochenende angezündet wurde, ist selber kein wertneutraler Gegenstand, sondern

ein politisches Objekt. Es besteht aus Rohstoffen, die unter den Terms of Trade einer von den G20 beherrschten Welt gefördert und gehandelt wurden: Kupfer aus Chile, Bauxit aus Guinea oder Seltene Erden aus China – geschürft, transportiert, verarbeitet unter Bedingungen, die man mit gutem Gewissen weder den Menschen noch dem Planeten zumuten kann. Aber die Familie aus Ottensen hat kein schlechtes Gewissen. Wir alle haben kein schlechtes Gewissen. Wir erkennen die Gewalt nicht, die wir selber ausüben. Nur die, die wir selber erfahren."

Der G20-Gipfel ist Ausdruck dieser Gewalt, deshalb waren wir in Hamburg – mit all unseren unterschiedlichen Mitteln. Wenn den Mächtigen dieser Welt, die „demokratische Prinzipien" oder Menschenrechte, um mal im bürgerlichen Duktus zu bleiben, mit Füßen treten und an deren Hände Blut klebt, während gleichzeitig Protestierenden nicht einmal ein paar Meter grüne Wiese zugebilligt wird von Seiten der Polizei und des Hamburger sozialdemokratischen-grünen Senats, dann ist das Gewalt. Und wenn wir diese Verhältnisse kippen wollen, dann werden Appelle nicht ausreichen – radikale gesellschaftliche und politische Veränderungen werden nicht ohne Gewalt vonstatten gehen.

Nur ein paar Tage nach dem G-20-Gipfel hat die Bundesregierung weitere millionenschwere Rüstungsdeals mit dem Königreich Saudi-Arabien, die Krieg in Jemen führen, und dem Militärregime in Ägypten genehmigt. Vier Patrouillenboote von der Lürssen-Werft, 110 militärische Lastkraftwagen von Rheinmetall und für 8,9 Millionen Euro militärische Ausrüstung und Werkzeug der Firma Fritz Werner nach Saudi- Arabien, dem Land der absoluten Monarchie, wo Gewerkschaften, Oppositionsparteien und Streiks verboten sind, wo Meinungs- und Religionsfreiheit nicht existieren und wo Auspeitschungen, Stockhiebe und Amputation von Körperteilen zur Rechtsprechung gehören, wo Frauen formal nicht die gleichen Rechte besitzen, nicht Auto fahren dürfen, oder philippinische Hausarbeiter*innen unter faktischer Sklaverei ihr Dasein fristen und Homosexualität unter Strafe steht und mit Peitschenhieben, Gefängnis oder der Todesstrafe geahndet werden. Doch Profite sind nun einmal wichtiger und deswegen steht Deutschland auf der Liste der Rüstungsexporteure der Welt auch ganz weit oben.

Und dann sehen wir auch noch die ungehemmte Gewalt der Polizei, die im Schutze von Recht und Gesetz sowie dem Segen des Einsatzleiters Dudde, des Hamburger Senats und der Bundesregierung wahllos auf Demonstrierende, Journalist*innen, umherstehende Passanten und Schaulustige einprügelt, ohne Skrupel, ohne Hemmungen auch unter den Augen zahlreicher Kameras.

Ein twitter-user nannte die Polizei „Schwarzvermummte Dauergewaltintensivtäter aus Hochrisiko-Milieu", dazu stellte er eine 17-Sekunden-Video-Sequenz ins Netz, auf der die vermummten Polizisten auf einen Demonstranten eintreten, mit Füßen, mit Fäusten und mit Schlagstöcken, um ihn dann am Ende laufen zu lassen. Sie wollten ihn nicht festnehmen, es ging darum, ihn körperlich zu züchtigen, zu verprügeln. Bei der widerrechtlichen Räumung des Camps in Entenwerder hatte die Polizei bereits eine Person schwer verletzt.

Und als Polizist*innen (Berliner und Hamburger Einheiten) am Donnerstag die Welcome-to-Hell-Demo mit Pfefferspray, Gas, Wasserwerfern, Schlagstöcken, Fäusten und Tritten angriffen, verletzen sie Hunderte Menschen, darunter einige schwer. Es gab Arm- und Oberschenkelbrüche, Nasenbrüche, Platzwunden und Verätzungen durch Pfefferspray, mindestens ein Demonstrant musste reanimiert werden.

An der Flutschutzmauer, an die viele von der Polizei gedrängt worden waren, kam es zu dramatischen Szenen und einige kletterten die Mauer hoch und sprangen in Panik auf der anderen Seite vier Meter runter in die Tiefe. Auch hier gab es viele Verletzte. Eine schwerverletzte Person wurde ins künstliche Koma versetzt.

Am Freitag jagte die Polizei (eine Berliner Einheit) eine Gruppe von Demonstrierenden, die vom Camp am Volkspark in Altona gekommen waren. In Rondenbarg (Bahrenfeld) waren sie auf einem Wagenplatz umstellt, sprangen dann in Panik, als die Polizei anstürmte, auf eine Mauer der Firma Transthermos, wo sich auch ein Zaun befand. Einer der Beteiligten schildert, was dann geschah in der MoPo vom 13. Juli 2017:

„Die Polizisten haben gegen den Zaun getreten und gedrückt, bis er einstürzte." Und obwohl zwei Meter tiefer Leute mit offenen Brüchen lagen, hätten die Beamten dann weitere Personen die Mauer runtergestoßen. „Sie schrien: „Antifa-Schweine. Das ist euer Frühstück". Zudem sei bei der Festnahme weiterer Personen auf am Boden Liegende eingetreten worden. Dabei erlitt ein Mann einen Schlüsselbeinbruch. Der Interviewte erlitt eine Sprunggelenkverletzung. Einige Verletzte liegen noch im Krankenhaus."

Von den dort 14 verletzten Personen wurden elf schwer verletzt, zum Teil mit mit offenen Brüchen – alle wurden festgenommen.

Sanitäter*innen, die sich um Verletzte kümmerten, wurden mit gezogenen Waffen an die Wand gestellt, mindestens zweimal hat die Polizei geschossen, das SEK aus Sachsen und die österreichische Spezialeinheit Cobra aus Wien hatten ausdrücklich freigegebenen Schießbefehl. Es war die Polizei, die Tote billigend in Kauf nahm.

Die Polizeigewalt erfolgte systematisch und geplant, die Maßgabe war nicht, Gefangene zu machen, das grüne Licht stand auf verprügeln. Die Beispiele von Polizeigewalt sind so zahlreich, dass es nicht überrascht, dass diese zahlreich auf Fotos und in Videos dokumentiert ist. Das ganze Netz ist voll davon (u.a. g20-doku.org oder Lower Class Magazin).

Angesichts dieser massiven Gewalt erscheint die Zahl von 56 eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen Polizeibe-

amt*innen eher wie ein schlechter Witz. Und wenn sich dann noch so ein Typ wie Olaf Scholz (SPD), immerhin Bürgermeister von Hamburg, hinstellt und behauptet, es hätte keine Polizeigewalt gegeben, dann zeigt das die unglaubliche Ignoranz und vor allem Arroganz der Macht. Ob er damit durchkommt, wird sich zeigen.

Wir erinnern uns an seinen Parteikollegen Heinrich Albertz, der in der Nacht vom 2. auf den 3. Juni 1967, nachdem Benno Ohnesorg erschossen worden war, verkündete: „… Einige dutzend Demonstranten haben sich das traurige Verdienst erworben, nicht nur einen Gast der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Hauptstadt beschimpft und beleidigt zu haben, sondern auf ihr Konto gehen auch ein Toter und zahlreiche Verletzte – Polizeibeamte und Demonstranten. Die Polizei, durch Rowdies provoziert, war gezwungen, scharf vorzugehen und von ihren Schlagstöcken Gebrauch zu machen. Ich sage ausdrücklich und mit Nachdruck, dass ich das Verhalten der Polizei billige und dass ich mich durch eigenen Augenschein davon überzeugt habe, dass sich die Polizei bis an die Grenzen des Zumutbaren zurückgehalten hat.“

Glücklicherweise hat es diesmal keinen Toten gegeben

Unterstützt wurde die Strategie der Gewalt durch bewusste Falschmeldungen der Polizei, die oft unhinterfragt von Medien übernommen werden. So bleiben von 720 verletzten Beamt*innen am Ende nur noch 217 über, von denen viele von selbstversprühtem Gas oder Pfefferspray ausgeknockt wurden, oder andere sich dehydriert krank meldeten. Am Ende blieben dann 17-20 für den nächsten Tag dienstuntaugliche Beamte übrig, zwei waren schwerer verletzt und alle sind inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen worden. Wir sagen nicht, dass es keine verletzten Beamt*innen gegeben hat, doch die manipulierten Zahlen sind der offensichtliche Versuch, die Öffentlichkeit zu täuschen. Ein anderes Beispiel istein „vom Dach geworfener Molotovcocktail“, der als Böller entlarvt wird. Gerade in Zeiten des Internets bleiben diese Falschmeldungen unhinterfragt und werden auch später nicht aufgeklärt.

Unsere Antwort auf ihre Gewalt

Wir nehmen all diese existierende geballte Gewalt und grenzenlose Macht nicht hin. Wir werden auch weiterhin nicht schweigen oder in Gleichgültigkeit verharren. Wir werden nicht die Augen verschließen. Wir werden weiterhin Widerstand gegen diese menschenverachtende Politik der G20 leisten, wir werden uns weiterhin international vernetzen und zusammenschließen und wir werden zum nächsten Gipfel der „Herrschenden“, von denen wir nichts zu erwarten haben, mobilisieren.Das Gewaltmonopol des Staates, der Staatsmacht werden wir nicht anerkennen – niemals. Wer Kriegstreiber, Despoten, Diktatoren hofiert, die Hamburger Bevölkerung wochenlang drangsaliert, das Demonstrationsrecht außer Kraft setzt und Demonstrationsverbotszonen schafft, darf sich über den heftigen Protest nicht wundern und muss sogar damit rechnen. Perfide, wenn Proteste in der Türkei oder Steine werfende Demonstrant*innen in Venezuela als



„Ich kann nicht die ganze Stadt mit Polizeikräften zustellen.“
(Einsatzleiter Dudde)

legitim angesehen werden, aber ähnliche Proteste hier in Deutschland als unpolitischer Krawall diffamiert werden.

Wir werden weiter unsere Stimme erheben gegen Ungerechtigkeit und wir werden uns organisieren. Alles verändert sich, wenn du es veränderst. Wir sind nicht allein.Die Rauchzeichen, die in jüngster Vergangenheit in Europa sichtbar wurden (2015 Eröffnung der EZB in Frankfurt, EXPO-Eröffnung in Mailand, 2016 loi de travail in Frankreich, zeigen auf, wie metropolitane Kämpfe bei Großereignissen heutzutage perspektivisch aussehen können: Bei internationaler Mobilisierung werden erneut Teile der martialisch besetzten Großstadt brennen. Dies allein wird aber nicht garantieren, dass sich wieder Teile der Deklassierten unseren Kämpfen anschließen werden, wie es in Hamburg geschehen ist, ein für die BRD seltenes Ereignis. Nicht selbstverständlich war auch die Bereitschaft von Teilen des bereits gentrifizierten Schanzenviertels, sich nicht einfach vor der penetranten Bullenmacht zurück zu ziehen.Wenn, wie in Hamburg, verschiedene Komponenten aufeinander treffen – internationale und massive Beteiligung, klassenübergreifend und weit über die Szene hinausgehend und in einem großteils solidarischen Umfeld, dann kann die Situation unkontrollierbar werden.

Diese Bedingungen sind überhaupt Voraussetzung für weitergehende Überlegungen: Inwieweit werden wir als organisierte Strukturen in Zukunft in der Lage sein, in ähnlichen Momenten eigene Impulse zu setzen? Hätten wir in Hamburg mit 200 Leuten etwa einen relevanten Teil weiterer Menschen motivieren können, mit uns in Richtung Rote Zone oder zur Bullenwache in der Stresemannstraße zu gehen?

Voraussetzung bei derart taktischen Überlegungen ist, dass überhaupt Menschen bereit sind, in der Situation Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir uns zukünftig an solchen Kämpfen beteiligen wollen, sollten v. a. organisierte Strukturen in derartigen Situationen Handlungsvorschläge vorbereitet haben.

„... die Feuer von Hamburg werden in der ganzen Welt verstanden. In den Favelas von Brasilien, genauso wie in den townships von Johannesburg, in den Bergen Kurdistans ebenso wie in den Suppenküchen der Millionenstädte. Alle Menschen die unter diesem mörderischen imperialistischen System zu leiden haben und ihm feindlich gegenüberstehen, erkennen in diesen Feuern, dass es auch in den Metropolen ernst gemeinten Widerstand gibt. Und dieses Zeichen hat Hamburg hinaus gesandt in die Welt. Da können die herrschende Klasse und ihre Lohnschreiberlinge toben wie sie wollen.“ (linksunten.indymedia, Beitrag vom 16.7. „Nur eine Hölle auf dieser Welt“)

Repression und Hetze

Die anschließende mediale Hetze, die Repression und die unglaublichen Kommentare von Politiker*innen sind der Versuch legitimen Widerstand zu kriminalisieren und zu diffamieren. Wenn jetzt Politiker wie der Innenminister De Maizière (CDU) oder der Kanzleramtschef Altmaier (CDU) die Protestierende gegen den G20-Gipfel mit Neonazis oder islamistischen Terroristen vergleichen („Sie sind verachtenswerte gewalttätige Extremisten, genauso wie Neonazis das sind und islamistische Terroristen“, De Maiziére,10.7.2017) und („Linksextremer Terror in Hamburg war widerwärtig und so schlimm wie Terror von Rechtsextremen und Islamisten. Danke Polizei“, Altmaier, 8.7.), dann ist das nicht nur einfach falsch, was jede/r weiß, denn Neonazis und Rassisten haben sich beispielsweise für mindestens 178 Morde seit 1990 in Deutschland zu verantworten (Antonio Amadeu Stiftung). Es stellt nicht nur eine gefährliche, hetzerische Propaganda gegen linken Protest zur Schau, es verhöhnt darüber hinaus die wirklichen Opfer und Angehörige der Opfer tatsächlicher terroristischer Anschläge, ob nun in Paris, Nizza, Berlin (Breitscheidplatz) oder Köln (Nagelbombenattentat).

Und die gewählte Landtags-Abgeordnete Cristel Weißig (AFD) aus Mecklenburg Vorpommern fordert gar, denjenigen, die sich bei REWE eine Chips Tüte zur Verköstigung nahmen ohne zu bezahlen, doch bitte gleich zu erschießen. Sie sagte: “Plünderer werden sofort erschossen, warum gilt es bei uns nicht ?“ (8.7.2017). Cristel Weißig hatte im Herbst 2016 als Alterspräsidentin die neue Legislaturperiode eröffnet. Solche Leute sitzen in den Parlamenten Deutschlands.

Ein Leserbriefschreiber der MoPo, R.Petersen, meint: „Warum hat die Polizei nicht geschossen? Gummigeschosse oder scharf, es wäre sicher keiner böse gewesen.“ (10.7.)

Erschreckend sind nicht nur das Klima und die Kommentare in diesem Land, sondern auch, dass die Zeitung scheinbar keinerlei Problem damit hat, so etwas auch abzudrucken, was die Stimmung nur noch anheizt.

Und jetzt fordern die einen elektronische Fußfesseln für etwaige potentielle Teilnehmer*innen von Gipfel-Protesten oder die Demonstrant*innen gleich mit künstlicher DNA zu beschießen, um sie später identifizieren zu können. Justizminister Heiko Maas (SPD) möchte am liebsten ein Konzert „Rock gegen links“ organisieren. Hat ihm das Neonazi Konzert in Themar in Thüringen mit 6000 Nazis und massenhaft gezeigtem und toleriertem Hitlergruß noch nicht gereicht? Im Übrigen hat dort die Polizei gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung mal so eben noch zusätzlich Privatgelände beschlagnahmt, damit die Neonazi ungehindert feiern konnten.

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht“ (HeinrichHeine)

Lasst uns gemeinsam der Hetze und Repression entgegentreten.

Insgesamt sitzen noch 27 Gefangene im Knast (Stand 1.9.), Davon wurde einer zu 31 Monaten Knast verurteilt.

Über zwei Jahre Knast für zwei Flaschenwürfe zeigt wo die Reise hingeht. Mit weiteren Verfahren ist zu rechnen. Ein weiterer Höhepunkt ist die Schließung von linksunten. indymedia.org den wir direkt mit den Ereignissen in Hamburg in Verbindung setzen.

- Freiheit für alle G20-Gefangenen.
- Rote Flora und alle anderen Politischen Zentren bleiben.
- Wir kommen wieder - zum nächsten Gipfel - besser organisiert
- Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft

Autonome aus dem Irgendwo, September 2017

ps: Der Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras, der Benno Ohnesorg 1967 erschossen hatte, wurde in zwei Gerichtsverfahren freigesprochen. Er wurde später zum Kriminaloberkommissar befördert und bezog ab 1987 eine Beamtenpension, bevor er 2014 verstarb.

G20: Mehr als Riots

Unsere Bezugsgruppe war ehrlich überrascht von den Ereignissen in Hamburg. Wir rechneten mit dem übliche Protestritualen in verschärfter Umgebung. Dass es gelingen würde, den Gipfel massiv zu stören, dass es gelingen würde, inmitten einer Armee von hochgerüsteter und internationaler Bullerei eine Oase der Freiheit zu schaffen, damit haben wir nicht im Geringsten gerechnet. Und dennoch will sich das Gefühl von Erfolg nicht wirklich einstellen. Plötzlich startete ein Bekenntnis- und Distanzierungswettbewerb, bei dem wir nicht gewinnen können. Wir wollen unsere nicht einfachen Gedanken und Gefühle mit euch teilen, damit wir das nächste Mal besser gewappnet sind.

Die Riots waren notwendig

Der Gipfel war ein Angriff, von Anfang an. Während sich die Mächtigen wieder in die Stadt trauen, schöne Gespräche führen und schöne Bilder machen, sollten wir ausgeschlossen bleiben. Es passt zu der Ausbeutung, die dort beschlossen wurde. Die Betroffenen haben kein Stimmrecht. Die Betroffenen, die Widerständigen sollen unsichtbar sein. Das funktioniert nur mit einem massiven Angriff auf unsere Freiheiten. Wir erfüllten ihnen den Wunsch auf eine Art und Weise, die sie nicht vergessen werden. Wir waren unsichtbar, um überall gleichzeitig zu sein.

Die Polizeitaktik in Hamburg war völlig klar: Sie war auf Krawall ausgelegt. Die Übermacht der Polizei sollte uns wenigen Militanten zeigen, wer hier das Sagen hat. Wir wurden vor die Wahl gestellt, ruhig zu sein oder zerquetscht zu werden. Es sollte anders kommen. Die Polizei hatte ihre eigenen Fähigkeiten überschätzt. Gerade, als wir anfingen, brachen sie unter den Strapazen der letzten Tage zusammen. Es ist schön zu, dass die scheinbar so übermächtige Polizei gar nicht so übermächtig ist, dass sie nicht mit dezentralen Aktionen umgehen kann, dass sie nicht mit tagelangen Unruhen umgehen kann. Der G20-Gipfel hat ein Ablaufdatum. Die soziale Revolte nicht.

Die Riots waren erfolgreich

Es wurde ja oft behauptet, dass unser Krawall die Anliegen der friedlichen AktivistInnen überschattet hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen den Einsatzleiter vor der Großdemo am Samstag zu Wort kommen lassen: „Unsere Hürde zum Eingreifen ist relativ hoch. Aufgrund der Ereignisse der letzten Nacht wollen wir keine Eskalation.“

Das heißt konkret: Weil wir am Tag zuvor stressten, wurde die Demo nicht angegriffen. Auch eine Nummer grösser stimmt die Rechnung: Wir sorgten dafür, dass der nächste Gipfel wieder in der Pampa stattfinden wird. Der nächste Angriff auf unsere Freiheiten wird folglich nicht so wild ausfallen wie in Hamburg. Auf jeden fall zeigten wir: Mit unserem Widerstand ist aber so und so zu rechnen.

Es gab nicht „den“ Riot

Wir müssen auf eine kleine Selbstverständlichkeit hinweisen. Es gab nicht den Riot, es gab die Riots. Die Dynamik am Donnerstag, als die Bullerei eine Massenpanik auslöste, war eine völlig andere als am Freitag, als eine Gruppe eine Bullenwache angriff. Am Freitagabend in der Schanze waren wieder ganz andere Leute am Start. Wir wollen auch festhalten, dass es für uns viele Arten der Militanz gibt: Sich nicht einschüchtern lassen, anderen Mut machen, trotz Verbot Zelte aufzubauen, die blaue Zone zu betreten sind genauso Formen des militanten Ungehorsam wie Steine Werfen oder Barrikaden Anzünden. Auch für eine Spaltung in friedlich-vernünftige DemonstrantInnen und unpolitische Gewalthools sind wir nicht zu haben.

Die Riots waren halb so schlimm

Es gibt nichts zu beschönigen. Es waren die heftigsten Riots seit Jahrzehnten. Es gab eine Dynamik, bei der nicht nur AnwohnerInnen Angst bekamen. Sie erreichten eine solche Intensität, dass so manche gestandenen Autonomen Reißaus nahm. Vor allem die Feuer stellten eine konkrete Gefahr dar. Ein Feuer in einem Ladenlokal in einem Wohnhaus ist eine potentielle Todesfalle. So was geht

gar nicht. Es gab Mackertum, es gab übertriebene Angriffe auf Leute, die gefilmt oder Fotos gemacht haben

Und dennoch: Es gab vor allem Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen Menschen blieb die Ausnahme. Die Mollis, die Sprengfallen, die meisten Steine auf den Dächern, die (meisten) Zwillen - es war die Phantasie der Bullen, die mit der Realität nichts zu tun hatte. Im Vergleich zur Polizei, die durch Schusswaffengebrauch (zweimal von Zivis und mehrfach vom SEK), Auslösen einer Massenpanik, WaWe – Beschuss von Leuten, die auf Häuser saßen, etc. Menschenleben bewusst gefährdeten, war unsere Gewalt ein Pipifatz. Eine Nummer größer, im Vergleich zur Gewalt des Staates, der EU, derG20 Länder durch die Menschen in Kriegsgebiete abgeschoben werden, Menschen im Mittelmeer ertrinken, ist unsere Gewalt mehr als harmlos. Die Chefs, die sich in Hamburg trafen, führen Krieg in Kurdistan, in Afghanistan, in Jemen, in Syrien, etc. Das soll keine Rechtfertigung sein, der Maßstab unseres Handels kann nicht der Staat oder seine Handlanger sein. Es ist aber wichtig, die Relationen im Kopf zu haben: Wer distanziert sich vom Massensterben im Mittelmeer?

Diskussionen - Unter Uns

Es ist klar, dass die Ereignisse von Hamburg nicht spurlos an uns vorübergehen. Wir brauchen Diskussionen. Und ja, wir werden auch über Gewalt reden und streiten müssen. Und wir müssen tiefer gehen als „Wie kann Militanz zielgerichteter werden? Wie kann sie besser vermittelt werden?“ Um klar zu machen, was wir meinen, wollen wir unsere Gefühle in der Schanze beschreiben: Es fühlte sich irgendwie alles irreal an. Es war ein Rausch, inmitten der Polizeifestung einen Raum der Freiheit zu erschaffen.

Doch bald kamen auch Zweifel. Wie Mogli im Dschungelbuch starrten wir auf die Schlange Ka, auf die Plünderungen und die brennenden Barrikaden. Wir haben für ein paar Stunden ein Utopia geschaffen, und es war wieder bestimmt von Gewalt. In diese Stunden wurde unsere Vorstellung einer befreiten Gesellschaft real. Aber es hätte noch viel mehr Befreiung und viel weniger Gewalt sein können.

Wir waren begeistert, wie viele Menschen sich spontan dem schwarzbunten Treiben anschlossen. Aber auch hier stellten wir uns Fragen: Wieso können wir uns mit anderen Leuten so schwer verbinden? Ist alles, was uns verbinde, der Hass auf die Polizei? Das simple ACAB? Sind unsere Träume von einem freien Leben so schwer vermittelbar?

Unsere GenossInnen der „unsichtbaren Freunde“ schreiben vom Aufstand als einen Lernprozess. Sie meinten damit vor allem technischem taktische und propagandistische Aspekte. Wir wollen uns dem anschließen. Wir brauchen den Aufstand, wir brauchen die befreiten Zonen, um das freie Leben wieder lernen zu können. Unsere Slogans von der Befreiung bestehen vor allem aus Schlagwörtern. Mit Erfahrungen wie in Hamburg können wir diese Wörter mit Leben füllen.

Diskussionen - Unter Feinden

Doch wir wollen nicht nur untereinander diskutieren, wir haben auch eine Nachricht für euch, ihr Polizeiklatscher: Für uns wart ihr das schrecklichste in diesen Tagen, schlimmer noch als die Polizeigewalt. Ihr bejubelt den systematischen Machtmissbrauch auf allen Ebenen. Und ihr werdet immer mehr und immer lauter. Es gibt offensichtlich einen großen Teil der Bevölkerung, die bereit sind, ihre Freiheit gegen eine Illusion von Sicherheit zu tauschen. Doch, hey, wir haben eine Nachricht für euch: Die ganze Repression führt nicht zu mehr Sicherheit, ganz im Gegenteil. Auch das hat Hamburg gezeigt: Das Räumung des Camps führte zu vielen dezentralen und schwer kontrollierbaren Schlaf- und Versammlungsplätzen. Die halbe Stadt zu einer No-Go-Zone zu erklären führte dazu, dass die Zugänge zu dieser verbotenen Zone nicht kontrolliert werden konnten. Repression führt zu Wut, und auch wenn die lange hinuntergeschluckt werden kann, irgendwann wird sie ausbrechen, und eure Sicherheit wird immer nur eine Illusion bleiben. Ihr werdet die Freiheiten, die es jetzt noch gibt, die aber Stück für Stück ausgehebelt werden, nicht vermissen. Ihr macht es euch eh bequem im Polizeistaat. Wer braucht denn schon Demonstrationen oder kritische Nachrichten? Aber glaubt uns, über kurz oder lang wird euch der ganze Scheiß um die Ohren fliegen.



Diskussionen - Unter der Meute

Und wenn wir schon beim Thema Öffentlichkeit sind: Liebe Presse, was ist los mit euch? Wie viel stärker muss die Pressefreiheit noch eingeschränkt werden, dass ihr eure Hofberichterstattung aufgebt? Klar, es gibt einen kritischen Kommentar hier und da. Mensch hat ja einen Ruf zu verlieren. Aber wo bleiben die Berichte über den Schusswaffengebrauch (zweimal von Zivis, vom SEK) mehrmals. Wo bleibt eine kritische Einordnung, dass Anti-Terror-Einheiten gegen (am Freitag gegen Sachbeschädigung, am Samstag gegen friedliches Herumsitzen) Demonstrationen vorgehen? Wo bleibt das kritische Hinterfragen der Zwillen und Molotow-Geschichten?

Liebe Presse, irgendwo und irgendwie können wir das ja noch verstehen. Wir sind die, die Chaos gemacht habe, die, die euch die Bilder geliefert haben, die, die jetzt die Rolle des Superschurken spielen. Und bei Geschichten, die sich verkaufen sollen, kann es nun mal nur einen Bösewicht geben. Wir spielen ja oft mit dieser Inszenierung, und ihr spielt brav mit. Auch in Hamburg wart ihr von unseren Feuern mehr fasziniert als von dem faden Konzert in der Philharmonie.

Aber liebe Presse, was wir gar nicht verstehen: Wieso schweigt ihr, wenn es um euren eigenen Arsch geht? Wo bleiben eure Berichte, als euren KollegInnnen die Akkreditierung entzogen wurde? Als bekannt wurde, dass ihr beschattet wurdet/werden solltet? Wo war euer Aufschrei, als am Freitagabend die Pressefreiheit mit Ankündigung aufgehoben wurde? Am Donnerstag und am Freitag hat wohl jede Person, die es gewagt hat, in die Nähe der Messe zu kommen, Schläge, Pfefferspray und Wasserwerfer abbekommen. Ihr wart keine Ausnahme. Und trotzdem schweigt ihr? Warum? (Und das ist die richtige Stelle, um die Wichtigkeit eigener und autonomer Medien -Twitter und Facebook gehören da nicht dazu – zu betonen.)

Fragezeichen

Und dann kam der Samstagmorgen. Und damit das große Unverständnis. Bis zum Freitag gab es eine großartige Solidarität. Dank der ständigen Polizeiangriffe wuchsen die verschiedenen Protestszenen zusammen. Aus der Bevölkerung gab es großartige Unterstützung. Mit Samstag hat sich alles gedreht. Plötzlich gab es eine Lust, zu denunzieren. Die aufständischen Slogans an der HASPA wurden von den Gutmenschen weggeputzt (Solidarität mit den armen Banken!), die Polizei wurde demonstrativ unterstützt, die systematische Repression war mit einmal vergessen. Überhaupt gab es nur noch ein Pro-Polizei oder eine Pro-Black Block. Für Zwischentöne war weniger und weniger Platz. Den armen AutobesitzerInnen wurde von der Politik sofortige Entschädigung versprochen. Diese Distanzierungen gingen bis weit ins linke Lager hinein. Bei der Großdemo am Samstag wurde wieder und wieder betont, dass hier der kreative, der friedliche, der bessere Protest auf der Straße ist. Für uns bösen Steinwerfer und Autoanzünder war kein Platz mehr. Selbst die Linksjugend Hamburg ruft zur fröhlichen Autonomenjagd auf. Je nach politische Windrichtung waren wir als Linke für das ganze Übel der Welt verantwortlich (welcher Fortschritt, bislang war doch der Islam, die Flüchtlinge und Soros und die Ostküste die Wurzel des Bösen) oder wir waren unpolitische Krawallmacher, die den berechtigten Protest in den Verruf brachten.

Für unsere Sichtweise, dass die Riots notwendig und erfolgreich waren, blieb da kein Platz mehr. Plötzlich saßen wir in der Falle: Nehmen wir die Schikanen der Polizei passiv hin, so wird unsere Freiheit Schritt für Schritt eingeschränkt und ausgehebelt, im Gegenzug gibt es für diese Jesus-Posse aber viel Unterstützung und Solidarität. Setzen wir uns aber aktiv zur Wehr, werden wir zu einer Bedrohung hochgespielt, und liefern so eine Steilvorlage für neuere noch schärfere Gesetze. Für die Bevölkerung werden wir so der Gott-Sei-Bei-Uns, auf den sie alles Mögliche projizieren können.

Wir müssen hier nochmal die Wichtigkeit betonen, zu verstehen, was in dieser Nacht, was an diesem Morgen passierte. Denn es ist der Zeitgeist: Die Politik wird immer autoritärer, die Freiheit und die Gestaltungsräume des Einzelnen werden Stück für Stück eingeengt, bei einem großen Teil der Bevölkerung gibt es eine diffuse Angst, Gestalt bekommt sie durch die Schaffung von Feindbilder. Die Polizei wird dementsprechend aufgerüstet. Das Geschäft mit Waffen und privaten Sicherheitsdiensten blüht. Soziale Widersprüche werden durch Vertreibung unsichtbar gemacht. Und dort, wo sie dann doch auftauchen, werden sie als Bedrohung für die gesamte Ordnung und damit auch als persönliche Bedrohung gesehen. Und die wichtigste Frage: Wie können wir als Menschen, die für Freiheit und Würde kämpfen, gegensteuern? Welche Handlungsspielräume bleiben uns noch in dieser angsterfüllten Umgebung?

Doch der Reihe nach: Bislang gibt es noch wenige Erklärungen für den Meinungsumschwung. Wir wollen diese Fragmente hier zusammentragen. Die Riots am Freitag hatten eine Eigendynamik, die bedrohlich wirkte/wurde. Dass vor allem jene, die dadurch zu Schaden kamen, jetzt sauer sind, ist verständlich. Hier gibt es die Erklärung, dass viele Leute von der Gewalt fasziniert waren, an Livestreams hingen, und sich jetzt mittels Distanzierung und Denunziation davon freimachen wollen. Auch das organisierte Reinemachen am Tag danach passt in dieses psychologische Bild. Gentrifizierung in St.Pauli spielt eine wichtige Rolle. Die Mieten steigen, die Menschen werden vertrieben. Die Menschen, die in den teuren Wohnungen wohnen, können und wollen die Menschen, die vertrieben wurden, nicht verstehen. Wenn es zu sozialen Protesten kommt, können und wollen die Menschen in den teuren Wohnungen das nicht verstehen. Das sind bislang nur tastende Versuche, die Außenwirkung der Gipfelproteste zu verstehen. Das muss noch mehr und umfassender passieren, und wir hoffen, dass wir mit diesem Text einen Teil dazu leisten.

Womit wir bei der letzten Frage wären: Welche Handlungsoptionen haben wir? Wir bleiben dabei, die Riots waren wichtig und erfolgreich. Wir zeigten, dass die Staatsmacht nicht allmächtig ist. Wir haben gezeigt -wenn auch vor allem in der Negation, dass eine andere Welt möglich ist. Wir haben gezeigt, dass wir die Mächtigen zum Teufel jagen können, dass selbst der Schutz einer Armee von 20.000 Leuten uns nicht aufhalten kann. Gleichzeitig zeigte sich, dass die Riots kontraproduktiv sind. Sie haben tendenziell eine Eigendynamik: zielgerichtete Militanz und blinde Zerstörungswut liegen oft genug nur Millimeter voneinander getrennt. Tendenziell profitieren davon auch innerhalb der Szene die Härtesten, die Coolsten, die Gewalttätigsten. Die, die hier nicht mitkönnen - wegen unsicheren Status, wegen Angst, wegen Versorgungspflichten – bleiben außen vor und drohen, strukturell ausgeschlossen zu werden. Außerdem gibt es die Gefahr, dass Riots als Vorwand verwendet werden, neue, härtere Gesetze zu beschließen. Mensch kommt leicht in Geiselhaft von autoritärer Politik und machtgeiler Polizei.

Es braucht also deutlich mehr als Riots

Wir brauchen vor allem im täglichen Leben die rechtsfreien Räume, vor der sich die Polizei so fürchtet. Das kann nur durch unseren Umgang untereinander, durch die Solidarität funktionieren. Wir müssen Wege finden, die diffuse Angst in der Bevölkerung zu bekämpfen. Sie ist die Ursache für die autoritäre Hinwendung, der Schaffung von Feindbildern, der Ruf nach Todesstrafe bei Ladendiebstahl, etc. Wie funktionieren kann, wissen wir selbst nicht. Wir wissen aber, dass auch hier solidarische Netze, die in der Lage sind, Menschen in beschissenen Lagen aufzufangen, und dabei in die Öffentlichkeit hinzuwirken, eine wichtige Rolle spielen. Auch eine grundlegende Kritik des Kapitalismus, der notwendigerweise VerliererInnen sowie die Angst vor dem Verlieren hervorbringen muss. Wir freuen uns auf weitere tiefgehende Diskussionen nach dem Gipfel.

Fragend schreiten wir voran!
Glück & Gesundheit den von Polizeigewalt Betroffenen!
Freiheit für alle Gefangenen!
Wir sind nicht alle, es fehlen die Ertrunkenen!

respect existence



G20 - Tage der Revolte

Tausende Menschen trugen während des G20 Gipfels ihre Wut über die Bullengewalt und die Welt, die durch sie verteidigt wird, auf die Straßen Hamburgs.

Die Bullen machten schon in der Woche vor dem Gipfel klar, dass sie nicht zimperlich sein werden und unterstrichen ihre Linie mit dem direkten Angriff auf die Demonstration am Donnerstag Abend. Offenkundig wurden schwere Verletzungen oder gar Tote billigend in Kauf genommen, als der vordere Teil der Demonstration in einer engen Straßenschlucht unter Schlägen, Pfefferspray, Tränengas und Wasserwerfer-Einsatz auseinandergetrieben wurde - Panik entstand, es blieb für viele nur die Flucht über eine hohe Mauer. Viele wurden verletzt, aber es gab auch Szenen von beeindruckender Solidarität, als Menschen sich gegenseitig halfen, die Mauer zu erklimmen, die Bullen von oben stetig angegriffen wurden und sehr besonnene Reihen die Schläge der Bullen einsteckten, um den Rest der Demo zu schützen.

Der Knüppel im Gesicht, das Knie im Nacken, Pfeffer in den Augen sollen daran erinnern, wer in dieser Welt das Sagen hat.

In diesen Tagen trafen sich Vertreter der 20 reichsten Länder, um über den Fortbestand dieser Ordnung des Elends zu beraten. Abertausende Bullen sollten dieses Spektakel vor denjenigen schützen, die den arroganten Autoritäten anlässlich dieses Gipfels ihre Wut, ihren Hass, ihren Widerstand entgegenbringen wollten.

In der Nacht auf den Freitag nahmen sich bereits viele Menschen einen Teil der Würde, die uns diese beschissenen Verhältnisse Tag für Tag rauben zurück und griffen an etlichen Orten die Cops an, errichteten Barrikaden und verursachten mit Hämmern, Steinen und Flammen an vielen Stellen der Stadt Risse in der Fassade einer Gesellschaft, in der nur Platz für diejenigen ist, die funktionieren, konsumieren und sich anpassen.

Kaum waren die Barrikaden der Nacht gelöscht, gingen am frühen Morgen des Freitags die ersten Autos in Flammen auf. An verschiedenen Orten der Stadt machten sich Gruppen auf den Weg um zu zeigen, dass es an diesen Tagen um mehr gehen sollte als um den Angriff auf ein Treffen von Staatsoberhäuptern. Unter anderem Immobilienbüros, Luxusautos, die Jugendgerichtshilfe, Banken und die glitzernden Fassaden der Einkaufshöllen wurden Ziel von Angriffen und auch die ersten Cops mussten

unter Angriffen die Beine in die Hand nehmen. An vielen anderen Orten der Stadt blockierten andere Massenhaft mit Sitzblockaden und Demonstrationszügen, ohne dass sich die Mittel, für die sich Menschen entschieden, in die Quere kamen.

Am Freitag entlud sich die Wut mit einer disruptiven Wucht, die in diesem Kontext leider selten ist.

Die bürgerliche Friedhofsruhe zu stören und die Normalität zu unterbrechen, die Stadt der Reichen und des Konsums am Funktionieren zu hindern und keinen Zweifel daran zu lassen, dass der Bullenstaat uns nicht am Leben hindern kann, ist eine sehr bestärkende Erfahrung.

Freitag wurde sich ein Stück des Raumes, den die Autoritäten im Interesse ihrer Herrschaftsinszenierung den Menschen in dieser Stadt mit aller Gewalt abgetrotzt haben, für einige Stunden zurückerkämpft.

Mittels brennender Barrikaden und beständigen Angriffen auf die Bullen wurde ein Raum geschaffen, in dem Menschen sich für einige Stunden unabhängig von der Macht des Staates entscheiden konnten, was sie tun wollen.

Es wurde geplündert, Menschen nahmen sich, was sie brauchten oder wollten, andere wiederum zerstörten Symbole der jeden Sinn für ein wildes, freies Leben abtötenenden Welt des Konsums und machten sie zum Raub der Flammen.

Es zeigte sich eine beeindruckende Vielfalt von Menschen, die sich an diesem Tag die Straße teilten, plünderten, Barrikaden errichteten und die Cops angriffen - viele von ihnen vermutlich nicht Teil irgendeines Protestmilieus.

Wenn irgendein selbsternannter Sprecher von irgendwem sagt, dieser Krawall habe sich an sich selbst berauscht und er habe keine politische Ausrichtung, dann muss man ihm bei allem Ekel gegenüber seinem kriecherischen Opportunismus recht geben:

Dieses notwendigerweise gewaltvolle Abtrotzen eines Raumes, der nicht von den Bullen dominiert wird, welches einen grundsätzlichen Bruch mit dem bedeutet, was uns hier Tag für Tag auferlegt wird, hat nichts mit einer politischen Agenda oder dem Programm irgendeines Bündnisses zu tun, sondern mit der individuellen, völligen Wiederaneignung unserer Leben.

Wenn damit hier und dort ein gewisses Unbehagen, im Zweifel sogar Angst vor einer Situation, in der die gewohnte Ordnung in der Tat aus den Fugen gerät einhergeht, ist das nachvollziehbar und notwendiger Bestandteil eines grundsätzlichen Bruches mit dieser Realität.

Wir müssen uns ferner die Frage stellen, um wessen Angst vor wem oder was es hier geht. Wenn eine so satte und reiche Gesellschaft wie die dieser Stadt des Geldes und des Handels um ihr Eigentum bangt und das Fürchterliche an den Zerstörungen die Tatsache ist, dass dort Waren entwendet und Einkaufsmöglichkeiten verwüstet wurden, dann gehört diese Gesellschaft zerstört.

Unsere Domestizierung in dieser Welt der Autorität ist sehr umfangreich. Der vielbeschworene Bulle im Kopf ist hartnäckig.

Wenige können sich vorstellen, was es bedeutet die Autoritäten zu vertreiben, deswegen müssen wir Momente schaffen, in denen wir ihre Abwesenheit erleben.

Das Menschen auch in diesen Situationen Entscheidungen treffen, die im Nachhinein als nicht richtig oder verantwortungsvoll erscheinen, ist in diesen Momenten wie in allen anderen Lebenssituationen nicht besonders überraschend. Auch über diese Dinge muss geredet werden, wenn wir einer Vorstellung von Freiheit näher kommen wollen. Dennoch muss klar sein, dass es keine Objektivität gibt - schon gar nicht in der Revolte. Sie besteht in ihrem Kern aus der individuellen Verantwortung und Initiative all jener, die zu ihr beitragen wollen.

Es ist dieser Tage offenkundig sehr einfach, dem Diskurs der Autoritäten und Bewahrer_innen dieser Ordnung auf den Leim zu gehen. Diejenigen, die dieser Tage bereitwillig Leben aufs Spiel setzten, waren die Bullen - daran gibt es nichts zu rütteln.

Sich im Angesicht der Hetze und Propaganda die bestärkende und befreiende Erfahrung dieser Momente streitig machen zu lassen, wäre ein großer Fehler.

An diesem Wochenende hat der Widerstand den Rahmen des politisch opportunistisch durchorchestrierten Protests verlassen und es zeigt sich abermals, dass es in der Revolte immer wieder um die Frage geht, für welche Seite sich entschieden wird.

Für die Seite derer, die diese Gesellschaft, diese Ordnung, dieses System in Trümmern sehen wollen im Sinne eines Lebens in Freiheit und Würde, mit allen Fehlern und Triumphen, die die Revolte mit sich bringt.

Oder für die Seite derer die im Zweifel feststellen, dass sie ein kuschliges, kalkulierbares Protestmilieu im Rahmen der Sicherheit der totalitären Verhältnisse dem tatsächlichen Aufbruch in die Fröste der Freiheit vorziehen.

Anarchist_innen für die soziale Revolte
Hamburg, Sommer 2017

Die Revolte aus Hamburg zurück in die Kieze tragen

Der Konflikt zwischen Staatsmacht und jenen, die die Rigaer Straße mit Leben füllen und in ihr einen rebellischen Bezugspunkt sehen, hat sich in den letzten Wochen erneut verschärft.

Nordkiez: Gefahrengebiet reloaded

Der Konflikt zwischen Staatsmacht und jenen, die die Rigaer Straße mit Leben füllen und in ihr einen rebellischen Bezugspunkt sehen, hat sich in den letzten Wochen erneut verschärft. Der Belagerungszustand durch patroullierende Mannschaftswagen und ausspähende Zivis ist wieder eingesetzt. Vor allem nachts stehen an strategischen Punkten wie dem Dorfplatz, direkt vor den Haustüren der Projekte Rigaer 94, Liebig 34 sowie auf Höhe Fischladen / Rigaer 78 Bullen abgeparkt, die Menschen durch ständige Kontrollen und Platzverweise schikanieren. Geisels Schlägertruppen sind dabei auf Konfrontationskurs. Ohne Vorwarnung werden Menschen brutal verprügelt und festgenommen, Kinder angegriffen oder es wird mit Zivis auf Menschenjagd gegangen.

Das Gefahrengebiet wird heute gezielt individualisierter von staatlicher Seite umgesetzt, als es im Winter 2016 der Fall war. Damals erklärte Henkel noch alle Bewohner*innen der Straße zum Feind. Die rot-rot-grüne Regierung versucht sich nun in einer anderen Strategie, was sie umso gefährlicher macht, da es immer noch jene gibt, die in ihrem Glauben an den Rechtsstaat auf das Spiel der Demokratie hereinfallen. „Teile und herrsche“ ist die Vorgabe, um die Kontrolle über diesen Stadtteil zu erlangen, der durch ständigen Widerstand und ein vielfältiges Straßenleben ein Dorn im Auge jeglicher Regierung ist. Erst dann, wenn in unserem Handeln und Denken eine absolute Ablehnung dieses gewalttätigen Systems und jeglicher Vertreter*innen desselben inne wohnt, wird ein Kiez, eine Stadt, eine Straße oder auch ein Moment zu einem Ort, an dem wir wirkliche Solidarität und Selbstverwaltung schaffen können.

Hamburg: Moment der Revolte

Während der massenhaften Ausschreitungen, dieser momenthaften Revolte, am Freitagabend im Schanzenviertel brachten unzählige Menschen ihre Wut gegen die Enteignung ihrer Leben zum Ausdruck. Freund*innen aus ganz Europa und darüber hinaus, Jugendliche aus den Vierteln, Menschen, die vielleicht zum ersten Mal einen Stein in ihre Hand nahmen oder noch nie zuvor aus einem Supermarkt das mitnahmen, was ihnen eh zusteht, solidarische Umherstehende oder Schaulustige – sie alle schafften ungeregelt einen Moment des kollektiven Ausbruchs. Es entstand ein Raum für einige Stunden, in denen die Staatsmacht keinen Zugriff hatte und keine*r mehr von oben legitimiert wurde, jemand anderen zu dominieren und vorzuschreiben, was zu tun sei. In solchen Momenten tun sich Widersprüche auf, Wut bricht sich spontan und unkontrolliert seine Bahn. Und dann können wir aber Verantwortung für uns selbst und mit anderen übernehmen, miteinander diskutieren, intervenieren und voneinander lernen.

Wie auch schon einige anonyme Freund*innen (hier oder hier) es vor uns getan haben, wollen wir einige Worte von crimethinc dazu zitieren: „Some have criticized the rioters who barricaded the Schanze district and drove out the police for hours as being “apolitical,” engaging in “mindless chaos.” On the contrary, nothing is more political than creating such a space like this, in which we may once again become the protagonists of our own social and political lives rather than letting the authorities impose their order on us.“ und „Next time people open up a police-free zone, let's fill it with the lives we all deserve.“

Welcome to reality – you can‘t control resistance and rage

Kaum war die Schanze durch die Truppen Duddes militärisch zurückerobert und unter Kontrolle gebracht, liefen sich schon die Mühlen der Empörung über die Gewalt der Straße heiß. Und einige tun genau das, was der Spaltung eines erfolgreichen Widerstandes in „gut“ und „böse“ verhilft – sie geben der Hetze nach und lassen sich auf das Spiel der Distanzierungen ein. Wer sich, wie Beuth oder Blechschmidt, als „Sprecher der Autonomen“ bezeichnet, meint den „größten schwarzen Block Europas“ unter dem Motto „welcome to hell“ hinter sich zu haben, davon aber bestenfalls nur die „gemäßigten Autonomen“ und die Geschehnisse von Freitagnacht dann als „sinnentleerte Gewalt“ bezeichnet, dessen Gerede können wir jenseits von jeglicher Aberkennung seiner „Autorität“ nicht ernst nehmen. Und wer auf der anderen Seite meint, Sprecher_innen vorschicken zu müssen, um die eigene Stimme abzugeben und gleichzeitig Tausende freie Individuen vereinnahmt, gibt seine*ihre Autonomie ab.

Auch als am 16. Juni ein Hip-Hop Konzert auf der Rigaer Straße zum Anlass dutzender Menschen wurde, die Straße zu verbarrikadieren, sie gegen die Bullen zu verteidigen und dabei einige Kleinwägen abbrannten, reagierten Presse und Politik mit einer Hetzkampagne gegen die Gewalt in der Rigaer Straße. Obwohl in solchen Momenten die erste Reaktion oft das Verfassen einer Erklärung ist, entschieden wir uns als Rigaer Straßenplenum nichts dazu zu veröffentlichen. Wir wollen nicht die Deutungshoheit über bestimmte Aktionen für uns beanspruchen und bestimmen, was richtig oder falsch ist oder irgendeinem hoheitlich festgesetztem Sinn entspricht. Wir entschieden uns dazu, die betroffenen Nachbar_innen ausfindig zu machen, die Unterstützung wünschen und

gemeinsam Lösungen zu finden, ohne die Solidarität zu einer Inszenierung zu machen.

Ein autonomes Projekt wie die Flora sollte sich nicht von selbsternannten oder – noch schlimmer - gewählten Sprechern und hegemonialen Diskursen von Recht und Ordnung dominieren lassen. Wir brauchen keine Sprecher*innen, die uns die Stimme nehmen, die wir uns im Schein der Barrikaden doch gerade zurückerobern. Unser Widerstand lässt sich nicht in wohl formulierte, angepasste Worte pressen. Wofür braucht ihr die Position eines*r Sprechers*in, wenn ihr gegen Macht und Herrschaft steht? Wenn wir diese Position akzeptieren, ist es ein Fehler von allen, die sich von solchen Leuten vertreten lassen und dadurch keine Verantwortung übernehmen, sondern sie bequem abschieben.

Wie schon 2007 nach dem G8-Gipfel in Rostock werden die Sprecher*innen binnen kürzester Zeit in der Unbedeutsamkeit verschwinden. Damals war es der Chef der ALB, der sich von den utopischen Zahlen der verletzten Bullen zu Distanzierungen verleiten lassen hat. Glücklicherweise gibt es auf dieser Welt aber auch vernünftige Menschen. Nach ihm kräht heute kein Hahn mehr und die Steinhagel auf die bewaffneten Schlägertrupps wurden zu einem wichtigen Bezugspunkt für einen neue Generation, die zehn Jahre später wieder ihren Weg in den Norden fand und Grundsteine für die Revolte legte. Jetzt schon zeichnet sich ab, dass die anfängliche Aufgeregtheit weicht und zu einer längst überfälligen konstruktiven Debatte in der deutschen Linken führt. Die letzten zehn Jahre zeichnete sich diese deutsche Linke in erster Linie dadurch aus, jegliche Entwicklung zu ignorieren und in alten Mustern festzusitzen. Das Hamburger Ereignis scheint das Potential zu haben, wieder Anschluss an gesellschaftliche Prozesse zu finden und damit aus der deutschen linken Identität auszubrechen. Die Revolte und der Aufstand sind jetzt auch hier möglich. Und das beste ist, dass schon jetzt kein repressiver Schlag mehr etwas daran ändern kann.

Die Revolte politisch verteidigen

Dennoch sehen wir uns in der Verantwortung, die Revolte politisch zu verteidigen. Die Gefangenen müssen langfristig unterstützt werden. Eine breite Kampagne gegen den medialen Angriff sollte auch die Menschen erreichen, die wenig Zugang zu Szenemedien haben. Ebenso muss der Umgang mit Parteien und Gruppen neu diskutiert werden, die sich zunächst gegen die Revolte positionieren. Zum Beispiel Recht auf Stadt: „Wir sind entsetzt über die enorme Brutalität, die sich über Stunden ungehindert Bahn brechen konnte."

Es sind Debatten, die auf globaler Ebene geführt werden, aber auch von lokaler Bedeutung sind. Dass die Ausschreitungen in einem für uns symbolträchtigen aber eigentlich gentrifizierten Kiez stattfanden, haben ihre Art und Weise beeinflusst. Dass REWE und Budniskowski von der Presse zur Kiezstruktur stilisiert werden, zeigt einerseits das Inklusions-Potential unserer „solidarischen" und „rebellischen" Kieze. Gleichzeitig wird das ganze aber offensichtlich peinlich und beliebig. Spielt sich dann noch die „Hochburg der Autonomen" als Schutzmacht der Ordnung auf, dann müssen wir uns fragen, wieso nicht auch die kleinen Yuppie-Läden mit ihren jämmerlichen „Spare our store – NO G20"-Schildern in den Auslagen zerlegt wurden. Wenn die Schanze weiterhin ein Symbol für ein solidarisches Leben im Kiez bleiben soll darf es keine Distanzierung von solidarischen Bewohner*innen oder anderen solidarischen Strukturen geben. Im Gegenteil muss der Widerstand gegen die Unterdrückung und Verdrängung (-im Zweifelsfall auch mit Gewalt-) weiter gehen. Ansonsten gehen die Riots so in die Geschichte ein: Autonome aus ganz Europa haben zusammen mit Jugendlichen aus Reihenhaussiedlungen und feierlustigen Touristen ein Schicki-Micki-Viertel verwüstet.

Denn Gewalt ist niemals sinnentleert sondern hat gerade hier seinen Grund gehabt. Ob es bessere Ziele gegeben hätte ist diskutierbar aber in diesen Momenten der Entfesselung ist es gerade kennzeichnend, dass die Kontrolle verloren geht. Die Kontrolle der Staatsmacht, die Kontrolle, die die Individuen klein macht.

Kein Frieden mit den bestehenden Verhältnissen

Auch in der Rigaer Straße muss den Menschen klar gemacht werden, dass die Strukturen, die an der Hamburger Revolte beteiligt waren, bereit sind, auch unseren Kiez zu verteidigen. Der Preis, den wir bisher fast täglich bezahlen ist der Verzicht auf Ruhe, Frieden und ein leicht zu vermarktendes Image. Dazu gehört scheinbar sinnlose Sachbeschädigung, ein gewisses Maß an Straßengewalt und die Anfeindung mit der Politik, welche uns die Gentrifizierung und Bullen gebracht hat. Zum Beweis für einen solidarischen Kampf kamen im letzten Jahr mehrere tausend Menschen auf die Demos für unseren Kiez und während der Belagerung der Rigaer94 haben sie in zahlreichen Städten hunderte teils riskante Solidaritätsaktionen durchgeführt. Solche Menschen sind es, die in Hamburg waren und auch in Berlin, die gemeinsam mit uns kämpfen – auf allen Ebenen und in der Form, die für sie passt. Je konsequenter wir uns hier zusammen tun und auch die lokalen Kämpfe Anderer unterstützen, desto mehr werden wir zu einer Bewegung, die der herrschenden Ordnung etwas entgegensetzen kann.

Dieses Potential gilt es im Nordkiez wie in den vergangenen zwei Jahren zu vermitteln. Die neue Strategie der Berliner Innenpolitik, die hier im Kiez darum bemüht ist, ihr Image der Besatzungsmacht zum Image einer Schutzmacht zu transformieren, bringt aber neue Herausforderungen mit sich. Zwar haben wir auch die Zeit, auf unvermeidliche Fehler der Bullen zu warten, die dieses Image sabotieren. Doch reicht es nicht sich nur auf Widerstand gegen die ausführende Staatsgewalt in Form von Bullen und Innensenator zu beschränken. Gentrifizierung, soziale Spannungen aufgrund Benachteiligung und Ungerechtigkeit hat andere Ursachen. Die Lösung unserer

Probleme Wissenschaftlern, selbsternannten Experten oder sogenannten Führungspersönlichkeiten zu überlassen ist ein fataler Fehler. Pseudobeteiligungen wie „Bürgerbeteiligung" oder „Runde Tische" geben dem Staat die scheinbare Legitimation. Die mögen geübt darin sein, mit einer Mischung aus angeblicher Mitbestimmung und mehr oder weniger offensichtlicher Gewalt die Bevölkerung ruhig zu stellen. Was sie jedoch niemals verstehen werden, ist die undifferenzierte Wut gegen die bestehenden Verhältnisse. Und genau deshalb können wir aus Hamburg lernen.

Solidarische und kämpferische Grüße an die Menschen, die Risse in die Stadt der Reichen treiben – zum Beispiel mit Straßenblockaden, bei der Platte (alte Teppichfabrik) in Alt-Stralau, dem Black Triangle in Leipzig, dem Kampf gegen den Google-Campus in Kreuzberg; an all jene, die tagtäglich gegen die bestehenden Verhältnisse kämpfen.

anonym

Wir sind wütend

Angriff auf eine Bullenwache in Hannover

Dokumentation:

„In der Nacht vom 11 auf den 12 Juni haben wir eine Bullenwache in der Höfestraße in der List mit Steinen und Farbe angegriffen.

Wir setzen mit dieser Aktion ein Zeichen gegen Staat, Bullen und Repression. Wir zeigen uns solidarisch mit allen unseren Freund*innen, die im Rahmen des G20 Gipfels von den Bullen schikaniert, verletzt, inhaftiert oder anderweitig mit Repression überzogen wurden: Ihr seid nicht alleine, unsere Solidarität ist euch sicher!

An die tausenden Bullen, die in Hamburg eine Gewaltorgie veranstaltet haben, Menschen gejagt, verletzt und ihren Tod in Kauf genommen haben: WIR HASSEN EUCH!

Zum Schluss, um die Diskussion um die sogenannte Gewaltfrage in den Kommentaren vorwegzunehmen: Wir sind explizit solidarisch mit den Ausschreitungen der Gipfelnächte. Egal wie sinnlos manche Aktionen erscheinen mögen und auch wenn wir mit „sinnfreier Gewalt, die sich nur an sich selbst berauscht" nicht immer einverstanden sind: Kein Grund zur Distanzierung!

Wer mal wieder über die „linken Chaoten" und „gewalttätigen Randalierer" schimpft, vergisst schnell, dass die Ordnung von Eigentum und verkaufter Arbeitskraft jeden Tag mit Gewalt aufrechterhalten wird.

Überzogene Kritik an „Gewaltexzessen" sind angesichts des europäischen Massenmords im Mittelmeer, der alltäglichen Gewaltexzesse der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse oder auch nur des Einsatzes hochgerüsteter Polizeieinheiten mit kriegstauglichen Schusswaffen in einem Hamburger Wohnviertel wirklich nicht ernst zu nehmen.

Der Hass und der Zorn auf das Bestehende, der sich in Hamburg entladen hat, ist mehr als verständlich. Soziale Unruhen produzieren nun mal nicht immer nur schöne Bilder.

Die ganze Welt hasst die Polizei!
Smash Capitalism!
Solidarität zu Widerstand!"

anonym

Brandanschlag auf Kohlebahn

Dokumentation:

„Wir haben in der Nacht auf Donnerstag, den 6.7.2017 im rheinischen Revier Signalkabel der Kohlebahnen angezündet. Während in Hamburg die Bullen jeden Widerstand mit Pfefferspray und Wasserwerfern niedermachen, haben wir die Ruhe der Nacht und die Abwesenheit unserer Bullen genutzt, RWE einen feindlichen Besuch abzustatten. Wir begreifen unsere Aktion als einen Teil des Kampfes für eine lebenswertere Welt und gegen diese ganze Gesamtscheiße."

anonym

Tripod auf der Hambachbahn

Dokumentation:

„Solidarische Grüße nach Hamburg, Während sich gerade die Staatsvertreter*innen auf dem G20-Gipfel von mindestens 20.000 Bullen beschützt lassen (wieso auch immer die Herrschenden solche Angst vor denen haben, die sie angeblich vertreten) blockieren wir mithilfe eines Tripods die Hambachbahn. Wir haben uns heute für diesen Weg des gewaltlosen Widerstands entschieden - das heißt nicht, dass wir die Spaltungsversuche in friedlichen Protest und militanten Widerstand wiedergeben wollen oder militante Gegenwehr von unten grundsätzlich verurteilen.

Es wurde oft genug klar gestellt, warum es notwendig ist gegen Klimawandel und Umweltzerstörung Widerstand



zu leisten. Wir wollen die Argumente hier nicht erneut aufzählen, allerdings einige Botschaften formulieren:

Erstens an all die umweltbewegten, kapitalismus- und herrschaftskritischen Aktivist*innen, die gerade in Hamburg ihren Unmut auf vielfältige Art und Weise zum Ausdruck bringen:

Natürlich sind wir absolut solidarisch mit euch. Es ist wichtig, den Widerspruch zum Status quo direkt zu den richtigen Adressaten zu tragen. Trotzdem wollen wir mit unserer Aktion zu mehr dezentralen Aktionen zu Großevents ermutigen. Stellen wir uns einmal vor, nur ein Zehntel der Aktivist*innen, die gerade in Hamburg aufs Maul kriegen, würden stattdessen an verschiedenen Orten Ziele blockieren oder sabotieren, die symbolisch und/oder strategisch für Herrschaft und Kapitalismus stehen... oder sie würden Supermärkte und Produktionsstätten plündern... Die Verantwortlichen würden es nicht mehr wagen, zu solchen Veranstaltungen so ein Polizeiaufgebot aufzufahren, um sich vor den von ihnen Beherrschten zu schützen, da diese Bullen dann an anderen Orten fehlen würden.

Außerdem wollen wir euch zu mehr Kreativität und Vielfalt bei Protest inspirieren. Zum Beispiel Tripods könnten ja durchaus auch in der Stadt eingesetzt werden. ;)

Auch wollen wir euch einladen nach dem Gipfel in Hamburg weiter aktiv gegen Herrschaftsverhältnisse, Kapitalismus und Umweltzerstörung zu sein, zum Beispiel im Hambacher Forst (mehr Infos: hambacherforst.blogsport.de)

Die wichtigste Botschaft senden wir allerdings an RWE: Auch wenn es in den letzten Monaten ruhiger war, wir sind noch da, wir bleiben unbequem und Kohleindustrie bleibt Risikokapital! Wir hören nicht auf, bevor ihr aufhört: Solange ihr weiterhin lokal Land raubt und unersetzliche Natur wie zum Beispiel den Hambacher Forst zerstört, solange ihr global zu dem massenhaften Mord und der Zerstörung von Lebensgrundlagen durch den menschgemachten Klimawandel massiv beitragt, werden wir Widerstand leisten - und zwar mit jeder Methode die wir für angemessen halten: Egal ob wie heute durch friedliche Blockaden, durch Sabotage, oder wenn es Sinn macht auch militant.

Smash G20!
Smash Capitalism!
Save the Earth!“

dezentral & unbequem

Nach G20. Repression überwinden

Die Gipfeltage des G20 sind zwar vorbei, doch das Nachbeben der Repression könnte größer werden, als das, womit sowieso schon zu rechnen war. Wir möchten mit diesem Text einerseits für eine erhöhte Wachsamkeit und andererseits für die Notwendigkeit ganz praktischer Solidarität plädieren.

Ursache und Wirkung?!

Es war nicht zu übersehen, zu überlesen, geschweige denn zu überhören: das dominierende Thema in den Tagen nach dem G20 waren die “Gewaltexzesse” und die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Diese Konse-

quenzen werden vor allem uns als autonome Bewegung / linksradikale Bewegung unmittelbar in Form von repressiven Maßnahmen treffen. Wie umfangreich die präventiven Maßnahmen – etwa weitere gegen oppositionelle Bewegungen gerichtete Gesetzesverschärfungen und die Zerschlagung linker (Infra)Strukturen – sein werden, die mit G20-Protesten begründet werden, ist noch schwer abzuschätzen.

Von daher ist es unabdingbar, sich wieder vermehrt und vor allem kollektiv mit dem Thema (Anti)Repression zu beschäftigen.

Wir erkennen im Handeln von Politik und Staatsgewalt während G20 einen "kontrollierten Kontrollverlust", ein passieren-lassen in dafür vorgesehenen Stadtteilen, um im Zuge dessen sämtliches Spielzeug, vom Wasserwerfer bis zum Gummigeschoss, ausprobieren zu können und sich in riot control zu üben. Auch wenn der wirtschaftliche Schaden der G20-Riots aus den Portokassen der Versicherungen und staatlicher Institutionen zu bezahlen ist, gibt es etwas, das nicht unbeantwortet und ungesühnt gelassen werden kann: das Infragestellen und Zerstören von Eigentum, dem höchsten Gut einer kapitalistischen Gesellschaft.

Repression passiert nicht im luftleeren Raum, sondern orientiert sich entlang der Grenzen des gesellschaftlich Akzeptierten.

Nach den Nächten des G20 wird hier ein Sprung in einer sich eh schon zunehmend repressiv organisierenden Gesellschaft zu registrieren sein. Das sieht erstmal gar nicht gut für uns aus. Doch politisches Handeln nur anhand von möglicher Repression auszurichten, ist ernüchternd und lähmend. Das weiß der staatliche Repressionsapparat natürlich auch und wird in der kommenden Zeit seine Bemühungen intensivieren, "die Verantwortlichen" zu bestrafen. Alle nachstehenden Punkte sind insbesondere unter zwei Aspekten zu betrachten: Einerseits dem fanatischen Wunsch, "die Strukturen aufzudecken", die die brennenden Nächte ermöglichten, wie mehrere Politiker*innen papageienhaft ausspeien. Und andererseits steht den Bullen und ihrer extra eingerichteten SOKO durch die Massen von Videoaufzeichnungen, die sie durch eigene Aufnahmen und mittels ihres Online-Denunziationsportals gewonnen haben, ein quasi panoptisches Mittel zur Strafverfolgung zur Verfügung.

Also, womit haben wir konkret zu rechnen?

Gleich vorweg ein Punkt, der uns besonders wichtig ist und der dennoch oft zu wenig Beachtung findet. Es geht um den Bereich der Repression, der bleibt, auch wenn körperliche Symptome wie Wunden von Tritten, Pfeffereinsatz oder Tonfa-Schlägen verschwinden oder bereits schon verschwunden sind: Viele Menschen sind während der Gipfeltage in Extremsituationen gekommen, die ihren Widerhall beispielsweise in Traumata finden. Diese psychischen Grenzerfahrungen graben und rütteln an uns und bringen leider immer wieder Leute zum Einstürzen. Deshalb die dringende Bitte: bleibt damit nicht allein, sondern connectet euch mit Bezugspersonen, Freund*innen oder den Genoss*innen von OutofAction (https://outofaction.blackblogs.org).

- Hausdurchsuchungen: Fanden im Vorfeld, während und auch schon nach dem G20 statt und werden weiter stattfinden. Das heißt, ein aufgeräumtes Zimmer ist ein aufgeräumtes Zimmer! Nur weil der Gipfel vorbei ist, sollten entsprechende Sachen vielleicht nicht sofort wieder einziehen. Vergesst dabei auch nicht euren Kleiderschrank. Einschlägige Kleidung bzw. jene, die ihr in Hamburg getragen habt, hat dort unter Umständen nichts verloren.

- Observationen: Ein Evergreen aus der Schnüffler*innenschublade. Werdet nicht paranoid, aber sich immer mal wieder die Umgebung zu vergegenwärtigen schadet auch nicht – Autos, Wohnungen, Personen.

- Telekommunikationsüberwachung: Insbesondere stehen Smartphones mit ihrer Ansammlung von persönlichen, (beruflichen) und politischen Daten im Fokus. Es wäre notwendig, doch den Rahmen dieses Beitrags sprengend, detailreicher allein auf diesen Punkt einzugehen. Deshalb nur nochmal zum Erinnern und Einprägen: Behörden finden es nicht nur interessant, was du mit wem schreibst, sondern bereits mit wem du überhaupt schreibst. Metadaten sind Rohdiamanten.

- Anquatschversuche: Wir gehen davon aus, dass die Behörden gezielt probieren werden, Menschen vielleicht nicht unbedingt aus Strukturen, aber von ihnen als strukturnah vermutet anzusprechen. Insbesondere entlang der Frage der Militanz und ihren Ablehner*innen könnten die Behörden auf Erfolge hoffen (á la Du konntest deine inhaltliche Kritik an den G20 nicht loswerden, wegen dieser Chaoten, es ist doch auch dein Interesse, dass dies in Zukunft nicht mehr geschieht. etc. usw. usf.).

Keine Spaltung, keine Kommunikation; gegenüber dem Staat und seinen Freund*innen halten wir den Mund, denn die Freund*innen des Staates sind nicht die unsrigen! Aussageverweigerung!

Was tun? Eigenes Verhalten überprüfen

Grundsätzlich gilt: Bestimmte Sachen sollten ausschließlich in dem Kreis bleiben, der es tatsächlich auch erlebt hat. Jedes weitere Getratsche gefährdet unnötig. Auch das wilde Spekulieren, egal ob fasziniert oder ablehnend, wer wohl hinter der und der Geschichte stecken könnte, dat muss nu wirklich net sein!

Verschlüsselung: Macht euch mit PGP/GnuPG vertraut, falls ihr es nicht sowieso schon für eure Mail-Kommunikation nutzt. Verwendet den Tor-Browser und informiert euch über dessen Vorteile und Grenzen. Verschlüsselt eure Festplatten!!!

Anwält*innen: Überlegt euch spätestens jetzt, aber am besten vor einer Aktion, wer der*die Anwält*in eures Vertrauens sein soll und wie ihr diese*n erreicht.

präventive Überlegungen zu Soli-Arbeit: Besprecht in eurer Bezugsgruppe, welche Unterstützung sich Menschen im Falle des Falles wünschen. Nicht jede*r möchte, dass ihr*sein Fall zum Politikum wird und für Öffentlichkeitsarbeit genutzt wird, anderen hingegen ist dies besonders wichtig.

Was tun? Praktische Solidarität

Dass wir Teil dieser Gesellschaft und ihrer Regeln sind, so sehr wir uns auch wünschen, sie zu brechen, wird vielfach dann deutlich, wenn es um Geld geht. Anti-Repressionsarbeit kostet neben sehr viel Zeit, Durchhaltevermögen und eine Menge Geld. Hier kommt die praktische Solidarität zum Tragen. Neben dem Organisieren von Info-Veranstaltungen zu Repression rumdum G20, der Lage der Gefangenen, dem Schreiben von kleinen Briefen an die Leute in den Zellen oder dem Übersenden von Büchern, sollten wir uns alle angesprochen fühlen, wenn es darum geht, Geld zu organisieren.

Egal ob wir, unsere Freund*innen, oder vielleicht sogar keine Menschen aus unserer Stadt betroffen sind, sollte dies nicht das Kriterium unseres Handelns sein. Repression ist vor allem dann erfolgreich, wenn sie spaltet und vereinzelt, unsere entschlossene Antwort kann dann nur eine solidarische sein. Und wenn es "bloß" eine Soli-Kneipe ist, bei der 50€ überbleiben, so what!

Es kann sein, dass der Gipfel in Hamburg eine (weitere) Zäsur in der Geschichte der radikalen Linken bildet. Einerseits durch die lange nicht mehr so massenhafte Militanz, aber gleichzeitig auch in der Debatte über sie. Und auch wenn dieser Punkt nur peripher mit Anti-Repression zusammenhängt, möchten wir einen weiteren Gedanken an ihn verschwenden, denn daraus ergeben sich wegweisende Marker für das Kommende.

Dieser Gipfel trägt massive Sprengkraft in sich und wir sollten trotz aller Unsicherheit, was denn überhaupt unsere Reihen sein könnten, sie nicht weiter in ihre Nähe bringen. Denn eine radikale Linke, die sich spaltet an der Frage der Militanz, Friedlichkeit oder Unfriedlichkeit, ist sowohl für staatliche Strukturen leichter zu handlen, als auch resultiert daraus eine Absage an ganz praktische Solidarität. Das wiederum führt dazu, dass einige wenige in dem Haufen Arbeit untergehen.

Und so wäre es nicht das erste Mal, dass ohne großes Zutun des Staates eine "Szene" sich selber lahmlegt, zersetzt oder bestenfalls politisches Handeln auf Jahre verhindert wird. Es geht nicht darum, ein Block zu sein oder derselben Meinung zu sein. Es geht um die Vielfalt der Aktionsformen. Und gerade deshalb ist das Motto der Abschlussdemo am Samstag einmal mehr gefragt: "Grenzenlose Solidarität". Doch was heißt eigentlich grenzenlose Solidarität? Sicherlich nicht, einen Maulkorb der Kritiklosigkeit sich anzulegen und in braver Selbstzensur alles abzunicken, sondern klar Stellung zu beziehen, Kritik zu äußern, aber eben ohne sich zu distanzieren; solidarisieren statt denunzieren. Wobei wir zugegebenerweise nicht unterschlagen wollen, dass es auch Aktionen gibt, auf die das eben gesagte nicht zutreffen sollte.

Anti-Repression wird traditionsgemäß als ein Feld der notwendigen Abwehrkämpfe betrachtet und verortet. Wie können wir genau diesen Status überwinden, wie können wir Anti-Repressionsarbeit in eine gleichzeitig offensive Praxis münden lassen? Auf diese Frage kann und muss es viele Antworten geben.

"Damit uns der Schreck nicht am Boden festnagelt, müssen wir uns bewegen"

EA Bremen

Brief eines G20-Gefangenen aus der JVA Billwerder

Brief des Mitstreiters Riccardo, eingesperrt in der JVA Billwerder, Hamburg:

„Momentan befinde ich mich im Knast von Billwerder, in Hamburg. Ich wurde am Freitag, den 7. Juli um 19:30 in der Nähe der Roten Flora festgenommen.

Mir wird unter anderem vorgeworfen, den Staat beleidigt und die öffentliche Sicherheit gefährdet zu haben. Ausserdem wird mir vorgeworfen, aktiver Teil einer fünfzehnköpfigen Gruppe gewesen zu sein, die versucht haben soll, einen Bullen einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit angegriffen zu haben.

Ich verweigere die Dichotomie von „Schuld" und „Unschuld", die uns der juristische Apparat des Staates auferlegt.

Was ich sagen möchte ist, dass ich stolz und glücklich bin, während der Revolte gegen den G20 in Hamburg gewesen zu sein. Die Freude der persönlichen Erfahrung des Zusammenkommens so vieler Menschen jeden Alters und aus aller Welt, die sich noch nicht der totalen Logik des Geldes und der kapitalistischen Welt unterworfen haben, kann keine Form der Gefangenschaft bezwingen. In einer historischen Epoche, in welcher der Kapitalismus versucht, den finalen Schritt zu seiner absoluten Stabilisierung umzusetzen, in konstanter Oszillation zwischen innerem Krieg (Sondergesetze, Grenzschließungen, Abschiebungen) und äusserem Krieg (Massaker, Zerstörung und Vergiftung des Planeten Erde), zeigte die Revolte gegen den G20, was denjenigen, die immernoch etwas auf die Freiheit geben, am wichtigsten ist: Die Möglichkeit ihrer Realisierung.

Die technologische, physische und taktische Effizienz der deutschen Polizei war ebenso beeindruckend und monströs wie nutzlos dafür, das Bedürfnis zum Kämpfen zunächst zu neutralisieren und dann zu unterdrücken - Kämpfe gegen die absurde, katastrophale globale Gesellschaft, für die die zwanzig lächerlichen Staatsoberhäupter so miserabel dastanden, in einer Festung im Herzen der Stadt.

Die Resignierten und Reformist_innen können sehr wohl sagen, dass Hamburg, im Anbetracht der Entwicklungen der Kräfteverhältnisse der letzten Jahre, ein weiteres Massenexperiment zur Stabilisierung des Apparats der internationalen Sicherheit war. Das ist im übrigen das gleiche, das Leute nach Genua 2001 behauptet haben.

Die Rebell_innen und Revolutionär_innen interessieren sich jedoch nicht für die Verschwörungen der Politik, sondern für ihre eigenen Gefühle und Projekte. So oder so kann gesagt werden, dass wenn es ein Experiment gab, dieses ein völliges Desaster war. In den Straßen Hamburgs habe ich unkontrollierte Freiheit geatmet, aktive Solidarität, die Entschlossenheit, die tödliche Ordnung, die uns von einigen Reichen und Mächtigen auferlegt wird, grundsätzlich Abzulehnen.

Keine endlosen Reihen von Autos und orchestrierte Prozessionen, die die unterdrückerische, mörderische Liturgie des kapitalistischen Alltags zementieren. Keine verschwommenen Massen, gezwungen, für den Reichtum eines widerlichen Chefs zu schwitzen und zu buckeln. Keine tausenden, abwesenden Augenpaare, gerichtet auf irgendein aseptisches Display, das unser Erfahren des täglichen Lebens verzerrt und entfremdet.

Ich sah Individuen, die in den Himmel blickten und versuchten, ihn zu greifen.

Ich sah Frauen und Männer, die ihrer Kreativität und ihren unterdrücktesten Träumen Gestalt gaben.

Ich sah die Energie eines jeden der versuchte, anderen eine Hand zu reichen und sich nicht über andere zu erheben.

Ich sah den Schweiß auf der Stirn derer, die ihre eigenen Wünsche zu erfüllen suchten und nicht die ihrer Peiniger. Im Moment der Revolte ist niemand wirklich alleine.

Eine kräftige Umarmung an alle Mitstreiter_innen, all die Rebell_innen, die der deutsche Staat eingesperrt hat. Leidenschaftliche Grüße an Anna, Marco, Valentina, Sandrone, Danilo, Nicola und Alfredo, an die Mitstreiter_innen, denen im Rahmen der „Operation Scripta Manent" in Italien der Prozess gemacht wird. An die Revolutionär_innen und Rebell_innen in den Knästen auf der ganzen Welt… Ein Kuss an Juan, wo auch immer du sein magst.. wo auch immer du bist, du bist immer mit uns!

So lange ich lebe: immer gegen die Autorität! Immer mit dem Kopf oben! Lang lebe die antikapitalistische Internationale!

Für Carlo! Für Alexis! Für Remi! Für Freiheit!

Riccardo

JVA Billwerder, Hamburg, 20. Juli 2017"

Schreibt Riccardo:

RICCARDO LUPANO
09/06/1985 JVA BILLWERDER
DWEERLANDWEG 100
22113 HAMBURG – GERMANY

Brief von Alessandro

22-07-2017, Billwerder, Hamburg

Liebe Genoss*innen,

Heute habe ich den vierten Strich zeichnen müssen (IIII). Es sind in der Tat schon 20 Tage vergangen, seitdem ich auf feige und brutale Art und Weise von einer der Hamburger Spezialeinheiten zu Boden geworfen, festgenommen und hinter Gitter gesteckt worden bin.

Sobald sie mich festgenommen hatten, unterbanden sie sofort, dass die vielen solidarischen Umstehenden auf der Straße sich nähern und helfen konnten oder dass diejenigen, die auf den Balkonen das Ganze mitbekommen hatten, mit mir kommunizieren konnten. Sie begannen sofort, mich zu durchsuchen, warfen alles auf den Boden – fanden aber nichts außer eine klassische k-way-Regenjacke von Quechua, die außen an meinem Rucksack hing.

Ein sehr nervöser und gleichzeitig besessener 2-Meter-Typ hat dann noch schnell eine Flasche und einen Helm von irgendwo aufgesammelt, um aus mir ein Geständnis vor der Kamera herauszuholen.

Von da an begann dann der Mannschaftswagen-Walzer, die erste körperliche Durchsuchung in einer Kaserne und dann in der GeSa, einem Extra-Gefängnis, das speziell für den G20 aufgebaut wurde und das 5 Millionen gekostet hat. Es handelte sich früher um ein altes Lager, bestehend aus vielen Containern. Das Innere wurde nur durch künstliches Neon-Licht beleuchtet, alles voll mit ungezählten vorgefertigten Zellen. Dort angekommen wurde ich erst einmal komplett nackt ausgezogen. und

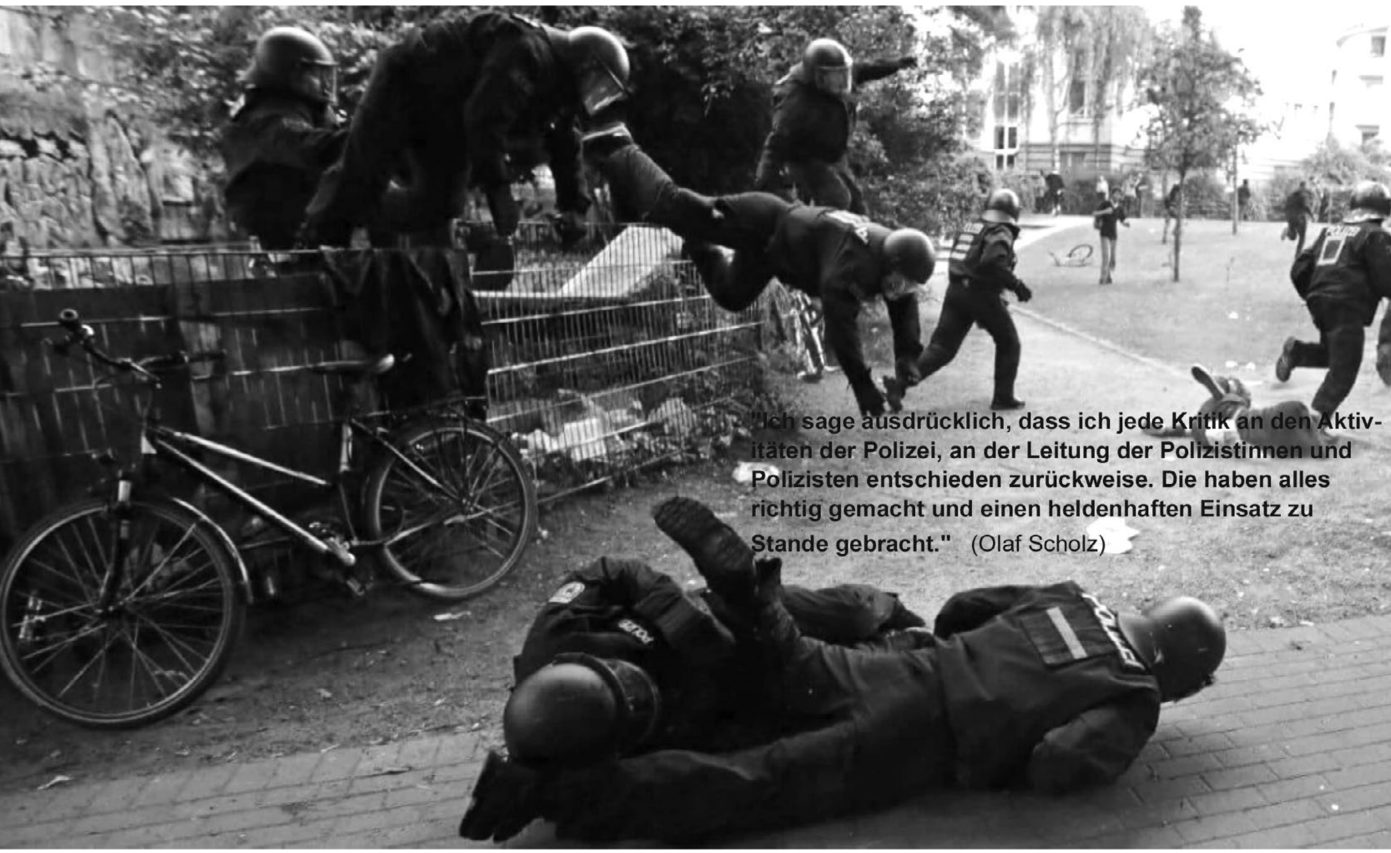
sie haben sogar die Nähte meiner Klamotten kontrolliert. Sie nahmen mir mein Shirt und meine Uhr weg, zu meiner eigenen Sicherheit… Dann ging es zum Alkoholtest und schließlich wurde ich fotografiert. Zwei Bullen haben mich in eine Zelle gebracht, einer links, einer rechts, die Arme bogen sie mir über meinem Rücken zusammen, eine Methode, die sie bei jeder Verlegung irgendwohin immer wieder anwandten. Bevor sie die Zellentür abschlossen, nahmen sie mir noch Schuhe und Brille ab, alles immer zu meiner eigenen Sicherheit. Die Zelle war dunkel, schalldicht und nur ausgestattet mit einer sehr schmalen Holzbank und einem Eimer für das Notwendigste.

Bis um etwa 4:30 am Morgen wurde es mir nicht gewährt, einen Anwalt anzurufen, den Anwalt durfte ich dann erst mehrere Stunden später treffen. Es gab verschiedene Misshandlungen und es wurde viel psychologischer Druck ausgeübt. Einige von uns sind vor den Haftrichter gerufen worden, ohne dass ihnen die Anwesenheit eines Anwalts/einer Anwältin ermöglicht wurde. Allerdings wäre deren Anwesenheit vor Gericht auch nutzlos gewesen, denn das einzige Interesse der RichterInnen bestand darin zu hören, ob man die Vorwürfe zugab oder nicht. Nach vielen weiteren Stunden in der GeSa begann die Verlegung in Gefängnisse. Erste Station: die JVA Billwerder. Hier blieb ich 2,3 Stunden, bevor ich wieder eingepackt und in einen anderen Knast gefahren wurde, einen geschlossenen Jugendknast, der nur für einige von uns geöffnet wurde. Einzelunterbringung und eine Stunde frische Luft und Umschluß am Tag, die restlichen 23 Stunden eingeschlossen – nicht zu vergessen, der „Capo“ musste sich immer erst noch versichern, ob die eine Stunde uns zustand…

Dort erlaubte man uns, einen Anwalt/Anwältin anzurufen, nach gut vier Tagen und nach vielem Nachfragen… Sie begannen, die deutschen Genossen zu entlassen und nach sechs Tagen haben sie uns alle wieder nach Billwerder transportiert, wo ich Orazio wieder gesehen habe (ein, zwei Tage vorher habe ich erst von seiner Verhaftung erfahren) und auch die anderen italienischen und internationalen Genossen. Auch dort, nach der ersten Nacht in einem Gebäudeflügel wurden wir am nächsten Tag wieder in einen anderen Flügel verlegt, wo wir dann für etwa ein Dutzend Tage mal vor Ort blieben.

Während dieses Aufenthalts wurden wir Teil einer absurden bühnenreifen Szenerie, in der irgendwann der Vorhang aufging für eine neue Szene: die Haftprüfung. Die Haftrichter, junge Richterinnen und Richter, waren scharf darauf, Karriere auf unserem Rücken machen zu können. Einem nach dem anderen (also uns Internationalen) wurde eröffnet, dass wir im Knast bleiben müssen. Mit gesenktem Kopf, so dass sie unsere Blicke nicht kreuzen mussten, verlasen sie die längst gefällten Beschlüsse, in perfektem Einklang mit der Staatsanwaltschaft.

In meinem speziellen Fall hielten sie es noch nicht einmal für notwendig, die Ablehnung des Einspruchs gegen die Haft zu begründen – mein Fall sei genauso wie der vorhergegangene. In „normalen“ Situationen ist für Straftaten, wie sie uns vorgeworfen werden (ein oder mehrere Flaschenwürfe) nur eine Geldstrafe vorgesehen. Aber wir haben mit Sicherheit das Ergebnis dafür kassiert dafür, dass wir gewagt hatten, gegen einen aufoktroyierten und ungewollten Gipfel zu demonstrieren (die Hamburger hatten die Ausrichtung des Gipfels genauso wenig gewollt wie die Olympiade, gegen die sie sich bei einer Volksabstimmung gestellt hatten) und der in unmittelbarer Nähe von widerständigen Stadtvierteln wie St. Pauli, Altona und Sternschanze stattfand: die deutschen Autoritäten waren in diesem Zusammenhang sehr zuvorkommend darin, die Strafen zu verschärfen.



Die harte Linie von Dudde (Chef der Hamburger Polizei [richtig: Einsatzleiter für den G20-Einsatz; d.Übersetz.]) und seiner Schergen in Bezug auf die „öffentliche Ordnung“ war schon in den Tagen vor dem Gipfel deutlich geworden, als viele Leute angegriffen und geschlagen worden waren, die in Zelten auf den – im Übrigen genehmigten – Camps übernachten wollten. Gleichwohl hatte keiner dieser Angriffe den gewünschten Effekt: die Leute haben sich nicht abschrecken lassen.

Und dann kam der 6. Juli – ein Tag, für den die deutsche Presse seit Tagen und Monaten schon die Ankunft des „größten schwarzen Blockes der Geschichte“ angekündigt hatte – und in Hamburg explodierte die Revolte. Viele von uns haben erlebt, wie die Handlanger von Dudde, nachdem nervöse Befehle aus dem Lautsprecher ertönt waren, mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Pfefferspray eine Demo angriffen, die noch nicht einmal losgegangen war.

Vielleicht glaubten sie wirklich daran, mit 15.000 Leuten die Ordnung auf den Straßen von Hamburg aufrechterhalten zu können. Das, was im Gegensatz dazu wirklich geschah, habt ihr alle selbst gesehen. Die Gewalt der deutschen Polizei hat eine Situation zur Explosion gebracht, die bereits aufgeladen war, die Unruheherde haben sich wie Funken in den verschiedenen Vierteln überallhin ausgebreitet.

Durch das ständige Bedrängen der roten Zone und der Hotels, in denen die Mächtigen dieser Welt und ihre Delegationen untergebracht waren, waren diese Delegationen dazu gezwungen, Hubschrauber und Metro zu benutzen, während in der Stadt die Hölle losbrach. Bei jedem Versuch, die Situation zu beherrschen und zu verschärfen, kehrte sich die kollektive Wut wieder gegen sie. Bei vernichtenden Niederlagen ist es logisch, dass die Polizei dadurch reagiert, dass sie ihre schärfsten Repressionsmethoden hervorholt: Kessel, Massenverhaftungen, Straßensperren, Grenzkontrollen, willkürliche Festnahmen, Gefährderansprachen usw. Heute wissen wir von 36 Genoss_innen, die noch im Gefängnis sind, und es gibt etwa 50 Anzeigen gegen die Polizeigewalt der Truppen von Dudde.

Es wird für uns alle eine bleibende Erfahrung sein, beim Gipfel in Hamburg gewesen zu sein – nicht so sehr wegen der Verhaftung, die unseren Idealen nichts anhaben kann, sondern vielmehr darum, weil wir den Mächtigen der Welt eine Party versaut haben; eine Party derjenigen, die in ihren Festungen unter dem Deckmantel der „Entwicklungspolitik“ und der Demokratie weiterhin diejenigen verfolgen und verhaften, die sich ihrer Politik widersetzen; eine Party derjenigen, die weiterhin über das Leben unserer migrantischen Brüder und Schwestern entscheiden wollen.

Wir sind überzeugt davon, dass wir auf der richtigen Seite stehen und mit eurer Unterstützung halten wir bis zum Ende durch. Viele der hier Inhaftierten haben uns gefragt, ob wir wegen des G20 einsitzen – sie lächelten uns dann an und gaben uns die Hand. Denn, ist ein Diebstahl aus Not nicht nur ein kleines Opfer im Voranschreiten der kapitalistischen Zyklen? Und wofür dienen Gefängnisse, wenn nicht dazu, die Reichen zu beschützen?

Wir fühlen uns verbunden und solidarisch mit allen, die weltweit im Gefängnis sind und denen, die täglich ihr Leben für ihre Ideale geben und von den gleichen Ideen bewegt sind.

Auf dass wir euch alle bald wieder in den Arm nehmen können!

Mit erhobener Faust,

Ale

P.S.: Eine Frage an all die vielen ProfessorInnen und BewundererInnen der EU: Was nützt die Vorrangstellung des EU-Rechts vor dem Recht der einzelnen Staaten und was nützt es, EU-BürgerIn zu sein, wenn es im Ausgleich dafür Ungleichbehandlungen gibt? Was nützt das EU-Recht, wenn deinen FreundInnen, die dich im Gefängnis besuchen wollen, Probleme bereitet werden, weil plötzlich auch noch der Reisepass verlangt wird, obwohl sie schon Personalausweis und Führerschein vorlegen können?

Wir haben die Antwort darauf schon vor langer Zeit bekommen!

ALESSANDRO RAPISARDA
JVA Billwerder
Dweerlandweg n° 100
22113 Hamburg
Germany

Still not loving police

Wichtig für alle: Neues Gesetz zur Aussage-Pflicht bei Vorladung von Zeug*innen

Auch innerhalb der (radikalen) Linken hat es sich noch nicht bei allen herumgesprochen: Zum 7. Juli 2017 hat der Bundesrat einer Reihe von Gesetzesänderungen zugestimmt„ deren Kenntnis auch wichtig für uns als Aktivist*innen von linksunten ist. Durch diese Änderungen ist es nicht mehr so einfach möglich, Vorladungen durch die Polizei als (angebliche) Zeug*innen einfach zu ignorieren.

„...Zeugen sind künftig verpflichtet, Vorladungen der Polizei Folge zu leisten und zur Sache auszusagen.“

Bisher war das völlig anders. Mit der Polizei musste niemand reden, auch wenn das landläufig vielleicht gar nicht so bekannt ist. Es gab keinerlei Verpflichtung, sich

auf Gespräche mit Polizeibeamten einzulassen. Das galt völlig unabhängig davon, ob dem Zeugen darüber hinaus noch besondere Zeugnisverweigerungsrechte (zum Beispiel Verwandtschaft mit dem Beschuldigten) oder Aukunftsverweigerungsrechte (Gefahr der Selbstbelastung) zustehen. Wer nicht mit der Polizei reden wollte, musste dies nicht. Die Polizei hatte keinerlei Zwangsmittel, um nicht aussagebereite Zeugen zu Angaben zu zwingen. Diese Zeiten sind nun vorbei, wenn auch mit gewissen Einschränkungen. Der Wortlaut der neuen Vorschrift lautet wie folgt:
„Zeugen sind verpflichtet, auf Ladung von Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft zu erscheinen und auszusagen, wenn der Ladung ein Auftrag der Staatsanwaltschaft zugrunde liegt."

Die große Frage in der Praxis wird zunächst sein, wie konkret dieser Auftrag der Staatsanwaltschaft sein muss. Das Gesetz bleibt hier unglaublich – man könnte auch sagen unverschämt – vage. Vom Wortlaut her würde es nämlich auch reichen, wenn ein Staatsanwalt der örtlichen Polizei vorab den pauschalen „Auftrag" gibt, in allen seinen Verfahren die Zeugen zu laden und in eigener Regie zu vernehmen.

Außerdem hat der Gesetzgeber darauf verzichtet, eine schriftliche Ladung oder eine bestimmte Ladungsfrist einzuführen. So könnte es künftig tatsächlich möglich sein, dass Polizeibeamte bei Ermittlungen an Ort und Stelle eine „Ladung" aussprechen und versuchen, den ja bereits anwesenden Zeugen zu einer Aussage zu bringen. Das alles unterläuft das mittlerweile Gesetz gewordene Recht jedes Zeugen, einen Anwalt als Beistand beizuzuiehen (§ 68b StPO).

Denkbar ist weiterhin, dass die Polizei von ihrer Ladungsmöglichkeit auch in einer Art und Weise Gebrauch macht, welche die Lebensgestaltung eines Zeugen erheblich beeinträchtigt. Wer am Vortag in Düsseldorf angerufen wird und morgen um 11 Uhr beim LKA in Berlin zur Vernehmung antanzen soll, wird daran seine helle Freude haben. Auf entsprechende Präzedenzfälle werden wir sicher nicht lange warten müssen.

Immerhin überlässt das Gesetz nicht der Polizei die Entscheidung darüber, ob ein Zeuge ein Zeugnis- oder Auskunftsverweigerungsrecht hat. Laut der Gesetzesbegründung soll dann aber kein förmliches Verfahren in Gang kommen, sondern der Polizeibeamte soll mit der Staatsanwaltschaft „Rücksprache" nehmen. Die Entscheidung des Staatsanwalts ist dann zunächst verbindlich. Dem Zeugen, der das anders sieht, bleibt in diesem Fall nur, sich schnellstmöglich um einen Anwalt als Zeugenbeistand zu bemühen und notfalls das Risiko eines Ordnungsgeldes einzugehen. Dieses Ordnungsgeld kann der Staatsanwalt verhängen; dagegen lässt sich dann erst mal gerichtliche Entscheidung beantragen (und dadurch eventuell ausreichende Zeit gewinnen, um den Anwalt einzuschalten). Immerhin bleibt es sowohl der Polizei als auch der Staatsanwaltschaft verwehrt, bei widerspenstigen Zeugen Ordnungshaft zu verhängen. Das darf nur der Richter. Was aber nicht heißt, dass die richterliche Entscheidung lange auf sich warten lassen muss. Theoretisch kann der Richter Zwangshaft auch telefonisch anordnen.

Die größte Gefahr in der Neuregelung sehe ich aber in einem ganz anderen Bereich. Es geht um die Grauzone, die sich oft bei Ermittlungen auftut. Nämlich dann, wenn nicht ganz klar ist, welche Rolle eine Person eigentlich innehat. Ist sie Zeuge? Oder vielleicht doch schon Beschuldigter? Oder möglicherweise beides, wenn es um mehrere Tatkomplexe geht?

Leider hängt diese Frage oft von der Einschätzung des zuständigen Ermittlers ab. Menschen, die vielleicht tatsächlich etwas mit der Tat zu tun haben (oder möglicherweise auch nur befürchten, dass sie fälschlicherweise in Zusammenhang damit gebracht werden), konnten sich einer Befragung durch die Polizei bisher entziehen. Es spielte ja keine Rolle, ob sie Zeuge oder Beschuldigter sind; niemand musste mit einem Ermittler reden.
Nun gibt es für Polizeibeamte die Möglichkeit, jede Person erst mal als Zeugen vorzuladen – auch wenn im Hintergrund vielleicht schon ein gewisser Tatverdacht schwebt. Die Erscheinenspflicht führt zumindest zu erhöhten Möglichkeiten, den „Zeugen" auf die Dienststelle zu bekommen und ihn dort entsprechend zu bearbeiten. Gerade bei Menschen, die sich ihrer Rechte nicht sicher sind, führt dies zu der Gefahr, dass diese als vermeintlich erscheinens- und aussagepflichtiger Zeuge erst mal Angaben zur Sache machen, die sie ohne Pflicht zum Erscheinen nie gemacht hätten."

Das *neue deutschland* schreibt über diese Gesetzesänderung: „Bislang musste man der Vorladung eines Staatsanwalts nachkommen. Nicht aber der eines Polizisten. Man durfte sie ausschlagen und hatte keine Sanktion zu befürchten. Mit dem neuen Gesetz gilt nun: Vorladungen der Polizei sind verpflichtend, wenn ihnen ein Auftrag der Staatsanwaltschaft zu Grunde liegt. Erscheint man nicht, kann der Staatsanwalt ein Ordnungsgeld verhängen, ein Richter sogar Ordnungshaft.
Doch das ist nicht das größte Problem, sagt der Strafverteidiger Udo Vetter, der auf seinem »lawblog« regelmäßig Angriffe des Staates auf Bürgerrechte anprangert. Wer nach Vorladung durch eine Staatsanwalt nicht erschien, hatte auch früher mit Zwangsmitteln zu rechnen. Neu ist nun, dass die Polizei bei der Zeugenvernehmung von der Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft, die traditionell Herrin des Ermittlungsverfahrens ist, entkoppelt werden könnte. Vetter befürchtet nämlich, dass die Staatsanwaltschaft der Polizei nicht für jede Zeugenvernehmung einen Einzelauftrag erteilt, sondern bloß einmal einen allgemeinen Auftrag an ein Polizeipräsidium richtet, Zeugen in allen Fälle eines bestimmten Sachgebiets – organisierte oder politisch motivierte Kriminalität etwa – zu vernehmen. Damit würden Polizisten in der täglichen Ermittlungsarbeit verpflichtende Zeugenbefragungen vornehmen können, ohne dass ein Staatsanwalt im Einzelfall davon auch nur erführe."

Soweit wir bislang wissen, ist es nicht möglich, aus dem Anschreiben der Polizei direkt zu erkennen, ob sie auf eigene Faust die Vorladung verschickt haben oder hier im (ggf. pauschalen) Auftrag der Staatsanwaltschaft handeln.

In nächster Zeit gibt es hoffentlich noch genauere Einschätzungen zu dieser Gesetzesänderung, etwa durch die Rote Hilfe und/ oder die verschiedenen Ermittlungs-Ausschüsse. Kürzere Texte gibt es hierzu bereits etwa bei der Roten Hilfe Leipzig und der Roten Hilfe Thüringen.

Die Rote Hilfe Leipzig schreibt:
„Doch auch als Zeug*in habt ihr stets Anspruch auf die Anwesenheit oder zumindest vorherige Konsultation einer*s Anwält*in, worauf ihr auch immer bestehen solltet. Verlangt im Zweifel eine schriftliche Vorladung zu einem späteren Termin um Zeit zu gewinnen. Sofern ihr Post von den Cops bekommt, achtet drauf, ob ein Verweis auf einen staatsanwaltlichen Auftrag und eine Belehrung über die evtl. Konsequenzen deines Nichterscheinens enthalten ist."

PS:
Etwa zur gleichen Zeit wurde auch mal eben der staatliche Online-Angriff auf Rechner, Mobiltelefone und andere Geräte legalisiert [...]

PPS:
Auch die drastische Strafverschärfung bei angeblichem „Widerstand" gegen Polizist*innen wurde mittlerweile vom Bundestag beschlossen und der Bundesrat hat keine Einwände geäußert.

PPPS: In Bayern ist gerade eine Gesetzesänderung in Kraft getreten, die unbegrenzten Präventivknast ermöglicht – explizit auch gegen „linke Chaot*innen" wie uns gerichtet

Also Repression auf breiter Front – lassen wir uns davon nicht einschüchtern! Die Gesetzesverschärfungen sind auch ein Zeichen ihrer Furcht… Und uns hilft nur die Organisierung…

PPPPS: Alle diese Gesetze – mit Ausnahme des Landesgesetzes zu Präventivhaft in Bayern – wurden vom Bundesrat bestätigt. Das heisst – bei den aktuellen Partei-Verteilungen dort – dass auch die Vertreter*innen der Partei „Die Grünen" alle diese miesen Überwachungs- und Repressionsgesetzen gegen soziale Bewegungen für richtig halten und ihnen zugestimmt haben. Dies nur als Anmerkung, falls noch Menschen denken, es könnte (noch) irgend eine Basis der Zusammenarbeit zwischen der Partei „Die Grünen" und den sozialen und politischen Bewegungen geben – aber diese Frage dürfte sich allerspätestens nach dem G20-Gipfel in Hamburg wohl eh erledigt haben.

Initiativkreis gegen Polizeigewalt Berlin

http://ikgpg.blogsport.de/

Expect resistance

Infos zu den verschärften Widerstandsparagraphen

Folgend auf den Bundestagsbeschluss vom 27.04.2017, wo neben anderen Gesetzesverschärfungen auch die Erweiterung der Sanktionierungsmöglichkeiten von Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte, §§ 113 ff. StGB, beschlossen wurde, traten die Änderungen am Dienstag, den 30.05.2017 in Kraft.

Unter den sieben Sachverständigen im Rechtssausschuss zur Anhörung waren übrigens drei Polizist*innen: Angehörige der Berufsgruppe, welche laut GdP (Gewerkschaft der Polizei) nun „seit acht Jahren um diese Norm kämpft". Naheliegendes Motiv für das Einbringen des Gesetzes und das zugehörige schnelle Verfahren mag der im Juli diesen Jahres anststattgefundene ehende G20-Gipfel in Hamburg sein, zu dem mit breiten Protesten zu rechnen war, welche den Polizist*innen vor Ort haufenweise Anwendungsfälle für die verschärften §§ 113 ff. StGB bieten werden.

Die konkreten Änderungen

Die Gesetzesänderung regelt im wesentlichen vier Aspekte neu: Der bisherige § 114 wird zu § 115, und umfasst nun auch „tätliche Angriffe" gegen Personen die Vollzugsbeamten gleichstehen, z.B. Rettungskräfte. Zuvor waren lediglich Widerstandshandlungen unter Strafe gestellt. Relevanter für unsere politische Praxis sind hierbei aber die weiteren drei Apsekte der Gesetztesänderung. Der bisherige § 113 wird nun aufgeteilt in § 113, welcher Widerstandshandlungen umfasst, und in § 114, welcher „tätliche Angriffe" normiert. Das Strafmaß bei § 113 bleibt bei Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe.

Der neu formulierte § 114 beinhaltet den „tätlichen Angriff" gegen Vollzugsbeamt*innen als eigenen Straftatbestand. Anwendung findet dies nicht nur bei Vollzugshandlungen, sondern bei jeder beliebigen Diensthandlung. Der „tätliche Angriff" wird im Sinne des § 114 als jede aktive Handlung gegen den Körper der Polizist*innen definiert.

Dies greift zum Beispiel auch, wenn du versuchst dich aus einem Polizeigriff zu befreien oder den Arm einer*s Polizist*in bei einer versuchten Ingewahrsamnahme wegschlägst. Das Mindeststrafmaß bei § 114 beträgt 3 Monate Freiheitsstrafe. Eine Möglichkeit zur Milderung ist nicht vorgesehen, also sind Richter*innen auch dazu verpflichtet, dieses Strafmaß tatsächlich zu verhängen.

Eine Verschärfung des § 114 auf ein Mindeststrafmaß von 6 Monaten Freiheitsstrafe ist dafür aber vorgesehen. Der § 114 Abs. 2 richtet sich nach den Vorschriften des § 113 Abs. 2. Besonders hervorzuheben bei diesen Fällen ist, dass bereits das bloße Mitführen einer Waffe oder eines gefährlichen Werkzeugs als besonders schwere Widerstandshandlung oder besonders schwerer tätlicher Angriff erfasst wird, völlig unabhängig von einer etwaigen Verwendungsabsicht. Dabei wird aber nicht nur das eigene Mitführen unter Strafe gestellt, sondern auch, wenn eure Begleiter*innen einen enschlägigen Gegenstand bei sich tragen. Das gleiche verschärfte Strafmaß ist auch dann einschlägig, wenn der Tatbestand gemeinschaftlich verwirklicht wird.

Ein paar anschließende Vergleiche…

…als ein gefährliches Werkzeug wird in der Rechtsprechung jeder Gegenstand gehandelt, welcher objektiv nach seiner Beschaffenheit und der Art seiner konkreten Verwendung geeignet ist, erhebliche körperliche Verletzungen herbeizuführen, z.B. Glasflaschen oder spitze Nagelfeilen

…ein Mindeststrafmaß von 6 Monaten findet sich im Gesetz sonst nur bei Straftaten, wie schwerer Körperverletzung und Zwangsprostitution, nicht einmal jedoch bei der vollendeten einfachen Körperverletzung

…schon der Versuch ist strafbar

Hintergründe der Änderung

Als Anlass für die Verschärfung des Gesetzes wurde ein permanenter Anstieg von Widerstandshandlungen und tätliche Angriffe auf Polizeibeamt*innen herangezogen. Woher diese Annahme kommt, ist unklar. Es gibt de facto keine eigene Zählung von tätlichen Angriffen auf Polizeibeamt*innen, die Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamt*innen gingen zurück.

Für die hier angeführte Zahl von Angriffen auf Polizeibeamte sind nicht etwa strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder gar eine rechtskräftige Verurteilung unter dem Vorwurf des § 113 StGB, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, oder §§ 224 ff. StGB, Körperverletzung, relevant, sondern allein das subjektive „Opfergefühl" der sich betroffen fühlenden Polizeibeamt*innen. Das heißt, bei der Zählung sogenannter Angriffe wird sich weder an einer allgemeingültigen Definition des Begriffs, noch am geltenden Recht orientiert, sondern an bloßen Befindlichkeiten der Polizei. Auch ein ausgeprägter Corpsgeist kann hier dazu führen, dass sich gleich eine ganze Einheit angegriffen und als Opfer fühlt, obwohl sie faktisch gar nicht betroffen sind.

So können die Opferzahlen steigen, auch wenn die Fallzahlen stabil bleiben oder sich gar verringern. Auch scheint es unter Polizeibeamt*innen verbreiteter Habitus zu sein, ihre Opfereigenschaft statistisch registrieren zu lassen, so sind die Zahlen bei ihnen hier eklatant höher als in der Allgemeinbevölkerung. Bei gefährlichen Körperverletzungen beispielsweise werden in der allgemeinen Statistik pro vollendetem Delikt circa 16% Versuche angezeigt, bei Polzeibeamt*innen beträgt die Zahl der angezeigten Versuche hingegen 125%. Der objektive Aussagegehalt der zur Begründung angeführten Zahlen wird auch dadurch relativiert, dass die Polizei ihre Kriminalstatistik selbst führt und diese nicht durch objektive Außenstehende prüfen lässt.

Als Begründung für die Notwendigkeit einer Verschärfung der §§ 113 ff. StGB wird auch regelmäßig das Argument herangebracht, dass bis dato Polizeibeamt*innen einen strafrechtlichen Schutz nur dann genießen, wenn diese dabei sind, eine Vollstreckungshandlung durchzuführen und damit ungleich behandelt werden. Das ist falsch. Das gesamte Strafrecht sieht bereits einen umfassenden Katalog an alternativen Verbotsnormen zur Sanktionierung oben genannter Handlungen vor: Beleidigung, Bedrohung, Nötigung, Körperverletzung, usw. Der „tätliche Angriff" ist dabei zumeist schon von den Verbotsnormen der (versuchten) Körperverletzung gedeckt, soweit eine Verletzungsabsicht vorliegt. Eine Verschärfung der §§ 113 ff. StGB hat dann zur Folge, dass auch eine potentielle Angriffshandlung ohne Verletzung oder Verletzungsabsicht schon eine Mindeststrafe auslöst. Die Verschärfung der §§ 113 ff. StGB stellt damit eindeutig eine Priviligierung der Polizei als solche dar – ein typisches Merkmal autoritärer Staaten.

Was heißt das für unsere politische Praxis?

Die Anwendung der §§ 113 ff. StGB im Zusammenhang mit Versammlungen wird deutliche Folgen haben. Einerseits liegt wegen einer intensivierten Abschreckungswirkung eine vermehrte Nicht-Teilnahme an Versammlungen bzw. die Nicht-Vornahme bestimmter Handlungen nahe. Andererseits aber auch, wenn es zu Verurteilungen nach den §§ 113 ff. StGB kommt, welche es für Aktivist*innen verunmöglicht, weiterhin von der Versammlungsfreiheit Gebrauch zu machen.

Die Begründung zur Verschärfung der §§ 113 ff. StGB nimmt außerdem eine Verschiebung des ursächlichen Moments vor. So wird es dort so dargestellt, als ob Bürger*innen ständig einfach so Polizist*innen angreifen würden, wobei verkannt wird, dass immer zuerst eine polizeiliche Zwangsmaßnahme vorausgeht, welche die Konfliktsituation eskaliert. So sind es die Polizist*innen selbst, mehrfach bewaffnet, im Schutzanzug gekleidet und im Nahkampf ausgebildet, welche Kontakt und Stressmomente zu den Aktivist*innen aufbauen, diese hochschaukeln und dann auch noch den Moment definieren, wann die Schwelle zur strafbaren Widerstandshandlung überschritten ist. Wenn dann Verfahren zu einer Mittels der §§ 113 ff. StGB geführten Gegenanzeige geführt werden, wird sich wieder zeigen, wie viel mehr Glaubwürdigkeit Polizeizeug*innen zugesprochen wird.

Im Prozess sind sie dann meist einziges und eigenes, aber immer doch nach der Logik des Staates per se objektives und glaubwürdiges Beweismittel und kollektives Opfer zugleich, generell gültige und normierte Grundsätze des Strafverfahrens, wie die Unschuldvermutung an die*den Angeklagte*n, sind hier meist nicht relevant.

Rote Hilfe Leipzig, Juni 2017



Berlin: DNA-Entnahme vollstreckt

Die Zähne zeigt, wer das Maul aufmacht

Seit rund vier Monaten versuchten LKA und Staatsanwaltschaft eine DNA-Entnahme durchzusetzen. Nachdem das Landgericht Berlin die Beschwerde gegen die ausstehende DNA-Entnahme Mitte Juni verworfen hatte, wurde der Beschluss am 10. Juli im Beisein eines Rechtsanwalts vollstreckt. Zuvor hatten am Morgen des 28. Februar 2017 in Berlin mehrere Hausdurchsuchungen stattgefunden. Etwa 30 Beamte durchsuchten Privaträume in Mitte und Kreuzberg und brachten Beschlüsse zur DNA-Entnahme mit. In einem Fall rückte ein mit Maschinenpistolen ausgerüstetes Sondereinsatzkommando an. Anhaltspunkte für eine Straftat ergaben die Durchsuchungen jedoch nicht. Der folgende Text liefert einen Abriss der skandalösen Ermittlungen und Gerichtsentscheidungen, die heute zur Vollstreckung einer weiteren DNA-Entnahme geführt haben.

Auseinandersetzung mit einem Neonazi

Anlass bot der Vorwurf einer gemeinschaftlichen gefährlichen Körperverletzung zum Nachteil eines Neonazis, die sich im Dezember 2015 in Kreuzberg ereignet hatte. Peter Brammann, der wegen Volksverhetzung und des "Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" verurteilte Sänger der Neonazi-Rockband "Deutsch, Stolz, Treue" (D.S.T.), sei damals in der Köpenicker Straße „mittels eines gefüllten Strumpfes" angegriffen worden und habe "diverse Prellungen" erlitten. In ärztliche Behandlung begab er sich danach nicht. Brammann werden Kontakte zu überregional bekannten Nazi-Bands wie "Spreegeschwader" und "Landser" sowie zu militanten Netzwerken wie "Blood and Honour" und den sogenannten "Hammerskins" nachgesagt (1, 2). Seine Band "Deutsch, Stolz, Treue" veröffentlichte unter anderem Lieder wie "Rassenschande", "Deutsches Volk erwache" und "Kauft nicht bei Juden".

Tatnachweis durch DNA?

Offenkundig konnte das LKA in den eineinhalb Jahren nach dem Vorfall keine stichhaltigen Anhaltspunkte liefern und so konzentrieren sich die Bemühungen zuletzt auf Anhaftungen von DNA, die sich an einer am Tatort aufgefundenen Jacke befunden haben soll.

Im Sommer 2016 meldete die zentrale DNA-Datenbank des BKA in diesem Zusammenhang eine Übereinstimmung mit einem DNA-Profil, welches sich an einem Gegenstand befunden hatte, der acht Jahre zuvor bei einer Personenkontrolle sichergestellt worden war. Die Beamten hatten den Gegenstand damals nicht eindeutig einer von zwei damals kontrollierten Personen zuordnen können. Obwohl die Personenkontrolle keine unmittelbaren Konsequenzen nach sich zog, wurde der damals sichergestellte Gegenstand zur molekulargenetischen Untersuchung freigegeben und das Profil einer darauf befindlichen DNA-Spur analysiert. Anschließend wurde es in der zentralen DNA-Datenbank des Bundeskiminalamts gespeichert und ein Vermerk gefertigt, der eine Verbindung zu den beiden damals kontrollierten Personen herstellt.
Nach dem Vorliegen des DNA-Treffers insistierte das LKA im Mai 2016 darauf, dass zu klären sei, welche der beiden Personen als Spurenverusacher in Frage käme. Nach Ansicht des LKA komme, wer auch immer die Spur von 2009 verursacht hat, als möglicher Tatverdächtiger in der Auseinandersetzung mit dem Neonazi aus dem Jahr 2015 sowie für weitere in der Vergangenheit zu seinem Nachteil verübte Straftaten in Betracht.
Eine vom LKA verfasste Beschlussanregung zur DNA-Entnahme wurde von der ermittlungsführenden Staatsanwaltschaft im Juli jedoch abgelehnt: Eine DNA-Spur kann auf unzähligen Wegen an einen Gegenstand oder einen späteren Tatort gelangt sein und lässt keine zuverlässigen Rückschlüsse darauf zu, ob bestimmte Personen zu einem Tatzeitpunkt anwesend waren. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine DNA-Spur über Dritte an den späteren Fundort gelangt ist. Ohne weitere Tatsachen kann auf Basis von DNA-Spuren deshalb kein Tatnachweis erbracht werden. Die zuständige Staatsanwaltschaft war sich dieser Beweisproblematik bewusst, als sie die Beschlussanregung des LKA im Sommer zurückwies und stattdessen erbat, dem zunächst verbliebenen Ermittlungsansatz einer Lichtbildvorlage nachzugehen.

Im September 2016 wurde der Geschädigte durch das LKA vorgeladen. Ihm wurden Bilder der namhaft Gemachten vorgelegt. Bei keinem von beiden führte dies zu einer Identifizierung. Darauf hin änderte die Staatsanwaltschaft ihre Haltung zu einer DNA-Entnahme und ließ im November 2016 einen DNA-Beschluss für beide

Personen ausstellen. Dieser sollte bei beiden Betroffenen zeitgleich mit der Durchsuchungen ihrer Räumlichkeiten vollstreckt werden.

Ermittlungen am Rande der Verhältnismäßigkeit

Die Möglichkeit, dass die DNA mit einem der beiden übereinstimmt, führte in der Konsequenz für beide Betroffenen zu einer Hausdurchsuchung. Im Februar 2017 wurden die Beschlüsse vollstreckt, verliefen jedoch – abgesehen vom obligatorischen Ausforschen der Lebensumstände der Betroffenen; immerhin wurden auch die Inhalte von Kleiderschrank und Bücherregal vom Staatsschutz protokolliert – ergebnislos. Ein konkreter Tatverdacht ließ sich durch nichts erhärten. Nichtsdestoweniger wurde einer der Beschuldigten während der Durchsuchung angetroffen und musste vor Ort seine DNA abgeben. Als das SEK wenige Stunden zuvor mit Rammbock und Maschinenpistole in die Wohnung des anderen Betroffenen eingedrungen war, konnte dieser zu Hause nicht angetroffen werden und der zweite Beschluss zur DNA-Entnahme blieb daher vorerst unvollstreckt.

Beide Betroffnenen legten gegen die polizeilichen Maßnahmen umgehend Widerspruch ein und beantragten Akteneinsicht. Im Falle der nicht vollstreckten DNA-Entnahme stellte sich nach Bekanntgabe des Tatvorwurfs heraus, dass der Betroffene zur angegeben Tatzeit an seinem Arbeitsplatz war.
Drei Tage nach den Razzien erhielten LKA und Staatsanwaltschaft eine entsprechende Stellungnahme des Arbeitgebers sowie einen Auszug des Dienstplans, in dem festgehalten worden war, dass der Betroffene sich am Vormittag des Tattages durchgängig an seinem Arbeitsplatz aufgehalten hatte. Die vom Betroffenen ausgeübte Tätigkeit lässt zudem keine Möglichkeit, sich unbemerkt vom Arbeitsplatz zu entfernen. Außerdem hätte der Betroffene von seiner Arbeitsstelle bis zum Tatort die halbe Stadt durchqueren müssen. Statt mit einer Überprüfung der Angaben bei seinem Arbeitgeber reagierten die Behörden eine Woche später mit einer Vorladung zur DNA-Entnahme.

Protest und Widerstand gegen DNA-Entnahme

Da die ersichtlichen Ermittlungsansätze bereits ausgeschöpft waren und dabei nichts zur Belastung der beiden Personen erbracht wurde, begründete der Betroffene seine Weigerung gegen die ausstehende DNA-Entnahme damit, dass dieser Eingriff in seine Grundrechte in keinem Verhältnis zum absehbaren Ergebnis steht. Gleichgültig, wie ein DNA-Ableich ausfallen würde – das wusste im Juli auch die Staatsanwaltschaft –, ist die Frage der Täterschaft auf diesem Wege nicht zu klären und das Verfahren mangels weiterer Ermittlungsansätze einstellungsreif. Die jüngst erfolgte Hausdurchsuchung hatte nichts ergeben, ein Wiedererkennen durch Zeugen oder Geschädigte war nicht möglich, und es war nicht ersichtlich, woraus die Ermittlungsbehörden noch belastende Tatsachen ermitteln sollten.

Schließlich gab es auch ein Alibi und damit eine den Behörden bekannte Tatsache, die dazu geeignet war, den Beschuldigten vollständig vom Tatvorwurf zu entlasten. Ausgehend vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erschien es äußerst fragwürdig, warum die Ermittelnden sich nicht dazu angehalten sahen, diese Tatsachen vor der Durchsetzung weiterer Grundrechtseingriffe zu überprüfen.

Rund vier Monate dauerte es, bis das Berliner Landgericht über die Maßnahme entschieden hatte. Da der beschrittene Rechtsweg für solche polizeilichen Maßnahmen keinen Aufschub vorsieht, zog der Betroffene es vor, sich bis zur Klärung den Behörden zu entziehen. Zehn Wochen nachdem der Vorladung zur DNA-Entnahme keine Folge geleistet worden war, veranstalteten Unterstützer*innen Ende Mai vor dem Sitz der Staatsanwaltschaft am Amtsgericht Tiergarten eine Kundgebung, um gegen die „fortwährende Kriminalisierung und molekulargenetische Erfassung von Antifaschisten“ zu protestieren. Die Behörden hatten die Angaben der Arbeitsstelle bis zuletzt nicht überprüft und waren nicht mit ihr in Kontakt getreten, um ein mögliches Alibi zu verifizieren. Hierüber gelang es, ein kritisches Presseecho zu erzeugen und die fragwürdige Praxis einseitiger Ermittlungen bei gleichzeitiger Sammelwut in gewissem Rahmen zu skandalisieren: „Verdächtigt trotz Alibi“ (nd) – „Fragwürdige Spuren“ (taz).

Gerichte kontrollieren die Exekutive?

Das Berliner Landgericht hat die Beschwerde gegen die ausstehende DNA-Entnahme im Juni als unbegründet zurückgewiesen. Auf den Beschwerdeinhalt des ungeprüften Alibis und die Frage nach der Verhältnismäßigkeit, diesen Hinweisen nicht nachzugehen, gingen die Richter nicht ein.

Das Gericht gibt an, dass die DNA, die sich am sichergestellten Gegenstand aus der Personenkontrolle sowie an der Jacke vom Tatort befunden habe, zwischenzeitlich einer anderen Person zugeordnet worden sei. Für das Gericht ist dies allerdings kein Anlass, von weiteren DNA-Entnahmen abzusehen: Ein Telefonat mit der Gerichtsmedizin habe ergeben, dass die DNA-Spur von der Jacke möglicherweise dazu geeignet ist, noch einen weiteren Treffer zu erzielen. Die ausstehende DNA-Entnahme stelle eine „weniger schwere Einwirkung“ dar und sei angesichts des „Tatverdachts“ verhältnismäßig. Hinsichtlich des Tatverdachts vollzieht das Gericht an dieser Stelle eine 180-Grad-Wendung. Ging es bei den gegen die Beschuldigten gerichteten Beschlüssen zur DNA-Entnahme bisher angeblich darum aufzuklären, wer die Spur an dem Gegenstand von 2009 verursacht haben könnte, scheint dieser Anhaltspunkt nunmehr im Falle einer weiteren DNA-Entnahme obsolet geworden zu sein. Der Betroffene muss seine DNA zum Abgleich mit Spurenmaterial vom Tatort zur Verfügung stellen, ohne dass es eines hinreichenden Anhaltspunktes bedarf, ihn mit dem Geschehen in Verbindung zu bringen. Angesichts bisheriger Ermittlungsergebnisse nur folgerichtig, bleibt das Gericht jede Form einer konkreten Herleitung schul-

dig und weiß auch keine neuen Tatsachen anzuführen, um einen Zusammenhang zu begründen.

Dem logischen Einwand des Beschwerdeführers, dass das Verfahren – ob mit oder ohne DNA-Nachweis – einstellungsreif sei, entgegnet das Gerichtet, dies könne erst nach abschließender „Abwägung aller erhobenen Beweise" – sprich nach Durchsetzung aller Beschlüsse –, eingeschätzt werden.

Mit anderen Worten: Haben Ermittlungsbehörden sich eine Maßnahme in den Kopf gesetzt, und sei sie für das Verfahren auch noch so sinnbefreit, wird dieses Gericht sie nicht daran hindern, in Grundrechte von Betroffnen einzugreifen. Schließlich können Verhältnismäßigkeit und Zweck erst nach Abwägung aller erhobenen Beweise beurteilt werden. Eine effektive Kontrolle durch die Judikative wird damit ausgehebelt. Der Kriminalisierung von Betroffenen und dem willkürlichen Umgang mit Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen durch die Behörden bleibt damit Tür und Tor geöffnet.

Der Überwachungsstaat holt auf

Im Hinblick auf die zunehmende Anwendung von Maßnahmen, die mittels Erfassung und Auswertung menschlicher DNA einen tiefgreifenden Eingriff in die informelle Selbstbestimmung der Betroffenen darstellen, zeigt dieses Defizit ein fatales Ausmaß. Die Fortschritte auf dem Gebiet der DNA-Technologie haben in den Vergangenen Jahren bei den Sicherheitsbehörden offensichtlich ernstzunehmende Begehrlichkeiten geweckt. So ermöglicht die Erfassung und Speicherung von DNA ein bisher ungeahntes Ausmaß an Kontrolle. Dies zeigt sich nicht bloß in der stetigen Ausweitung auf immer neue und geringfügigere Tatbestände. Insbesondere in der Kategorie Staatsschutz kommen DNA-Analysen seit einigen Jahren vermehrt zum Einsatz. Das die Verhältnismäßigkeit dabei oft außern vor bleibt, scheint weder dummer Zufall noch ein Versäumnis zu sein, sondern dem Interesse einer umfassenden Ausforschung und Kontrolle unliebsamer Aktivsten geschuldet.

Eine kritische Debatte über die damit einhergehende Entgrenzung von staatlicher Kontrolle und Überwachung führt abseits traditioneller Antirepressions- und Bürgerrechtsstrukturen noch immer ein Schattendasein.

Spendenkonto:

Konto: Rote Hilfe e.V.
Institut: GLS Bank
IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17
BIC: GENODEM1GLS
Verwendungszweck: whentheykick

whentheykick.blogsport.de

Sächsische SPD will Polizei-Befugnisse erweitern

Seit Herbst 2016 untersucht im Auftrag der sächsischen SPD eine Expertenkommission „Innere Sicherheit", wie die Arbeit von Polizei und Justiz im Freistaat verbessert werden kann. Am vergangenen Mittwoch wurden erste Arbeitsergebnisse zur „Ausgestaltung des Sächsischen Polizeigesetzes" vorgestellt. Während Berlins früherer Justiz- und langjähriger Innensenator Ehrhart Körting eingangs noch über eine „vernünftige Balance" von Freiheit und Sicherheit sprach, werden bei einem Blick in das vorgelegte Arbeitspapier Pläne für weitreichende Grundrechtseinschränkungen und einen Ausbau polizeilicher Befugnisse deutlich.

Angesichts keineswegs neuer Phänomene, wie „gewalttätigem politischen oder religiösen Extremismus", hält es die sächsische SPD für „richtig und wichtig", in Zukunft verstärkt gegen so genannte „Gefährder" vorzugehen. Dass es sich dabei in aller Regel um Personen handelt, bei denen kein konkreter Hinweis vorliegen muss, dass sie eine Straftat planen, wird ebenso häufig verschwiegen, wie der bislang fehlende klare rechtliche Rahmen. Derzeit entscheiden allein Polizeibehörden anhand kaum kontrollierbarer Kriterien, ob eine Person als Gefährder gilt oder nicht. Zugleich ist davon auszugehen, dass die Liste der von der Polizei als problematisch eingestuften Personen später ergänzt werden dürfte.

Wie weit die Diskussion über die präventive Inhaftierung von Menschen inzwischen fortgeschritten ist, zeigt ein in Bayern mit den Stimmen der CSU in der letzten Woche beschlossenes Gesetz, wonach Gefährder künftig auf unbestimmte Zeit in Präventionshaft genommen werden können. Als ersten Schritt und als Reaktion auf einen islamistisch motivierten Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016, hatte der Deutsche Bundestag trotz Kritik aus den Reihen der Oppositionsparteien im April mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD die Einführung der so genannten „elektronischen Fußfessel" auch für Gefährder beschlossen.

In Sachsen plant die SPD darüber hinaus angesichts der „Heftigkeit der bundespolitischen Debatte" auch hierzulande eine Erweiterung der Videoüberwachung an „Kriminalitätsbrennpunkten", um damit wider besseres Wissen „Entwicklungen an derartigen Schwerpunkten zu erkennen, Gegenmaßnahmen daraus herzuleiten und damit auch Straftaten zu verhindern". Auch dabei sollen vor allem „polizeiliche Lageerkenntnisse" in die Bewertung einfließen. Dass die Videoüberwachung jedoch nicht nur auf bestimmte, von der Polizei zuvor festgelegte Orte begrenzt bleiben soll, wird im Nebensatz deutlich: so sehen die Pläne auch eine Überwachung der Wege von und zu Kriminalitätsschwerpunkten vor.

Obwohl sich in der Vergangenheit die Nutzung „anlassbezogener mobiler automatisierter Kennzeichenerkennung" als wenig hilfreich herausgestellt hat, sollen nach den Vorstellung der SPD in Sachsen demnächst auch



„Die Polizei hat zu jeder Zeit alle schützen wollen.“
„Das hat in den meisten Fällen sehr gut funktioniert.“
„Leider hat es bei einigen Angriffen etwas länger gedauert, bis die Polizei vor Ort war.“
(Argumentierhilfe der Hamburger SPD für das Bürgergespräch)

stationäre Kennzeichenerfassungsgeräte eingerichtet werden. Mit ihrem Vorschlag greift die Expertenkommission lediglich einen Wunsch des sächsischen Innenministers Markus Ulbig vom Koalitionspartner CDU auf, der sich bereits Ende vergangenen Jahres für den Einsatz stationärer Systeme zur „vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung“ eingesetzt hatte.

Zudem hält die Kommission nicht nur den Einsatz von IMSI-Catchern zu „präventiven Zwecken“, sondern auch die Verkehrsdatenabfrage bei Betreibern gespeicherter Telefonverbindungsdaten sowie auch das Mittel der Funkzellenabfrage (FZA) grundsätzlich für „sinnvoll“ und sieht keine Probleme bei der Vereinbarkeit mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Die mit diesen Forderungen notwendigen Gesetzesänderungen sind damit nicht nur eine nachträgliche Legitimierung sächsischer Polizeipraxis, sondern eröffnen Sicherheitsbehörden in der Zukunft zahlreiche Möglichkeiten, um große Teile der Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen.

Nach den polizeilichen Gewaltexzessen auch durch sächsische Einheiten anlässlich des Treffen der G20 in Hamburg, sieht die SPD vor allem Nachholbedarf bei Angeboten für die Nachbearbeitung solcher Einsätze. Neben Supervision durch hauptamtliche Kräfte, sollen im Beamtengesetz Regelungen geschaffen werden, um rechtskräftig festgestellte Schmerzensgeldansprüche geltend machen zu können. Von einer wie in anderen Bundesländern schon seit geraumer Zeit eingeführten und in Sachsen erst kürzlich erneut abgelehnten Kennzeichnungspflicht oder dringend notwendigen Grundrechtsschulungen in der Polizeiausbildung ist in dem 11-seitigen Papier kein Wort zu lesen.

Haftstrafe für Protest gegen PEGIDA

Mit der Verurteilung zu einer mehrmonatigen Haftstrafe endete am Montag der Prozess gegen einen 27 Jahre alten Nazigegner am Dresdner Amtsgericht. Dem bei seiner Festnahme verletzten Mann war von der Dresdner Staatsanwaltschaft vorgeworfen worden, im November vergangenen Jahres am Rande einer Kundgebung PEGIDA einen Beamten der Dresdner Beweis- und Festnahmeeinheit (BFE) mit einem Regenschirm geschlagen und verletzt zu haben.

Als Reaktion auf eine Demonstration von etwa 2.100 PEGIDA-Anhängerinnen und Anhängern hatten am 7. November 2016 sowohl das Bündnis „Dresden Nazifrei“, als auch die Gruppe NOPE. Gegenproteste in der Stadt organisiert.

Unweit der wöchentlichen Demonstration von PEGIDA durch die Dresdner Innenstadt war es dabei auch auf dem Neumarkt zu Protesten in Hör- und Sichtweite gekommen. Als daraufhin eine Dresdner BFE-Einheit die rund 30 demonstrierenden Menschen geschubst und



zielgerichtet mit Faustschlägen angegriffen hatte, soll der Angeklagte, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, einen der eingesetzten Beamten mit einem Regenschirm attackiert und am Kopf verletzt haben. Bei der anschließenden Festnahme zog sich der 27-Jährige an mehreren Stellen Verletzungen zu, als er nach eigener Aussage von der Polizei gegen ein Einsatzfahrzeug gestoßen wurde.

Nachdem der Vorsitzende Richter Arndt Fiedler schon während des Prozessverlaufs mehrfach Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Versammlungen als „Störer" bezeichnet und einen Entlastungszeugen als unglaubwürdig abgelehnt hatte, verurteilte er den Angeklagten nach dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft zu einer achtmonatigen Gefängnisstrafe. Im Unterschied dazu hatte zuvor die Dresdner Staatsanwaltschaft gefordert, den bislang noch nicht einschlägig vorbestraften Angeklagten wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Körperverletzung zu einer achmonatigen Bewährungsstrafe zu verurteilen.

Gegenüber Radio Dresden kündigte die Verteidigung an, gegen das bislang noch nicht rechtskräftige Urteil Berufung einzulegen. Im Unterschied zur Anklage sei der Regenschirm nach Auffassung seiner Rechtsanwältin durch ihren Mandanten lediglich zum Schutz bewegt worden. Verwundert zeigte sie sich über die ungünstige Sozialprognose des Richters, welcher den besonderen Schutz der Beamten als höheres Gut angesehen habe. „Rechtsstaatlichkeit und die Objektivität der Justiz", so die neu gegründete Solidaritätsgruppe in einer ersten Stellungnahme zum Prozessausgang, „sind keine Prinzipien, die aus einer Laune heraus, seien es Vorurteile gegen linksalternative Demonstrierende oder ein starkes Solidaritätsgefühl mit Polizeibeamt*innen, über Bord gekippt werden dürfen."

US-Justizministerium will Adressen

aller Besucher*innen von disruptj20.org

Im Zuge der juristischen Aufarbeitung von Ausschreitungen während der Proteste gegen die Amtseinführung von Donald Trump will das US-Justizministerium auch die IP-Adressen aller Besucher einer Website. Dort wurden Gegenproteste organisiert.

Die US-Regierung fordert von einem Web-Hoster Daten zu mehr als 1,3 Millionen Personen, die eine Website besucht haben, über die Proteste gegen US-Präsident Donald Trump organisiert wurden. Wie der US-Provider Dreamhost in einem Blogeintrag erläutert, verlangt das US-Justizministerium die IP-Adressen aller Besucher der bei Dreamhost gehosteteten Seite disruptj20.org. Dort wurden Proteste gegen die Amtseinführung von Donald Trump organisiert.

Was genau der Seite und ihren Besuchern vorgeworfen wird, weiß Dreamhost nach eigenen Angaben allerdings nicht. Das Unternehmen habe lediglich den Durchsuchungsbefehl erhalten, der nicht nur alle verfügbaren Daten zu den Betreibern der Seite sondern auch deren Besuchern verlangt.

Wie Dreamhost erläutert, ist es nicht ungewöhnlich, dass Strafverfolger Informationen zu Kunden verlangen, gegen die ermittelt wird. In diesem Fall gehe es aber nicht nur um die Macher der Seite selbst, sondern auch alle mehr als 1,3 Millionen, die diese angesurft haben. Deren IP-Adressen könnten genutzt werden, um sie zu identifizieren, obwohl sie lediglich ihr verfassungsmäßiges Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ausgeübt hätten. Der US-Regierung geht es bei den Ermittlungen um Ausschreitungen im Zuge der Zeremonie zur Amtseinführung Donald Trumps am 20. Januar. In dem Zusammenhang müssen sich Hunderte Demonstranten vor Gericht verantworten. Zu den Ausschreitungen war es am Rande friedlicher Proteste gekommen.

Auf der Internetseite disruptj20.org war Gegenproteste organisiert worden; dem Durchsuchungsbefehl zufolge wirft die US-Regierung den Betreibern aber auch den Besuchern vor, für die Ausschreitungen verantwortlich zu sein.

Am 25.8.17 hat das Obergericht für den Bezirk der US-Hauptstadt Washington D.C. einem eingeschränkten Antrag der US-Regierung auf Herausgabe von Nutzerdaten einer Trump-kritischen Webseite mit Auflagen stattgegeben.

Bankraub in groß: Ganze Bank geraubt

Im Oktober 2016 haben Cyber-Gangster in Brasilien einen besonders perfiden Angriff auf eine Bank ausgeführt. Bei dem von langer Hand vorbereiteten Online-Überfall schafften sie es, fünf Stunden lang die komplette Kontrolle über alle 36 Domains der Bank zu erhalten. Sie leiteten die Kunden währenddessen auf eigene Server um, welche die echten Webseiten der Bank nachahmten und mit Let's-Encrypt-Zertifikaten versehen waren. Da der Web-Browser der Kunden sich so nicht über eine unsichere Verbindung beschwerte, wurden viele von ihnen wohl nicht misstrauisch.

Auf den gefälschten Bankseiten griffen die Betrüger die Login-Daten der sich anmeldenden Kunden ab. Da sie die E-Mail-Server der Bank ebenfalls unter ihrer Kontrolle hatten, konnten Kunden die Bankmitarbeiter nicht erreichen und verdächtiges Verhalten der Webseiten melden. Und die Bank konnte ihre Kunden nicht warnen.

Besonders hinterhältig war auch, den Angriff an einem Samstag durchzuführen – das gab den Bankmitarbeitern noch weniger Spielraum zum reagieren, da wichtige Mitarbeiter nicht auf der Arbeit waren.

Die Kaspersky-Forscher, die den Angriff nun im Detail auf einer hauseigenen Konferenz beschrieben haben, berichten davon, dass der Online-Bankraub nur auf Grund eines Malware-Alarms aufgeflogen sei. Die Ganoven hatten sich mit den geklauten Kontodaten nicht zufrieden gegeben und versucht, jedem Besucher ihrer Fake-Bankserver auch noch Schadcode in Form eines Java-Plug-Ins unterzuschieben. Der Trojaner sollte weitere Login-Daten bei den Opfern abgreifen. Dieser Übermut brachte die Gangster schließlich zu Fall, da die extrem gehäuft auftretenden Malware-Infektionen Warnungen auslösten und schließlich zu der Bank zurückverfolgt werden konnten.

Cyber-Attacke NotPetya

Mit Maersk ist die größte Containerschifflinie der Welt betroffen. Auch TNT Express und Reckitt Benckiser, Hersteller von Sagrotan und Durex, haben immer noch nicht alle Computer bereinigt. Bei TNT verzögert sich die Paketauslieferung.

Unternehmen wie das dänische Industrie-Konglomerat Maersk und der britische Hersteller von Haushaltprodukten Reckitt Benckiser leiden nach wie vor unter den Folgen des Angriffes durch den NotPetya-Trojaner. Maersk betreibt mit der Maersk Line unter anderem die größte Übersee-Transportschifffahrtsgesellschaft der Welt und mit Maersk Oil und Maersk Drilling eine Reihe von Nordsee-Bohrinseln und Bergbau-Unternehmungen auf der ganzen Welt. Reckitt Benckiser vertreibt in Deutschland unter anderem Durex, Sagrotan, Calgonit und Produkte unter der Marke Scholl. Auch die niederländische FedEx-Tochter TNT Express, ein weltweit operierendes Transportunternehmen, ist nach wie vor betroffen.

Computer auf Bohrinseln außer Betrieb, Produktionsstätten stehen still

Nach Informationen von heise online legte der Trojaner bei Maersk Systeme auf Bohrinseln lahm und brachte das Beladen und Löschen von Containerschiffen zum Stocken. Auch die Herstellung von Nivea bei Beiersdorf in Hamburg-Billbrook war demnach betroffen. Maersk ist nach eigenen Angaben nach wie vor mit der Beseitigung der Folgen des Angriffes befasst. Reckitt Benckiser gab gegenüber ZDNet bekannt, man rechne erst gegen Ende August mit einer vollständigen Rückkehr zur Normalität in den eigenen Betriebsstätten. TNT meldet nach wie vor eine Störung der IT-Systeme und weist darauf hin, dass deswegen das Paket-Tracking verzögerte Informationen anzeige. Auch Auslieferungen und das Abholen von Lieferungen verzögern sich seit dem Trojaner-Angriff immer mal wieder. Reckitt Benckiser geht für das laufende Jahr von einem Umsatzrückgang von zwei Prozent statt dem vorausgesagten Gewinn von drei Prozent aus – als Grund wurde eine nicht weiter spezifizierte „Cyberattacke" genannt. Allein bei dieser Firma geht man daher von einem Verlust von über 111 Millionen Euro durch NotPetya aus. Das Unternehmen musste wohl in einigen europäischen Standorten Produktion und zum Teil den Versand für bis zu zwei Wochen einstellen. Auch TNT und Maersk erwarten mehreren Quellen zu Folge erhebliche finanzielle Belastungen.

Erheblicher Schaden für die Weltwirtschaft

Das gesamte Ausmaß des Angriffes auf die Weltwirtschaft lässt sich nach wie vor nicht abschätzen, aber angesichts der bisher genannten Zahlen ist mindestens von hunderten Millionen, wenn nicht gar über einer Milliarde Euro auszugehen. Neben den genannten Unternehmen waren ebenfalls Niederlassungen des deutschen Pharma-Großkonzerns Merck und die britische Werbeagentur WPP von der Malware betroffen. Unzählige kleinere Opfer finden sich in ganz Europa und den USA. In der Ukraine, dem Ausgangspunkt des Trojaners, waren neben der Zentralbank auch Einrichtungen zur Messung der Strahlung im havarierten AKW Tschernobyl betroffen.

Reckitt Benckiser und Maersk sprechen davon, dass Anti-Viren-Software, die in den Firmen im Einsatz war, die Infektion nicht habe aufhalten können. Maersk zufolge haben auch die eingespielten Windows-Updates den Ausbruch des Trojaners nicht verhindern können. Mittlerweile gehen viele Sicherheitsforscher davon aus, dass es sich bei NotPetya nicht um Ransomware, sondern einen Wiper-Trojaner gehandelt hat, der explizit viel Schaden anrichten sollte. Der Geheimdienst der Ukraine spricht von einem Cyberangriff aus Russland.

heise.de

Malware zerstört smarte Geräte

Bereits im April 2017 findet die Sicherheitsfirma Radware eine *Malware* die ähnlich wie das Botnetz Mirai schlecht abgesicherte Geräte des Internet der Dinge (IoT)wie Router, Webcams oder Smart-Home-Infrastruktur angreift. Anders als bei Mirai werden die Geräte nicht gekapert und für DDoS-Attacken eingesetzt, sondern schlichtweg zerstört. Daher der Name *BrickerBot*: Dem Besitzer bleibt am Ende nur eine Kiste mit dem Nutzwert eines Ziegelsteins. Über einen offenen Telnet-Port verschafft sich der Angreifer Zugriff auf das System und führt dort eine Reihe von Befehlen aus, welche seine eigentliche Funktion nachhaltig schädigen. Was die BrickerBot-Urheber antreibt, bleibt ein Rätsel. Mancher Experte vermutet eine Art Guerilla-Aktion gegen all die Hersteller und Besitzer unsicherer IoT-Geräte, die mit ihrer Sorglosigkeit DDoS-Attacken erst ermöglichen.

von heise.de



Chip-Implantat zur Identifikation

Firma will Mitarbeitern Chips einsetzen

Ein Chip zwischen Daumen und Zeigefinger soll Angestellten einer US-Firma Türen und Computer öffnen, und als Zahlungsmethode dienen. Später soll jedermann mitmachen, vom Fitnessstudio-Kunden bis zum Gefängnisinsassen.

Am 1. August steigt in River Falls, Wisconsin, eine „Chip Party“. Mitarbeiter der dort ansässigen Firma Three Square Market (32M) sollen sich dabei einen winzigen NFC-Chip (Near Field Communication) zwischen Daumen und Zeigefinger einer Hand implantieren lassen. Freiwillig. Der Funkchip soll dann zur drahtlosen Identifikation der Person dienen. In der Folge hofft 32M auf eine große Verbreitung bei tausenden Firmen in aller Welt.

„Wir erwarten, dass die RFID-Technik alles vom Bezahlen [in der Kaffeeküche] über das Öffnen von Türen, die Aktivierung von Kopiermaschinen, das Einloggen [...] bis zum Speichern medizinischer Gesundheitsinformationen [...] vorantreiben wird“, meint 32M-CEO Todd Westby, „Eines Tages wird diese Technik standardisiert sein und Ihnen ermöglichen, [den Chip] als Reisepass und Fahrausweis sowie für alle Einkaufsmöglichkeiten und mehr zu nutzen.“

Dass das Bezahlen in der Kaffeeküche als Allererstes erwähnt wird, ist kein Zufall: 32M bietet IT-Systeme und Dienstleistungen für Kleinstgeschäfte in Büros und anderen Arbeitsplätzen. Mitarbeiter können dort typischerweise Getränke und Imbisse kaufen und an einer Selbstbedienungskassa bezahlen. Mehr als 2.000 solcher Kioske betreibt 32M derzeit in Europa, Asien, Australien und Nordamerika. Die Schwesterfirma TurnKey Corrections betreibt mehr als 6.000 Kioske in Gefängnissen.

Schwedisches Vorbild BioHax

32M hofft darauf, später auch die Mitarbeiter ihrer Kunden für das Chip-Programm gewinnen zu können. Auch Kunden von Fitnessstudios und kleiner Lebensmittelgeschäfte hat die US-Firma im Visier. Wohl auch Gefäng-

nisinsassen, worüber die Verlautbarung aber kein Wort verliert.

Ideengeber war laut 32M die schwedische Firma BioHax International. Diese Firma aus Helsingborg hat demnach bereits ihre Belegschaft verchipt. „Wir freuen uns darauf, mit [BioHax] zusammenzuarbeiten und unseren Marktanteil auf eine anderes Level zu bringen“, sagte 32M-Manager Patrick McMullan.

Die BioHax-Webseite zeigt einen NTAG216-Chip von NXP, der in einer 2 mal 12 Millimeter großen Bioglaskapsel steckt. Laut Herstellerspezifikation speichert der NTAG216 924 Bytes und ist für drahtlose Verbindungen bis zehn Zentimeter Abstand ausgelegt. Pro Sekunde können bis zu 106 kbit übertragen werden. Wie bei RFID üblich, wird auch die zum Betrieb des Chips erforderliche Energie drahtlos übertragen.

von heise.de

DISRUPT!

DISRUPT! beschreibt die Versuche, das menschliche Dasein den Anforderungen einer reduktionistischen künstlichen Intelligenz zu unterwerfen. Der Anpassungsdruck des Menschen an die Maschine wirkt bereits jetzt – weit vor einer vollständigen Vernetzung aller mit allem.

Das redaktionskollektiv çapulcu dechiffriert diese – oft unhinterfragte – Entwicklung als Angriff auf unsere Autonomie und analysiert seine entsolidarisierende Wirkung. Denn Technologie ist nie neutral, sondern immanent politisch.

Mit Macht vorangetriebene technologische Schübe sind schwer und selten umkehrbar, sobald sie gesellschaftlich erst einmal durchgesetzt sind und der darüber geprägte ›Zeitgeist‹ selbstverstärkend für die notwendige Stabilisierung gesorgt hat. Warten wir, bis sämtliche Erscheinungsformen und Konsequenzen dieses Angriffs auf unsere Sozialität (all-)gegenwärtig geworden sind, haben wir verloren. Es bliebe uns dann nur noch eine Analyse der vermeintlichen ›Entwicklung‹ in Retrospektive.

Ein Gegenangriff auf die Praxis und die Ideologie der totalen Erfassung erscheint deshalb zwingend notwendig. Die Autor*innen plädieren für die Wiederbelebung einer praktischen Technologiekritik zwischen Verweigerung und widerständiger Aneignung spezifischer Techniken.

Als Buch ab Oktober bei Unrast oder als Broschüre im Infoladen bzw als pdf auf:

capulcu.blackblogs.org

Amazon - Block Black Friday am 24.11.17

Aktionswoche zur Unterstützung der Streikenden bei Amazon

Seit fast vier Jahren kämpfen Beschäftige bei Amazon für die Anerkennung ihrer Forderungen gegenüber der Unternehmensleitung. Längst geht es dabei nicht mehr nur um wenige Euro mehr Lohn, die ein Tarifvertrag absichern würde, sondern um krankmachende Arbeitsbedingungen, entwürdigende Kontrolle und die Respektlosigkeit des Managements.

Mit einer Aktionswoche rund um den Black Friday am 24.11.17 (Amazons internationalem Schnäppchen-Tag) wollen wir die kämpfenden Belegschaften unterstützen. Am Black Friday wollen wir die Wirkung vorweihnachtlicher Streiks durch die Blockade eines Amazon-Standorts verstärken. Das Innenstadt-Verteilzentrum im Berliner Kudamm-Karree garantiert eine Zustellung der dort lagernden Produkte innerhalb von zwei Stunden (für Prime-Kund*innen sogar innerhalb einer Stunde). Eine in den engen Seitenstraßen durchaus angreifbare Garantie! Solidarische Amazon-Kund*innen schicken in dieser Woche vermehrt (versandkostenfreie) Bestellungen ab und wieder zurück und legen den Retouren solidarische Botschaften an die Belegschaft bei. Weitere solidarische Aktivitäten sind zu erwarten.

Die Tyrannei der panoptischen Fabrik

Leistungsverdichtung und körperliche Langzeitschäden prägen die Arbeitssituation in den Amazon-Werken. Amazons lernende Lagersoftware gibt Tempo und Ablauf aller Arbeitsschritte vor und übernimmt damit die „Steuerung“ der Beschäftigten, die zu Werkzeugen reduziert werden: Sie erkennen Signale, scannen Waren, greifen, heben, schieben, laufen – 20 km pro Tag, 200 Päckchen jede Stunde. Algorithmen (Computerprogramme) erfassen zugleich alle Bewegungen, erstellen individuelle Leistungsprofile und errechnen Durchschnittsproduktivitäten – eine total-überwachende (panoptische) Fabrik, in der die permanente Erfassung und Bewertung zu psychischem Druck und Stress führt.

„Wir sind Maschinen, wir sind Roboter. Es ist, als würde man sich selbst an einen Scanner anschließen. Wir denken nicht selber. Vielleicht trauen sie uns es nicht zu, dass wir als menschliche Wesen denken können.“ (Amazon-Mitarbeiter, Wales)

Durch den immensen Fluss an Echtzeit-Daten kann Amazon die Leistung seiner Mitarbeiter bis ins Detail überwachen. Doch es kommen noch perfidere Methoden zum Einsatz: Per Feedback-App sind Mitarbeiter*innen dazu angehalten, sich permanent gegenseitig zu bewerten und

anonym beim Chef anzuschwärzen. Intrigen sind an der Tagesordnung. Das „schlechteste“ Mitglied eines Teams droht am Jahresende ersetzt zu werden.

Zur Bekämpfung des überdurchschnittlich hohen Krankenstandes von bis zu 20% führte Amazon an einigen Standorten eine „Anwesenheitsprämie“ ein – nicht für jede Mitarbeiter*in einzeln, sondern in Teambewertung. Abteilungen, die in der Summe weniger Krankheitstage auf dem Negativkonto haben, erhalten einen Bonus von 70-150 Euro je Mitarbeiter*in monatlich. Das ist nicht nur Gift für das Arbeitsklima. Es negiert auch Krankheit als normalen Bestandteil des (Arbeits-)Lebens, insbesondere in Folge einer monotonen und einseitigen Arbeitsbelastung.

Fremdbestimmung im digitalen Kapitalismus

Amazon ist stilprägend für ein neues Produktionsmodell, in dem intelligente Informationstechnologie zur effektiveren Unterwerfung menschlicher Arbeit genutzt wird, um neues Wachstum zu erreichen. Die „Industrie 4.0“, die Mensch und Maschine zu einem weltweiten Produktionsprozess optimieren will, versucht die Art, wie wir arbeiten und leben, grundlegend zu verändern. Das betrifft nicht nur die klassische industrielle Produktion, sondern auch die Auslagerung einzelner Tätigkeiten auf sogenannte Crowdworking-Plattformen – letzteres ohne jegliche soziale Absicherung. Im smarten Kapitalismus werden alle Tätigkeiten kleinteilig in einzelne Arbeitspakete zerlegt und unter algorithmischer Regie optimiert und neu zusammengesetzt. Arbeit wird in dieser Form des „Neo-Taylorismus“ weiter enteignet und entwertet.

Die gesteigerte Form der Fremdbestimmung macht bei Amazon nicht am „Werktor“ Halt. Alle werden auch als Nutzer*innen eingebunden in den Prozess permanenter Bemessung und Bewertung – längst nicht mehr nur beim Online-Shopping. Insbesondere Amazons in vielen Diensten aktive künstliche Intelligenz zur Spracherkennung ist ausgelegt auf die Auswertung sämtlicher Lebensregungen. Mit Scoring-Ansätzen der ständigen Bewertung greift Amazon steuernd ein in unsere Informationsbeschaffung, unser Denken. Wollen wir unseren Gegenentwurf einer gesellschaftlichen Teilhabe in weitgehender Selbstbestimmung nicht aufgeben, müssen wir den Prozess der permanenten (Selbst-)Bemessung als Grundlage für (Fremd-)Steuerung angreifen.

Solidarisch gegen die „Arbeit 4.0“

Wir sollten die Kämpfe der picker und packer, die Beschäftigen in der Warenannahme, in Lager und Versand bei Amazon als politisches Feld mit wachsender Bedeutung begreifen. Digitale Techniken des Erfassens, Bewertens und Steuerns bestimmen immer mehr Arbeitsplätze. Das sich verändernde Arbeitsregime stellt eine neue Herausforderung für Arbeitskämpfe dar. Vielfach gibt es für die App-gesteuerten Arbeiter*innen nicht einmal mehr soziale Orte der Begegnung. Die neuen „Dienstboten auf Abruf“ von Deliveroo und Foodora organisieren sich trotzdem europaweit und kämpfen aktuell, wie die Amazon-Streikenden, gegen eine algorithmische Verdichtung und Entwertung ihrer Arbeit und für Selbstbestimmung und weniger krank machende Arbeitsbedingungen.

Weil Amazon als Vorreiter einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gelten kann, ist es notwendig, die Kämpfe der Beschäftigten wirksam zu unterstützen. Die Erfolge der Kolleginnen und Kollegen bei Amazon werden auch unsere Erfolge sein!

Flyer, Plakte, Broschüren mit Hintergrundinfos und Sticker gibt es unter:

blackfriday.blackblogs.org

Linksunten.indymedia.org

Am 25.08.2017 verbot Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, CDU, die Openpostingplattform linksunten und ließ in Freiburg das autonome Zentrum KTS und vier Privatwohnungen von seinen Scherg*innen stürmen und auf den Kopf stellen. In der KTS wurde durch die von der Leine gelassenen Bullen ein enormer materieller und finanzieller Schaden angerichtet: Sämtliche technische Einrichtung wurde mitgenommen oder kaputt gekloppt und Geldkassen entwendet. Begründet wurde das polizeistaatliche Vorgehen mit hahnebüchenen Floskeln, ermöglicht durch einen vereinsrechtlichen Kopfstand: linksunten wurde kurzerhand zu einem Verein erklärt. Dabei ist das widerliche Manöver so leicht zu durchschauen: Rache für die Riots während dem G20-Gipfel im Juni in Hamburg und ...Wahlkampf.

Seither gab es viele Soli-Erklärungen und Aktionen und bis ins bürgerliche Lager hinein schüttelten Menschen ihre Köpfe über das Verbot: Während auf kommerziellen Plattformen wie Facebook und Twitter und in den Kommentarspalten von z.B. Youtube tausende von menschenverachtenden, holocaustleugnenden, zum Mord aufrufenden und von detaillierten Gewaltfantasien triefenden Posts stehen bleiben, rechte Hetze zur besten Sendezeit von AfD-Politiker*innen im Fernsehen und Radio ausgestrahlt wird, schafft de Maiziere kurzerhand die Pressefreiheit ab und verbietet die wichtigste linksradikale und antifaschistische Nachrichtenseite im deutschsprachigen Raum.

Zur Zeit laufen mehrere Klagen: Zwei sind im Namen der unfreiwilligen Vereinsmitglieder „gegen das Konstrukt eines Vereins bzw. dessen Verbot sowie bei dem Verwal-

tungsgericht (VG) Freiburg diverse Beschwerde gegen die Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen anhängig“ und eine der KTS gegen die dortige Razzia.

Neben diesen rechtlichen Schritten ist es wichtig, dass in der Gesellschaft Druck aufgebaut wird gegen das Gebaren des Bundesinnenministeriums unter de Maiziere: Wir dürfen das Verbot von linksunten nicht hinnehmen. Nicht nur weil klar zu ist, dass das nur ein weiterer Schritt ist, die Freiheit der Presse und die Meinungsfreiheit von widerständigen Menschen zu beschneiden, sondern weil linksunten ganz praktisch enorm wichtig ist für die radikale Linke im deutschsprachigen Raum. Und weil ich dort meine Sachen veröffentlichen will.

Ebenso wichtig ist, dass wir unsere Wut auf das Verbot, den Verbieter und seinen scheiß Staat auf die Straßen tragen. Darum folgten am Samstag, den 9. September über 700 Menschen dem Aufruf zum Intergalaktischen Auflauf für Pressefreiheit und den Erhalt linker Zentren. Intergalaktisch war er nicht (ja, die Zapatistas haben das auch schon versucht...), aber spektrenübergreifend und wie immer laut und bunt. (...)

von de.indymedia.org

Anmerkung: Noch ist linksunten offline. Auch wenn wir alle hoffen, dass das Projekt bald wieder erreichbar sein wird (vielleicht unter anderen technischen Voraussetzungen), sollten wir die erzwungene Pause ebenfalls nutzen, dessen Zentralität und unsere damit verbundene Abhängigkeit in der politischen Arbeit zu diskutieren.

Hat sich bei unseren Gruppen und deren Lese- / Publikationsverhalten nicht etwas eingestellt, was der Zentralität eines facebook ähnelt? Wie können wir die Kommunikation bundes- und europaweit über zusätzliche Kanäle (digital und vor allem auch analog!) in deutlich bewegteren Zeiten sicherstellen? Sind wir nicht auch über die Zentralität z.B. von riseup.net zu leicht angreifbar? Vordefinierte Zusatz-Kanäle bei *verschiedenen* Anbietern wären zumindest ein schneller und leicht einzurichtender Anfang ...



Siempre Antifascista Festival Göttingen

Vom 3.-7.10 findet zum 8ten Mal das Siempre Antifascista Festival in Göttingen statt.

Das Programm beginnt Dienstags und findet seinen Abschluss mit einem Konzert am Samstag. In diesen Tagen gibt es unterschiedliche inhaltliche Veranstaltungen, eine Filmvorführung, einen kreativen Workshop und eine Ausstellungseröffnung. Thematisch wird es dieses Jahr um Geschlechterverhältnisse in der russischen Revolution, Frauen in der Neonazi-Szene, Rechtsrock und neonazistische Musik, sowie um die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der NSU-Verbrechen gehen.

Mehr Infos über die verschiedenen Veranstaltungen und das Programm gibt es hier:

www.siempre-antifa-goettingen.net

Kein Grund zum Feiern Tag der deutschen Einheit in Mainz

Am 3. Oktober wird jedes Jahr der “Tag der deutschen Einheit” begangen und dabei die sogenannte friedliche “Wiedervereinigung” der zwei deutschen Staaten gefeiert. Es ist der Nationalfeiertag einer deutschen Nation, zu deren Selbstverständnis es gehört, angeblich demokratisch, weltoffen, tolerant, humanistisch, geläutert zu sein. “Zusammen sind wir Deutschland” ist dieses Jahr das Motto. Wir feiern nicht, denn wir können dieser Erzählung nicht zustimmen. Wir laden euch ein, zum 3. Oktober nach Mainz zu kommen und gemeinsam am Gegenprogramm zur offiziellen Feierei von Nation, Staat und Kapital teilzunehmen.

STAAT

Seit einigen Jahren soll es also wieder normal sein, stolz auf Deutschland zu sein. Aber wieso? Die Bundesrepublik Deutschland ist der direkte Nachfolgestaat des NS-faschistischen Deutschen Reiches. Auch wenn viele gerne einen Schlussstrich ziehen möchten, es gibt ihn nicht. Schon kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war vieles wieder wie davor. Die alten NS-Eliten hatten fast alle wieder ihre Positionen: In der Wirtschaft, in der Politik, an den Universitäten, in der Justiz, in der Polizei, in der Bundeswehr, in den Geheimdiensten. In einigen Bereichen konnte die 68er Bewegung etwas verändern, doch gerade bei Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr sind die Kontinuitäten offensichtlich. Die kapitalistische Bundesrepublik wollte nicht auf die Kompetenz im Töten, Bespitzeln und Überwachen verzichten.

“Für Fremdenfeindlichkeit ist hier kein Platz” sagen die SPDler_innen und bemühen sich zusammen mit den anderen Volksparteien um das Bild der demokratischen, toleranten Mitte. Doch es sind die bürgerlichen Parteien,

die sich einen offenen und toleranten Anstrich geben, die Sozialleistungen demontieren, die Asylgesetzgebung verschärfen und den rassistischen Ausschluss von Menschen immer weiter vorantreiben. Wer sonst ist verantwortlich für die grausame staatliche Sparpolitik, für den Ausbau der Festung Europa, für die militärischen Operationen an den Grenzen, die immer wieder viele Menschenleben kosten?

Menschenverachtung und Neonazismus sind ein Problem der bürgerlichen Mitte. Sonst würde die staatliche Reaktion auf hunderte Tote, die der Neonazismus in Deutschland seit 1990 gefordert hat, anders aussehen. Sonst würden die Abschiebungen von Asylsuchenden aufhören.

NATION

Im Namen dieser frisch erschaffenen Nation nahm das Deutsche Reich am Verbrechen des Kolonialismus teil, wurde die Gesellschaft militarisiert, wurde der Erste Weltkrieg angefangen und nahm das Verbrechen des NS-Faschismus und des Zweiten Weltkrieges seinen Lauf. Und nun wird jedes Jahr am 3. Oktober diese Nation, die so viel Scheiße gebaut hat, gefeiert. Ein Blick in die Vergangenheit offenbart, wie wenig feierlich das ist.

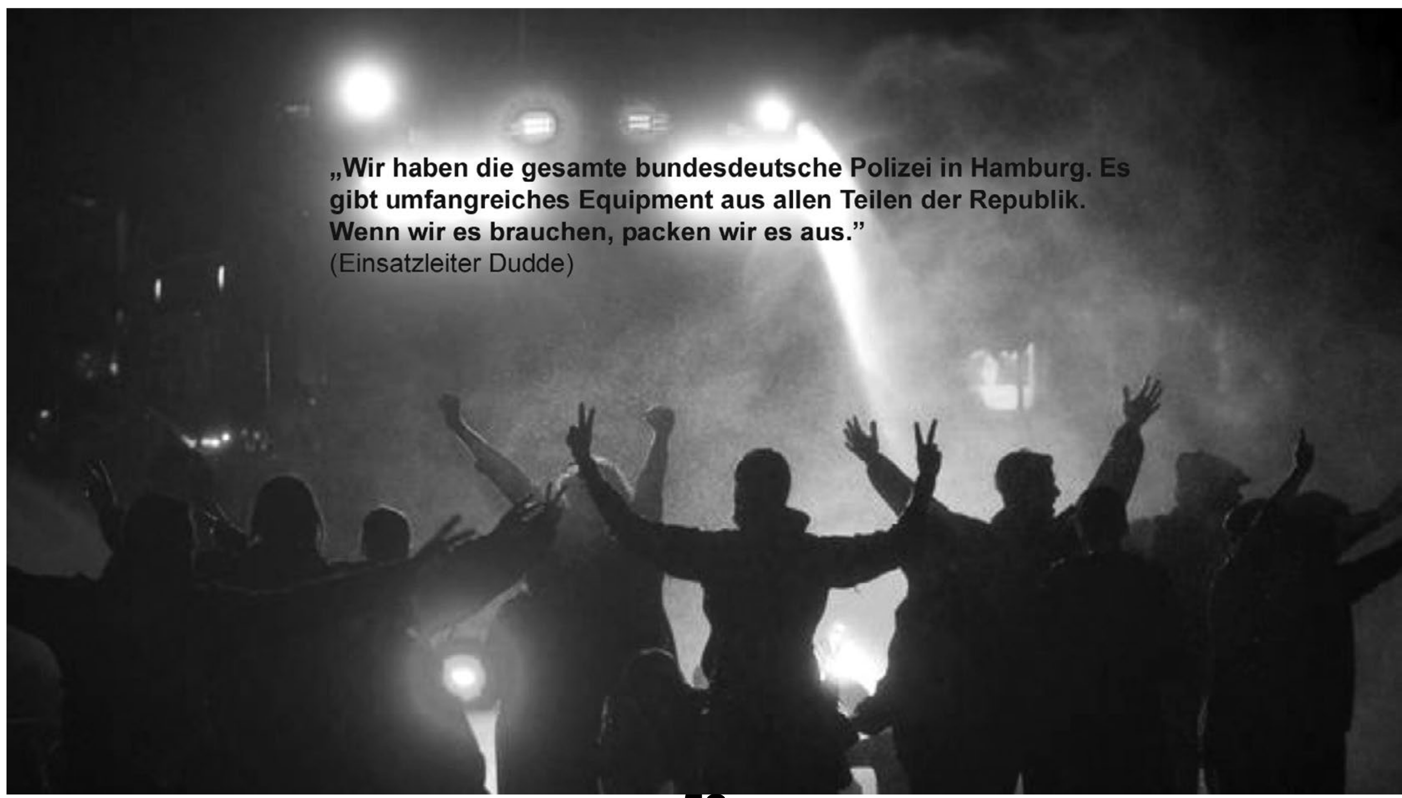
Sich mit der deutschen Nationalität zu identifizieren, heißt sich positiv auf diese Vergangenheit zu beziehen. Es heißt auch die vergangene Unterwerfung von jenen zu akzeptieren und zu reproduzieren, die als Andere, Minderwertige und auf Grund ihrer Herkunft als nicht-Zugehörige konstruiert wurden. In der Gegenwart heißt eine positive Selbstidentifikation mit einer deutschen nationalen Identität auch Grenzen zu ziehen zwischen Deutschen und nicht-Deutschen.

Der "gesunde Patriotismus" will das deutsche Nationalgefühl seit dem Mauerfall wieder salonfähig machen. Die Nation und vor allem die gefährdete Nation wurde wieder als Gemeinschaftsphantasie angeboten. Ein Beispiel hierfür ist die "Leitkulturdebatte" vom Ende der 1990er Jahre in Zusammenhang mit Einwanderung. Spätestens seit 2001 durfte mensch wieder "stolz [sein], ein Deutscher zu sein" (CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer). "Du bist Deutschland!" tönte die bis dahin in der BRD größte Social Marketing Kampagne 2006. Das deutsche Nationalgefühl war erfolgreich gefördert worden. Es fiel sofort auf den fruchtbaren Boden der Ausgrenzung, genährt aus der Mitte der Gesellschaft. Ein Beleg dafür ist nicht zuletzt der Erfolg des menschenverachtenden Buches des SPDlers Thilo Sarrazin.

Auch ein "inklusiver Patriotismus" ist nicht die Lösung. Im Jahr 2016 haben 21 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund. Auch der Patriotismus passt sich an. Er wird durch ein bisschen mehr Diversity upgedated. Diversity Management findet sich in fast jedem wirtschaftlichen Projekt und seiner Vermarktung. So findet der Diversity-Anstrich sich auch auf den diesjährigen nationalen Feiern am 3. Oktober in Mainz. Menschen unterschiedlicher Herkunft dürfen Deutschland seit neuestem auch mitvermarkten. Dahinter steckt die Vorstellung, dass Probleme kaschiert werden können, wenn nur ein bisschen mehr Vielfalt draufgeklebt wird.

KAPITAL

Das Motto "Zusammen sind wir Deutschland" ist eine modernisierte Version der Propaganda-Kampagne "Du bist Deutschland" aus dem Jahr 2006. Aus dem Fernsehwerbespot geht klar hervor, um was es geht: Die Menschen sollen sich mit dem nationalen Kollektiv identifizieren, für das Kollektiv Verzicht üben und ihre eigenen Interessen hinten anstellen. Als übergeordnetes Ziel der »Volksgemeinschaft« wird der Erfolg des deutschen Kapitals gesehen. Wenn es ihr gut geht, geht es angeblich allen gut.



Diese Erzählung verschleiert ganz bewusst die soziale Ungleichheit in Deutschland, die durch die Politik immer mehr verstärkt wird. Die Interessen einer profitorientierten Wirtschaft werden als die Interessen der Bevölkerung dargestellt. Alle Menschen seien gleich. Dabei sorgt die derzeitige Wirtschafts-, Gesellschafts- und politische Ordnung dafür, dass genau das nicht der Fall ist. Das Prinzip ist das gleiche wie früher: Du bist nichts, die Volksgemeinschaft ist alles. Egal wie schlecht es dir geht, du kannst stolz sein auf deine Nation.

Da helfen auch keine vorgeschobenen humanistischen Traditionen Deutschlands oder gar der Europäischen Union. Deutschland ist Teil der EU, die als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde und heutzutage große Anstrengungen unternimmt, ihren Wohlstand zu verteidigen. Den Wohlstand, den es nur aufgrund des Kolonialismus und einer ungerechten Wirtschaftsordnung gibt. Und so enden die viel gerühmten europäischen Traditionen und die Menschenrechte an dem Stacheldraht der Außengrenzen, im Massengrab im Mittelmeer oder in den Abschiebelagern der kapitalistischen europäischen Peripherie.

SCHEISSE

Alternative und ermächtigende Selbstdefinitionen finden sich außerhalb von nationalen Identitäten. Sie finden sich dort, wo Menschen sich keine Grenzen setzen um zusammenzukommen. Behörden wie zum Beispiel Jobcenter oder Einwohnermeldeamt, Arbeit, Wohnungsmarkt, Ausbildung, Bewegungsfreiheit, Kulturindustrie, politische Meinungsbildung – kaum ein Lebensbereich wo die deutsche kapitalistische Gesellschaft, nationale Politik oder staatliche Kontrolle nicht über uns bestimmt. Sich Inseln in der Scheiße zu erkämpfen hat nichts mit Deutschland oder deutsch-sein zu tun. Im Gegenteil: Freiräume und grenzenlos solidarisches Miteinander können nur ohne Deutschland und gegen Deutschland Wirklichkeit werden.

Zwischen Staat, Nation und Kapital gibt es auch Inseln in der Scheiße: antifaschistisches Engagement, Solidarität mit Migrant_innen, selbstverwaltete Freiräume und noch einiges Anderes. Diese Inseln sind von der heuchlerischen Erzählung von einem erfolgreichen, weltoffenen, geläuterten, geschichtsbewussten, einflussreichen Deutschland bedroht. Sie müssen immer wieder erkämpft werden. Genau diese Inseln in der Scheiße wollen wir mit unserem Protest gegen die Nationalfeierlichkeiten am 3. Oktober in Mainz stark machen. Dabei wird es sicher viele unterschiedliche und kreative Möglichkeiten geben, die Erzählung zu stören und Alternativen aufzuzeigen.

Den ganzen Aufruf, Infos und kurzfristige Programmupdates gibt es unter *3oktobermainz.noblogs.org*.

Kontakt: 3oktobermainz@riseup.net

HAUS MAINUSCH BLEIBT!

Lieber wütend als traurig

Ende Januar 2017 kündigte die Leitung der Mainzer Uni den Mietvertrag des Haus Mainusch.

Das Haus Mainusch auf dem Campus der Uni Mainz ist ein 1988 besetztes und 1990 per Mietvertrag legalisiertes selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum. Die Kündigung kam für die Nutzer*innen unerwartet und ohne vorherige Kommunikation durch die Universität. Für das nun geplante Bauprojekt Medien/Technikhaus auf dem Gelände des Haus Mainusch und des angrenzenden Wagenplatzes wurde schon 2015 ein Studierendenwohnheim direkt gegenüber des Haus Mainusch geräumt, welches nun leer steht.

Das Medien/Technikhaus ist bei weitem nicht das einzige millionenschwere Bauprojekt auf dem Campus. Im Zuge ihrer Exzellenzbestrebungen ist die Universität dabei, jede Ecke des Campus grund zu sanieren. Die Prestigeprojekte führen nicht zum ersten Mal zur Verdrängung selbstverwalteter und oder kostengünstigerr Infrastruktur.

Mittlerweile gab es ein Gespräch mit der Universität. Das Treffen war in keiner Weise ergebnisoffen. Die Unileitung legte ihre Pläne dar, Bürogebäude und Medien/Technikhaus genau auf dem Standort des Haus Mainusch zu platzieren. Den vorgebrachten Argumenten für den Erhalt des Kultur- und Kommunikationszentrums an genau diesem Ort wurden dabei kein Gehör geschenkt.

Auf Grund seiner Symbolkraft und Geschichte ist das Haus Mainusch weder ersetzbar noch austauschbar. Das Haus, sein Garten, der Anbau und das Gelände drumherum haben sich in fast dreißig Jahren Selbstverwaltung einzigartig weiterentwickelt. Hinter jeder räumlichen Anordnung im Haus Mainusch steckt ein Stück der Geschichte studentischer Selbstorganisation. Dass das Haus Mainusch bis heute an eben diesem Ort weiterbesteht und immer noch selbstverwaltet ist, bedeutet für seine Nutzer*innen eine dauerhafte Auseinandersetzung mit und Wertschätzung seiner Geschichte.

Dennoch ging das Haus Mainusch Kollektiv auf die Universität zu und formulierte Ansprüche an ein mögliches Ausweichgebäude. Daraufhin brach die Universität einseitig die Gespräche ab. Dies zeigt:

Auf die Kooperationswilligkeit des Hauskollektivs wurde nicht eingegangen. Die Bereitschaft der Universitätsleitung zu Gesprächen muss im Nachhinein als heuchlerisch und bewusst irreführend bezeichnet werden. Die Uni ist also nicht bereit, ihre Prioritätensetzung zu überdenken

und konstruktiv an Lösungen zu arbeiten und setzt nun voll und ganz auf eine offene Machtpolitik.

Trotz alledem und gerade deswegen sagen die Freund_innen des Haus Mainusch: Haus Mainusch bleibt! Wir setzen auf eure Solidarität und scheißen auf die Machtdemonstration der Uni!

Wie ihr das Haus Mainusch unterstützen könnt:

Falls ihr Infos (z. B. Zum Tag X) haben, Infomaterial zugeschickt bekommen oder eine Infoveranstaltung bei euch organisieren wollt, meldet euch unter hausmainusch@riseup.net

Wenn ihr dem Haus Mainusch eure Solidarität aussprechen wollt, dann schreibt eine Email. Die Solibekundungen werden auf der Homepage haus-mainusch.de/solidaritat/soli-fuers-haus/ gesammelt

Spread the word & keep updated!

Last but not least: Falls es einen Tag X geben sollte und das Haus geräumt wird, kommt vorbei!

Freund_innen des Haus Mainusch

Banana Kindom Chronicles

Eine Einschätzung zur Lage in Venezuela

Es lebte einmal in einem fernen Land, in dem Milch, Honig und Erdöl flossen, ein weiser Herrscher. Unter seiner gütigen Hand wurde das grosszügige Erdöleinkommen ebenso grosszügig unter die Armen verteilt. Dass die Freunde und Minister sich dabei noch grosszügiger selbst bedienten, fiel dabei nicht gross auf. Es war ja genug da.

Es kam aber der Tag, da wurde der Herrscher krank, wahrscheinlich mit tatkräftigem Zutun von US-Geheimdienstlern. Als er aber auf seinem Sterbebette lag, da rief er seine Getreuen um sich und verkündete ihnen, dass er seinen Grosswesir zu seinem Sohn und Nachfolger ernannt habe, auf dass er sein Werk fortsetze.

So wurde der Grosswesir also zum Kalifen, und munter begann er sein Regierungswerk. Da aber mittlerweile das Erdöleinkommen bedeutend geschrumpft war und es nicht mehr so viel zum verteilen gab, das wenige, was übrig war, aber unter immer mehr Mitgliedern der wuchernden Gruppe von Freunden, Ministern und Palastwächtern verteilt werden musste, musste der neue Herrscher zu immer härteren Massnahmen greifen, um sein aufmüpfiges Volk in die Schranken zu weisen. Dabei geriet er immer mehr mit einem gar lästigen Regelwerk in Konflikt, nämlich der Verfassung. Als ihm das Wasser und der Kot aber so langsam bis zum Hals standen, und der hungrige Pöbel seinen Palast zunehmend umringte und unverschämt Wahlen forderte, kam er auf eine originelle Idee: Eine neue Verfassung zu verfassen, in der Wahlen nur



noch unter Freunden abgehalten werden und in der die Tronfolge sauber geklärt ist: Vom Vater zum Sohn, wobei der Sohn jeweils vom Vater ernannt wird. So wurde aus der Banana Republic das Banana Kingdom. Und wenn sie nicht gestürzt sind, regieren sie noch morgen.

Wer kämpft hier eigentlich gegen wen und warum? Ich will im folgenden die verschieden Positionen grob skizzieren.

Konfliktparteien

Der derzeitige Kampf wird zwischen zwei Gruppen ausgetragen: Der Regierung mit ihrer Partei und den ihnen vebliebenen Getreuen auf der einen Seite (laut Umfragen ca. 20 Prozent der Bevölkerung Venezuelas) und auf der anderen Seite die Opposition, die etwa 30 Prozent vertritt. Der grosse Rest, der zwar die Maduro – Regierung auch ablehnt, sich aber von der Opposition nicht vertreten fühlt, und mehrheitlich aus enttäuschten Chavez – Anhänger_innen besteht, hat keine sichtbare politische Vetretung. Es ist zu vermuten, und teilweise auch durch Umfragen belegt, dass diese Mehrheit lieber ein irgendwie geartetes sozialorientiertes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell hätte als die neoliberale Alternative, die von der Opposition angestrebt wird.

Dass diese Gruppe, die ja rein rechnerisch die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, keine eigene Vetretung hat, liegt in erster Linie daran, dass der Chavismus in den vergangenen 18 Jahren alle linken Alternativen entweder absorbiert oder kriminalisiert hat. Unter Chavez wurden die linken Gewerkschaften zerschlagen und regierungsunabhängige Aktivist_innen systemathisch an den Rand gedrängt.

Die MUD auf der anderen Seite, also die offizielle Vetretung der Opposition, hat natürlich auch kein Interesse daran, Inititiativen zu unterstützen, die ihrem Regierungsanspruch gefährlich werden könnten. So ähnelt das Parteienspektrum den Modellen der meisten "Demokratien": Zwei scheinbar antagonistische Blöcke, zwischen denen die einzelnen wählen dürfen, die aber im wesentlichen das gleiche wollen. So wie die Wahl zwischen Pepsi und Coca. In Venezuela ähnelt dieses Zweiparteiensystem dem Konflikt zwischen zwei Mafias, die sich um das Platzrecht streiten.

Die kriegsführenden Truppen

Auf Regierungsseite haben wir natürlich sämtliche Repressionsorgane des Staates, von der normalen Polizei über die Aufstandsbekämpfungseinheiten der Armee (GNB) bis zu den Geheimdiensten. Dazu kommen die sogenannten "Colectivos", also paramilitärische Gruppen (eigentlich präziser parapolizeiliche, denn ihre Funktion ist die der inneren Aufstandsbekämpfung), die von der Regierung bewaffnet und so gut wie möglich geleitet werden, die auf billigen chinesischen Mottorrädern fahren und bei den Krawallen helfen, die schmutzige Arbeit zu erledigen. Diese Colectivos rekrutieren sich aus Jugendlichen aus armen Stadtteilen, mit einem grossen Anteil Kleinkrimineller ohne tiefergehende politische Motivation. In Mérida wird die Funktion der Colectivos allerdings grösstenteils von den Tupamaros übernommen, die durchaus einen politischen Hintergrund und eine linke Geschichte haben.

Auf Oppositionsseite sind es vor allem rechte Studentenorganisationen, die kämpfen, mit breiter Unterstützung von Jugendlichen aus der Mittelschicht. Diese kämpfenden kleinbürgerlichen Jugendlichen haben einen hohen Grad von politischer Ignoranz und einen mörderischem Klassenhass auf die "Terrudos", also die Armen, die vom Chavismus profitieren, und deren wenn auch nur temporären sozialen Verbesserungen sie ablehnen. Dazu kommen vereinzelt Söldner aus kolumbianischen parmilitärischen Gruppen, sowie auch hier Banden von Kleinkriminellen. Gerade bei den "Guarimbas" 2014 waren es diese Banden, die nach ein paar Wochen, als die politischen Organisator_innen Ermüdungserscheinungen zeigten, die Barrikaden gegen Bezahlung von der Opposition übernahmen und ein lukratives Mautgeschäft betrieben.

Kampfformen

Das wichtigste Kampfmittel der Opposition auf der Strasse ist die Barrikade. Die Barrikaden dienen in erster Linie dazu, den Verkehr zu blockieren. Sie haben für gewöhnlich keine taktische Funktion, etwa um Angriffe oder Versammlungen vor Polizeiangriffen zu schützen. Gerade in Mérida werden einfach wild Strassen mit Barrikaden aus Müll und Reifen zugemacht, oft auch auf dem flachen Land. Diese Barrikaden werden selten bewacht, oder oft nur von zwei, drei Personen. Die Leute respektieren sie trotzdem, weil schon mehrfach Passanten erschossen worden sind, wenn sie sich daran gemacht haben, eine Barrikade abzubauen, etwa um nach hause zu kommen. Freunde haben beispielsweise beobachtet, wie zwei Leute mit Auto innnerhalb von 15 Minuten drei Barrikaden aus Reifen aufgebaut haben und sie dann alleine brennen liessen. Da die Polizei sich in der Regel sofort bei den ersten Anzeichen von Krawall zurückzieht, und nur mit grossen Kontingenten an strategischen Punkten eingreift, lässt sich so mit geringen Mitteln und Personal natürlich schnell ein flächendeckendes Ergebnis erzielen.

Es gibt natürlich auch andere Barrikaden. Gerade in Caracas, wo die Opposition es mittlerweile wieder schafft, grosse Massen auf die Strasse zu bringen und versucht, in die Stadtmitte zu gehen, wo sich die verschiedenen Abteilungen der Regierung befinden, kommt es immer wieder zu erbitterten Kämpfen, weil die Verwaltung von Caracas dort ein allgemeines Verbot für regierungskritische Demonstrationen (nicht so für die eigenen!) ausgesprochen hat und die Leute am weitergehen hindert. Dort haben die Barrikaden dann tatsächlich eine taktische Funktion, um sich vor Angriffen der Polizei zu schützen.

Aber der übliche Krawall spielt sich in Mérida folgendermassen ab: Aus einer abgeschlossenen Residencia (das sind private umzäunte und gesicherte Wohnanlagen, wo hauptsächlich die Mittelschicht wohnt, und die als nichtstaatliche Bereiche angesehen werden), kommt eine Gruppe halbstarker "Guarimberos" und zieht den Müll auf die davorliegende Hauptstrasse. Nach einer Weile kommt die GNB und schiesst aus der Entfernung Tränengas auf die Randalierer. Irgendwann kommt eine Gruppe Motorradfahrer (sog. Colectivos) und wird von der GNB durchgelassen. Die Guarimberos ziehen sich in ihre Residencia zurück und verschliessen das Tor. Die "Colectivos" stürmen die Residencia und ruinieren die Autos auf dem Parkplatz, unter fleissiger Mitnahme der Autoradios. Von den Dächern der Gebäude wird auf die Angreifer geschossen.

Oft werden bei den Barrikaden Drähte in Halshöhe gespannt, damit durchfahrende Motorradfahrer geköpft werden (bei den Guarimbas 2014 kamen so drei unbeteiligte Motorradfahrer ums Leben.

Grad der Repression

Man kann ständig in venezolanischen wie internationalen Medien lesen, wie brutal die Regierung hier friedliche Demonstrationen niederschlägt. Die Menschenrechtsstandards bei der GNB sind auf jeden Fall minimal, die beteiligten Soldaten neigen zu Misshandlungen und Sadismus, ganz zu schweigen von der gesetzwidrigen Verurteilung verhafteter Randalierer durch Militärgerichte. Aber wenn man ihr Verhalten mit dem vergleicht, was beispielweise in Deutschland auf Demos üblich ist, und in Betracht zieht, dass regelmässig auf sie geschossen wird, wobei es immer wieder Tote auf ihrer Seite gibt, dann liegt das Repressionsniveau hier durchaus im üblichen Rahmen. Ich möchte zum Vergleich doch mal folgende Denkübung bemühen: Stellt euch mal vor, auf dem Kotti wird eine Barrikade gebaut. Die Bullen rücken an, um sie abzubauen. Die Randalierer_innen flüchten ins Betoncafé und eröffnen von dort das Feuer auf die Polizei, wobei sie einen töten und einen andern schwer verletzen. Die Bullen sammeln ihre Gefallenen ein und ziehen sich zurück. Das Betoncafé wird nicht gestürmt, ist ja schliesslich Privatbesitz. Und am nächsten Tag steht im Tagesspiegel, repressive Polizeikräfte hätten eine friedliche Versammlung angegriffen. So ähnlich passiert in Mérida 2014.

Bei den Klagen über das repressive Vorgehen der Sicherheitskräfte ist also viel scheinheiliges Gejammer dabei. Die Opposition redet grundsätzlich von friedlichen Demonstrationen, die von der GNB brutal aufgelöst würden, während es sich in Wirklichkeit um den Bau von Barrikaden handelt oder den Versuch, Polizeiabsperrungen zur Durchsetzung von Demonstrationsverboten in bestimmten Zonen militant zu überwinden. Tatsächlich friedliche Demonstrationen, auch die gibt es, die sich ausserhalb von den "verbotenen Bereichen" abspielen, werden in der Regel toleriert, selbst die auch sehr beliebten temporären Strassenblockaden durch Menschenketten, die eine Weile lang den Verkehr aufhalten, ihn dann aber in Intervallen auch wieder durchlassen.

Unterschiede zu 2014

Während 2014 die Guarimbas "befreite Gebiete" in ihren Hochburgen errichtet haben, so eine Art qBat-Spielwiesen, wo sie dann vor allem ihre eigenen Leute terrorisierten und zur Kasse baten, um ihre Residencias zu verlassen oder zu betreten, und vom Staat monatelang in Ruhe gelassen wurden, haben die jetzigen Guarimbas einen deutlich offensiveren Charakter. In kleineren Städten wie Mucurubá oder Tovar wurden auch schon GNB-Posten und Bürgermeisterämter teilweise zerstört. Diese Woche hatte ich das zweifelhafte Vergügen, bei Kämpfen in Ejido zwischen die Fronten zu geraten (eine symbolträchtige Position, die mir in diesem Konflikt generell zukommt) und ich kann bezeugen, dass der Mut und die Agressivität der Guarimberos zu dem härtesten gehört, was ich in meinem Leben gesehen habe. Durchaus südkoreanisches Niveau. Schaut euch mal die You-Tube-Filmchen an über den Panzer der GNB, der einen Demonstranten überfährt (ging gross durch die Presse, um die Brutalität der GNB zu denunzieren). Und dann schaut euch die Aufnahmen an, die dieser Überroll-Szene vorrausgehen: Da werden mehrere dieser Panzer von Vermummten in einer Vehemenz und Vernichtungswut angegriffen, die ihresgleichen suchen. Schade eigentlich, dass diese Kämper_innen auf der falschen Seite stehen…

Was sind die Prognosen für den Ausgang des Konflikts? Grundsätzlich kann man nur darüber spekulieren, wie lange die Regierung Maduro sich noch halten kann – Wochen oder gar Jahre? Dass sie ihren "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" langfristig konsolidieren könnte, wie sie es immer noch beansprucht, halte ich für ausgeschlossen. Ihr Projekt ist gescheitert. Wann bricht es endgültig zusammen? Mehrere Faktoren sind für diese Prognose wichtig.

Können die Guarimbas die Regierung stürzen?

So gut wie ausgeschlossen. Die Regierung wird nicht gehen, weil auf den Strassen keine Autos mehr fahren können, sondern weil sie gehen müssen. Ob das Land vollkommen zum erliegen kommt, ist ihnen eigentlich nicht so wichtig, solange sie in ihren Vierteln nicht angegriffen werden.

Erstens ist das Land dank ihrer selbstzerstörerischen Wirtschaftspolitik, die jede Eigeninitiative unterdrückt und eigentlich bestraft, sowieso fast paralysiert. Sehr viel kann man da nicht mehr runterfahren.

Zweitens ist die Guarimba objektiv eine Strategie, die der Regierung zugute kommt. Sie greift in erster Linie die normalen Bürger in der Ausübung ihrer alltäglichen Tätigkeiten an, und erzeugt selbst bei überzeugten Anhänger_innen der Opposition Frustration. Im Windschat-


„Die Ausgangslage war die, dass wir damit rechnen mussten, auch auf mit Schusswaffen bewaffnete Straftäter zu treffen. Dementsprechend war unser Vorgehen extrem robust auf Eigensicherung, aber auch auf hohe Dynamik ausgelegt. Das heißt, der Schusswaffengebrauch war für uns freigegeben, wir haben Ablenkungspyrotechnik in den Gebäuden eingesetzt und geschlossene Türen mittels Schusswaffen mit spezieller Munition geöffnet. Alle, die wir angetroffen haben, haben wir sofort auf den Boden gelegt, gefesselt und anschließend abführen lassen.“ (SEK-Kommandoführer Sven Mewes)

ten der Kämpfe werden immer wieder beliebige Läden geplündert, Busse angezündet, Unbeteiligte verletzt oder getötet. Wenn ich es nicht besser wüsste, müsste ich vermuten, die Guarimberos seien von der Regierung bezahlt und infiltriert. Die Oppositionssprecher_innen behaupten das auch immer wieder. Aber es stimmt nicht. Die Guarimberos sind authentische Kämpfer_innen für ihre Sache, beseelt von einem tiefen Klassenhass und einem vollkommen unreflektiereten Sendungsbewusstsein. Sie meinen es ernst. Die Friedfertigen in ihren Reihen verachten sie zutiefst. Tatsächlich wäre ja bei einer Ablehnung der Regierung durch ca. 80% der Bevölkerung eine friedliche Strategie, der sich alle anschliessen könnten, etwa nach Vorbild der Montagsmärsche 89, viel effizienter. Aber die Opposition ist so sehr in zerstrittene Fraktionen aufgespalten, dass so eine Strategiedebatte gar nicht ernsthaft geführt werden kann.

Drittens hat die Regierung eine entscheidende Karte bisher noch gar nicht gezogen, um ihr Image nicht noch weiter zu beschädigen: die Armee. Die GNB gehört zwar formal der Armee an, ihr Aufgabenbereich ist aber die innere Aufstandsbekämpfung, vergleichbar der Länderpolizei in Deutschland. Ich zweifle aber keinen Moment daran, dass die Regierung auch die reguläre Armee einsetzen würde, wenn die Sicherheitslage unkontrollierbar würde. Ob die Armee dann, wie viele aus der Opposition hoffen, aus lauter Patriotismus die Waffen niederlegen würde, ist allerdings zu bezweifeln. Es gibt zwar immer irgendwelche anständigen Leute, selbst unter Soldaten, aber die Regierung hat in den letzten Jahrzenten Unsummen von Geldern und Privilegien unter die Militärs verteilt, die es sehr unwahrscheinlich machen, dass sie die Seiten wechseln. Wohl eher erst im letzten Moment, wenn die Würfel schon gefallen sind, um sich der nächsten Regierung anzudienen. Nicht umsonst richtet die Regierung ein Hauptaugenmerk auf die Linientreue ihrer Truppen, und immer wieder gibt es Reinigungsaktionen, wo verdächtige Elemente eines Komplotts “überführt” werden.

Könnte die “schweigende Mehrheit” die Waagschale zum Kippen bringen?

Grundsätzlich schon. Ich denke, dass die Opposition in ihrer jetzigen Ausdrucksform nicht die Kraft hat, den Chavismus zu stürzen. Es sähe anders aus, wenn die Masse enttäuschter Chavisten, die bisher keine organisatorische und politische Vetretung haben, aktiv würden. Zum einen, weil es viele sind, wahrscheinlich die Mehrheit. Zum anderen, weil sie aus den Leuten besteht, die in der jetzigen Situation am meisten leiden und wirklich etwas zu gewinnen hätten: der arbeitenden Bevölkerung. Obwohl sich Maduro als Arbeiterpräsident bezeichnet, sind die Profiteure seiner Regierung doch alle anderen ausser den Arbeiter_innen. Wer in Venezuela irgendeine auch nur halbwegs produktive Betätigung ausübt, um sich über Wasser zu halten, ist in diesem “Arbeiterparadies” wirklich bestraft. Er oder sie hat weniger Möglichkeiten, stunden- bis tagelang in Schlangen zu stehen, um mal ein billiges subventioniertes Lebensmittel zu ergattern. Sein oder ihr Arbeitslohn reicht nicht für den Lebensunterhalt. Der Mindestlohn, den hier die meisten Lohnabhängigen bekommen, reflektiert gerade mal ein Fünftel des notwendigen Geldes, um eine Kleinfamilie auch nur zu ernähren, geschweige denn Kleidung, notwendige Dienstleistungen, Konsumgüter zu erwerben oder gar etwas zu sparen. Ausserdem sind es immer die Arbeitenden, die die notwendige Selbstlosigkeit aufbringen, um Opfer in der Gegewart zu bringen für eine bessere Zukunft. Der Mittelschicht ist sowas eher nicht zuzutrauen.

Theoretisch also gäbe es das Potential. Aber es gibt ein Problem. Die meisten der Leute, die früher mal den Cha-

vismus unterstützt haben, haben Skrupel, einfach so zu den Rechten überzulaufen. Es gibt da ja keinen Zweifel, was für ein Gesellschaftsmodell die wollen: Freier Markt ohne staatlichen Eingriffe, und ansonsten das gleiche wie die Chavisten: eine von der Erölrente abhängige Importwirtschaft, nur dass die davon profitierende Clique ausgetauscht wird. Es müsste also ein neuer politischer Ausdruck sein, dem sie sich anschliessen könnten. Ein Sozialstaat, aber ohne die Kurruption und Ineffizienz der derzeit herrschenden Mafia (Sozialismus, also Vergesellschftlichung der Produktionsmittel, will und wollten hier sowieso noch nie so viele). Nun gibt es zwar die ein oder andere politische Gruppe, die in diese Richtung arbeitet. Ehemalige Funktionäre des Chavismus, die sich losgesagt haben, Abspaltungen des Chavismus wie "Marea Socialista", oder Parteien wie die PSL, die sich nie in den Chavismus integriert hatten. Allen aber fehlt die notwendige Attraktivität, und alle werden von der Regierung durch Repression und diverse juristische und ökonische Machenschaften bisher unter Kontrolle gehalten. Aber wir haben ja schon Situationen gesehen, wo die historische Situation ihre Organisationen quasi aus dem Boden gestampft hat. Überraschungen sind immer möglich.

Wird eine externe Militärintervention, zB. von den USA, die Regierung stürzen?

Falls es sie gäbe, hätte sie ein leichtes Spiel. Die Venezolaner_innen sind nicht für einen längeren regulären oder Guerrillakrieg bereit. Die Armee wäre in einer Woche kurz und klein bombardiert, und die famosen Milizen, die nach kubanischem Vorbild den Guerrillakrieg im Falle einer Invasion führen sollten, sind nur eine Karikatur des Originals. Wahrscheinlich würden die meisten von ihnen ihre Gewehre an örtliche Kriminelle verkaufen und nach hause gehen. Aber ist eine Invasion plausibel? Warum sollten die USA Geld und Personal opfern für etwas, was sie sowieso schon haben? Der Erölhandel läuft so reibungslos wie immer, und US-Firmen wie Halliburton machen heute bessere Geschäfte in Venezuela als vor Chavez. Ausserdem wird gerade der sogenannte Arco Minero del Orinoce an Meistbietende verscherbelt, um Geld in die leeren Kassen zu bekommen. Ein prima Gelegenheit, langfristige Verträge über ungeahnte Mineralvorkommen im bisher naturgeschützten Regenwald zu bekommen. Und dann ist das Fiasko von Maduro doch ein wunderbarer Propagandaschlager, dass Sozialismus nicht funktioniert, und auch noch gratis. Warum also eingreifen?

Fazit

Auch wenn die grossen Medien weltweit immer wieder behaupten, das Maduro-Regime stünde kurz vor dem Sturz, ist das für mich nicht ausgemacht. Objektiv hätte die Opposition zwar die Möglichkeit, die Regierung zu kippen, aber real ist sie dazu nicht in der Lage. Ein Eingreifen von aussen ist nicht zu erwarten. Die Regierung dagegen wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln an die Macht klammern – nicht nur aus ideologischen Motiven, sondern schlicht aus Angst vor der Rache der Rechten, und vor der Strafe für die gigantische Plünderung öffentlicher Gelder unter ihrer Regie. Ihre Strategie ist einfach nur, Zeit zu gewinnen. So ist ihr derzeitiges Projekt, die Verfassung neu zu schreiben, ja nichts anderes als ein Manöver, um auf unabsehbare Zeit keine Wahlen abhalten zu müssen.

Die jetzige Patt-Situation könnte sich verändern, wenn ein neuer Mitspieler das Feld betreten würde: die Arbeiter_innen. Sie hätten die Kraft und die moralische Glaubwürdigkeit, die herrschende Mafia davonzujagen – schliesslich wird die Macht ja in ihrem Namen ausgeübt. Dass das geschehen könnte, ist derzeit allerdings nicht absehbar.



Aber auch ein anderes Szenario ist vorstellbar: ein fortschreitender Zerfall der Hegemonie des Chavismus ohne eine definitive Abgabe der Macht, hin zu syrischen Verhältnissen. Das ist wahrscheinlich auch die Entwicklung, wie sie von den USA und ihrem kolumbianischen Vasallen bevorzugt würde. Eine Spielwiese für arbeitslose kolumbianische Paramilitärs und Guerrillas, ein dauerhaft geschwächtes Land, das weiterhin sein Erdöl in den Norden liefert, ein Vorwand für ständige US-Präsenz in der Region. Jede andere Auflösung des venezolanischen Konflikts wäre da vorzuziehen.

https://basuca.blackblogs.org/

„Deckname Jenny“ - Hurra; Abgedreht!

Warum wir einen politischen Spielfilm machen?

Innenminister de Maizière rühmt sich, „das erste Verbot einer linksextremistischen Vereinigung durch einen Bundesinnenminister“, durchgesetzt zu haben. „linksunten.indymedia.org“ wird kurzfristig durch ihn offline geschaltet.

Warum, Herr Innenminister de Maizière? „Chaoten aus Deutschland und Europa können keinerlei politische Motive für sich in Anspruch nehmen“, sagte Innenminister de Maizière. Es handele sich nicht um Aktivisten und G20-Gegner, wie sie immer noch aus dem linken politischen Lager beschrieben würden. „Sie sind verachtenswerte gewalttätige Extremisten, genauso wie Neonazis das sind und islamistische Terroristen.“

Dieser böswilligen und widerlichen Gleichsetzung des Kriegsinnenministers setzen wir einen politischen Film entgegen. Wir erzählen die fiktive Geschichte von jungen Aktivist*innen und ehemaligen Militanten. Mit Augenzwinkern. In Tempo, Zeitlupe und Aktion. Dies wird ein Film aus Sympathie und Liebe zu den Menschen, die sich wehren und sich nicht mit Rassismus, Homophobie und einer Festung Europa abfinden wollen. Es geht um Menschen wie wir. Um Menschen mit Stärken und Schwächen – nicht um Geschlechterstereotype, Macker und „fucking Helden“. Ohne Denunziation des radikalen und militanten Teils sozialer Bewegung.

Wir wollen mit dem politischen Spielfilm weit über den linken Tellerrand hinaus Leute ansprechen – deshalb müssen wir einige Standards einhalten – das kostet.

Zum Stand des Filmes

Im Februar 2017 haben wir erfolgreich die Dreharbeiten zu „Deckname Jenny“ beendet! Der Film mit der Musik von „Guts Pie Earshot“ wird unter unseren Fingern im Schnitt zu einem politischen Spiel- und Langfilm. Und wir sind selbst erstaunt ohne Förderung und große Zuwendungen soweit gekommen zu sein! Wir hatten Mitte 2016 einfach angefangen zu drehen - ohne Geld, aber im blinden Vertrauen auf Euch!

Viele kleine Spenden, viele Zuwendungen und verschiedenste Unterstützungen haben den Film bis zum jetzigen Zeitpunkt möglich gemacht. Nun rufen wir abermals um Hilfe! Wir brauchen nochmal Geld. Um die 5000 – 7000 Euro für die anfallenden Arbeiten in der Postproduktion, die wir nicht umsonst bekommen. Auch Kleingeld zählt. Die Postproduktion machen wir ohne fremdbestimmende Produktionsfirmen. Denn so können wir politisch und marktunabhängig den radikalen Film machen, den wir wollen. Ohne Einschränkungen. Um emanzipativem Denken und Kämpfen den Rücken zu stärken. Um lebendige Diskussionen rund um den Spielfilm zu initiieren, wenn wir mit diesem Format ab 2018 auf Reisen gehen.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns Geld zuschanzen könnt, aus Partys, Tresenschichten, erfolgreichen Diebestouren (Natürlich nur Spaß, Herr de Maizière!) und was Euch sonst so einfällt. Langfristig suchen wir ab 2018 tolle Orte an die Ihr uns mit dem Film einladet.
kontakt@jenny.in-berlin.de

Geldspenden (Spendenquittung möglich), wenn nicht direkt, an:

filmarche e.V.
Wichtig „Deckname Jenny“
IBAN: DE 90 4306 0967 1179 74 2201
BIC: GENODEM 1 GSL

Mit aktuellstem Teaser und Musik von Guts Pie Earshot auf

http://jenny.in-berlin.de




A SMOOTH SEA
NEVER MADE A
SKILLFUL SAILOR